

84

Juli/August '00
15. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

antifaschistisches Presseamt
und Bildungszentrum
berlin e. V. (e.V.)
Luisenparkstr. 10 | 10999 Berlin
fon | fax: 030. 611 62 49
mailto:apabiz.de | www.apabiz.de

Weitere Themen:

- Demo gegen
Rock-O-Rama in
Köln
- Zwangsarbeiter
- KL Sobibor
- Kurdische
Friedensdemo
in Düsseldorf
- Hiroshima
Gedenken
- Rechtsextreme in
der CDU
- Rettet Hasankeyf



Titelthema:
Antifaschistische Strategie

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Mord an 3 Polizisten	8
Demo gegen Nazi-Musikversand in Köln	15
Zwangsarbeiter–Ausstellung in Dortmund	16
Kurdische Friedensdemo	26
Familie Guberovic kämpft um Bleiberecht	29
Lufthansa–Aktienärsversammlung	33
Todeslager Sobibor (Teil 2)	35
Analyse	
Antifaschismus–Linksradikalismus oder Demokratie	4
Rechts, rechter, rechtsextreme in der CDU	31
Dokument	
Rettet Hasankeyf	28
Der Tag, an dem Hiroshima verschwand	41
Kurznachrichten	
News aus dem Revier	43
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habnahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923
Fax: 02361/21686
eMail: afb-bbz@t-online.de

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten– und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 85: 28.08.2000

EDITORIAL

Die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift ist geprägt vom „Sommerloch“ - ein klares Schwerpunktthema liegt nicht vor. Daher haben wir einen Beitrag von **Stephan W. Born** an den Anfang gestellt, der sich unter der Fragestellung „**Antifaschismus - Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie**“ mit theoretischen Fragen der antifaschistischen Tätigkeit beschäftigt.

Beondere gesellschaftliche Ereignisse sind zur Zeit nicht zu vermelden, wäre da nicht der zunehmend **terroristisch auftretende militante Faschismus** und seine Folgen - Mord und Totschlag, fremdenfeindliche Gewalt.

Die brutale **Tötung von drei Polizisten in Waltrop** durch einen Dortmunder Faschisten, mehr noch aber das offensichtliche Ausblenden des politischen Hintergrundes dieser Tat durch Politik und Staatsanwaltschaft, muss uns in höchstem Maße beunruhigen. Regierungsoffiziell wurde eine Kommission eingerichtet, die sich verstärkt mit „rechtsextremer Gewalt und ihren gesellschaftlichen Ursachen“ auseinandersetzen soll.

Auch die Tatsache, dass einige hundert Bundestagsabgeordnete sich in die Diskussion um **Flucht und Abschiebepaxis in Deutschland** eingemischt haben, scheint darauf hinzudeuten, dass sich gewisse Teile der politisch herrschenden Klasse dieses Landes ernsthaft Sorgen machen, ob das „demokratische Image“ Deutschlands als eines „weltoffenen und toleranten Landes“, wie es Schröder und Beckenbauer angesichts des deutschen „Sieges“ bei der Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 nach Deutschland bekundeten, anderswo nicht stark angekratzt ist.

Zur Zeit steuern wir auf eine komplexe und unübersichtliche, aber deutlich zunehmende gesellschaftliche Auseinandersetzung zu, in der der Stellenwert des „Fremdseins“ neu definiert werden soll.

Dies wurde besonders deutlich bei der beginnenden Auseinandersetzung um ein „**Zuwanderungsgesetz**“, in der plötzlich die CSU in Bayern durch ihre „blue card“-Initiative versuchte, die Meinungsführerschaft zu erringen.

Aber die Reaktion hat Probleme, da die ökonomische Mitte und das Finanzkapital sich eher von der ‘modernen’ Variante des Schröderschen Neoliberalismus angesprochen fühlen als von der rassistisch unterlegten Variante der CSU.

Dennoch wird am Grundkonzept, ‘Freiheit und Toleranz’ gerade gegenüber alltäglichem Rassismus und rechter Gewalt gelten zu lassen, festgehalten. Es ist dies jedoch ein schwieriger Kurs, der angesichts der Tötung von drei Polizisten durch einen Täter aus dem eindeutig faschistischen Spektrum, angesichts der Finanzierung eines führenden Faschisten als Spitzel auf der Lohnliste des Verfassungsschutzes in Erklärungsschwierigkeiten gerät. Da kommt den Regierenden eine breite gesellschaftliche Diskussion über die ‘Freiheit der deutschen Hundehaltung’ gerade recht - und führt nun nicht etwa dazu, dass die gesellschaftlichen Hintergründe der ‘Züchtung’ von Kampfhunden thematisiert wird, sondern stattdessen die Einschränkung von Freiheitsrechten aller Hundehalter.

Die antifaschistische Tätigkeit in diesem Land hat nach wie vor damit zu kämpfen, dass sie keine breite gesellschaftliche Akzeptanz entwickeln kann - nach wie vor werden die meisten Antifa-Aktivitäten als „linke Gewalt“ diffamiert und staatlicherseits unterdrückt und behindert, während gewaltsame Faschos unter dem Legalitätsmantel von NPD oder DVU ihre Aufmärsche ständig ausweiten.

Wenn selbst Demonstrationen wie die am **24. Juni in Köln** gegen den europaweit größten **Nazi-Musikversand Rock-O-Rama** nur knapp 600 Menschen auf die Straße bringen, ganz überwiegend fest organisierte AntifaschistInnen und kaum neue ‘Bündnispartner’, muss uns das sehr nachdenklich stimmen.

Insbesondere die Haltung gegenüber dem „Staat“ und der „Demokratie“ ist innerhalb eines Teils der Antifa-Bewegung, der sich selbst als „linksradikal“ verortet sehen will, problematisch - in diesem Kontext kann ein Beitrag von **Pierre Bourdieu** zum Thema „**Globalisierung und europäischer Sozialstaat**“ von Nutzen sein - Ihr findet ihn auf den „Gelben Seiten“.

Auch das Thema „**Zwangsarbeit**“ wird uns wohl noch geraume Zeit beschäftigen, hierzu zwei Berichte, aus Dortmund und Recklinghausen.

Und da wir ein wenig auf „Jahrestage“ achten: Am 6. August jährt sich zum 55. Mal der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima - hierzu Auszüge aus dem Buch eines japanischen Militärarztes.

Was sonst noch drinsteht, Ihr findet’s im Inhaltsverzeichnis.

Stärkt Euch in den Ferien für neue Kämpfe !

Für die Redaktion

WT

ANTIFASCHISMUS

Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie ?

von

Stephan W. Born

„Heute, 1999, ist festzustellen, dass Konzepte antifaschistischer, linksradikaler Intervention zwar teilweise das Fortschreiten einer rechten Hegemonie verlangsamen konnten, generell aber bleibt festzuhalten, dass keiner der praktizierten Ansätze längerfristig breite gesellschaftliche Entwicklungen zu verhindern vermochte.“

Mit diesen Sätzen leitete das Leipziger „Bündnis gegen Rechts“ seinen Beitrag auf dem „Verstärkerkongress“ vom 22.-24. Oktober 1999 in Leipzig ein und gab damit den Tenor vor, der den Kongress überwiegend bestimmte.

In der Analyse, dass die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in Deutschland geprägt sei durch eine „rechte Dominanz“, waren sich die Anwesenden mehr oder weniger einig, dennoch gab es sowohl unterschiedliche Kriterien im Herangehen an die „Analyse“ der augenblicklichen „Realität“ als auch ein unterschiedliches Maß an theoretischer Verwirrtheit.

Immerhin hatte sich der Kongress einen relativ hohen - auch theoretischen - Anspruch gestellt, was schon das Motto „Kongress zu Nazidominanz, kultureller Hegemonie und Möglichkeiten linksradikaler und antifaschistischer Strategien“ deutlich machte.

Auch waren mit dem Leipziger BgR, der Göttinger Autonomen Antifa (M) und der AAO/BO antifaschistische Organisationen anwesend und traten durch ReferentInnen auf, die in der antifaschistischen Bewegung mehr oder weniger „anerkannt“ sind.

Neben deren Referaten gab es weitere zum Themenkomplex „Politische Bedeutung der Kultur“ mit Referaten von Alfred Schobel (DISS) unter dem Motto „Schwierigkeiten mit der Normalität“ und ART Dresden unter der Überschrift „Gibt es eine Nazisubkultur?“ sowie von Raul Zelik unter der Überschrift „Theorien kultureller Hegemonie - Gramsci?“.

Das Berliner Antifaschistische Infoblatt referierte unter dem Motto „Autorität und Autonome Kameradschaften“ und - bedauerlicherweise - kein Referat gab es zum Thema „Staat als Partner - Staat als Feind“, was vermutlich der wichtigste Themenkomplex dieses Kongresses war.

Die zu diesem Komplex durchgeführte Diskussion war allerdings mehr als aufschlussreich, machte sie doch deutlich, dass die „autonome“ Antifa-Bewegung nach wie vor ihre grundsätzlichen Fehler und Unklarheiten nicht erkennt und somit auch nicht überwindet.

Schon die Fragestellung dieses

Antifaschismus und bürgerlicher Staat, unlösbarer Widerspruch ?

In der Reihe von Diskussionsbeiträgen war einer der wenigen von einer gewissen Deutlichkeit: „Ich habe den Eindruck, es geht son bißchen um die Position: ist der Staat neutral oder ist der Staat immer parteilich. Und müssen wir deshalb aus Prinzip jeden Staat bekämpfen weil der Staat aus Prinzip immer parteilich ist oder gibt es auch Konstruktionen vom neutralen Staat?“

Ein weiterer Diskussionsbeitrag versuchte, die „prinzipielle“ Position, die „linksradikale Politik“ einzunehmen habe, zu verdeutlichen: „Der Staat als



KAHLSCHLAG Rechte Skins im Osten

Themenkomplexes signalisiert die 'größtmögliche' Verunsicherung, die hier vorhanden ist.

Institution in unserer Gesellschaft dient zur Beruhigung der Gewalt und zur Regulierung der Lebensbedürfnisse. Er soll die Interessen der herrschenden



5. Februar 2000: Antifaschistische Demonstration in Elmshorn

Klasse, die Interessen der Kapitalisten durchsetzen, ohne der Bevölkerung zuviel zuzumuten oder abzuverlangen.“

Dass die „Staatsfrage“ für einige Antifa-Gruppen eine ganz praktische ist, bewies der folgende Beitrag: „In Brandenburg gab es das Beispiel, wo sich eine Gruppe dazu entschlossen hat, die MEGA zu alarmieren, um ihren Jugendclub vor Faschos zu schützen. Das hat uns Bauchschmerzen bereitet, damit waren wir unzufrieden, aber es war in unserer Gegend niemand anderes da, um diesen Jugendclub zu schützen.“

Und ein anderer Beitrag brachte ansatzweise das Dilemma dieses Kongresses auf den Punkt: „Wenn man schaut, wer eigentlich die Repräsentanten unseres Staates sind, sind es Kohl, Schröder und Süßmuth oder doch eher Siemens, Thyssen usw. Ich denke das ist für unsere praktische Politik eine entscheidende Frage. Also inwieweit müssen wir nur gegen die Nazis auf der Straße vorgehen oder inwieweit müßte sich unser Kampf auch gegen Kapitalisten richten?“

Wie ein roter Faden zog sich dies Dilemma auch durch die übrigen Diskussionen auf diesem Kongress:

Wer ist der „Hauptgegner“ antifaschistischer Politik: Die Nazis, der Staat oder die Kapitalisten?

Dabei verdunkelt diese Fragestellung wie auch die Frage nach dem „Staat als Partner“ oder dem „Staat als Feind“ die Frage nach den Inhalten und Grundlagen antifaschistischer Politik - was haben „AntifaschistInnen“ gemeinsam?

Die einfache Antwort, dass hier alle Menschen gemeint sind, die verhindern wollen, dass es jemals wieder Faschismus in diesem Land gibt, ist weitgehend aus dem Blickfeld geraten.

Und zwar vermutlich deshalb, weil die vergangenen zehn Jahre deutlich gemacht haben, dass faschistische Formierung, wie sie beispielsweise in NPD, DVU oder REPs ihren organisierten Ausdruck findet, in einer „Demokratie“, in einem „demokratischen Staat“ oder in einer „kapitalistischen Gesellschaft“ prinzipiell möglich sind.

Dass eine „antifaschistische Bewegung“, die anfangs ihr Hauptaugenmerk darauf richtete, die Faschisten 'von der Straße zu jagen', zur Kenntnis nehmen muss, dass in bestimmten Gegenden die Faschisten „die Hegemonie“ haben, führte dazu, dass diese Bewegung über gemachte „Fehler“ nachdenkt und neue „Antworten“ finden will.

Sie findet sie aber nicht, wenn sie „die Realität“ zur insoweit zur Kenntnis nimmt, als ihre eigene organisierte „Praxis“ dies zulässt. Dies wird einigermaßen deutlich,

wenn man sich einen Diskussionsbeitrag des BgR genauer anschaut, der die Erfahrungen antifaschistischer „Arbeit“ in Wurzten resümiert:

„Es ist relativ viel gelungen - denken wir erstmal. Was nicht gelungen ist - wie es schon einleitend gesagt wurde, es gibt da immer noch Nazis und es gibt immer noch den Rechten Konsens. Die Arbeit war ganz „banal“ - zu Wurzten. Wir haben einen Rechten Konsens festgestellt wir haben ihn aufgedeckt, wir haben ihn in die Öffentlichkeit gebracht, wir haben Druck ausgeübt, es kam partiell auch zu Erfolgen, es wurde ein Jugendhaus geschlossen und weitere sachen sind passiert. Also man konnte da schon ein bißchen Tumult anrichten und auch vielleicht einiges verhindern, was jetzt vielleicht noch viel schlimmer wäre. Passiert ist was passieren musste, in dem Moment, wo der Druck nachgelassen hat, also der öffentliche Druck, konnte sich das ganz schnell wieder zusammenfügen, und ist heute wieder nahtlos vorhanden.“

Der Referent aus Leipzig kommt deshalb zu der Schlussfolgerung, dass heutzutage nicht mehr nur ein „Rechter Konsens“ vorhanden sei, sondern eine viel breitere „Rechte Alltagskultur“: „Die Rechte Alltagskultur zeichnet sich durch einen Kanon oder durch ein Geflecht verschiedener Ideologeme der Ungleichheit aus. Die größten,

die auch immer wieder in der Linken genannt werden oder nicht, aber zumindest weite Teile umfassende ist klar Rassismus, Antisemitismus, aber auch Geschlechterverhältnis, also Patriarchat. Einhergehend mit diesen Ideologemen ist ziemlich oft oder gekoppelt sind sie oft an autoritäre Denkweisen, die sich wiederum in einem autoritären Staatsverständnis oder in einer autoritären Auffassung von Familien, ja Organisationen äußern kann. Desweiteren schwingen ganz oft so eine Biologisierung von Gesellschaft bzw. von eigentlich politischen Bereichen mit. Also das Naturhafte kommt auch wieder ins Spiel.“

Von wesentlicher Bedeutung scheint uns in diesem Zusammenhang, dass der Referent die Formulierung „wo der Druck nachgelassen hat, also der öffentliche Druck“ unhinterfragt selber als etwas quasi „Naturhaftes“ darstellt: „was passieren musste“. Wieso „musste“ das „passieren“? Warum konnte sich „das ganz schnell wieder zusammenfügen“?

Doch offensichtlich deshalb, weil die antifaschistische „Druck“erzeugung nachgelassen hat.

Vermutlich aber viel eher deshalb, weil an die Stelle des „rechten Konsenses“ keine „alternative Politik“ trat, die den „Rechten Konsens“ nachhaltig und kontinuierlich dadurch in Frage stellte und ihm seine Grundlagen entzog.

Wobei mit „alternativer Politik“ jetzt eben nicht eine umfassende antikapitalistisch-linksradikale Politik gemeint ist, sondern vielmehr eine, die faschistisches Handeln, faschistische Formierung, durch ein demokratisch-internationalistisches „Gegenkonzept“ zu ersetzen in der Lage wäre, welches eine antifaschistische Realität etabliert (permanenter „Druck“), die an die Stelle des „Rechten Konsens“ längerfristig einen „

demokratischen Konsens“ setzt.

Es führt zu neuer Ausweglosigkeit, wenn als Erklärung für das eigene Scheitern die angeblich permanente Weiterentwicklung rechter Positionen angenommen wird, die inzwischen „flächendeckend in der Bevölkerung vorhanden“ seien.

Es führt nicht zu einer Erkenntnis über die eigenen Mängel, wenn immer stärker

„die Gesamtbevölkerung“ als „rechts“ eingeschätzt wird.

Dies war ein weiterer Grundmangel des gesamten Kongresses: Er ging von einem sogenannten mainstream aus, den treffend der Vertreter der Autonomen Antifa (M) wie folgt charakterisierte: „Was die meisten Jugendlichen in dieser Gesellschaft prägt, ist der Mainstream und dafür steht symbolisch die Love Parade. Hauptinhalt dieser Jugendbewegung ist aber 100 % in den Kapitalismus integriert. Dies, obwohl sie sich auf der Strasse bewegt und damit in der Regel das Rebellen gegen gesellschaftliche Zustände assoziiert wird. Sie reproduziert nur das, was der Kapitalismus tagtäglich vorschreibt: Nämlich beliebigen Inhalt oder Verabschieden vom

wenn der gleiche Referent, nur wenige Zeilen später, quasi aus dem „Nichts“ des kapitalistischen 'mainstreams' heraus, feststellt, dass „die Linke überwiegend eine Jugendbewegung“ ist: „Es geht um den Teil der Jugendlichen, bei dem es bereits eine ablehnende Haltung gegenüber der Gesellschaft gibt. Wir politisieren zwar einige Leute, aber der größte Teil unseres Publikums hat schon eine gewisse kritische Haltung, interessiert sich beispielsweise für Antifa. Das hat damit zu tun, ob wir präsent sind oder nicht. Und es sind auch die Adressaten der Nazis, da geht es um rebellische Gedanken, die auch von den Nazis aufgegriffen werden, umdeuten; bewußt oder unbewußt. grundsätzlich denken wir aber, daß die meisten jungen Leute durch den mainstream kulturell nachhaltig geprägt sind und nicht durch die Nazis.“

Nehmen wir die Formulierung „ablehnende Haltung gegenüber der Gesellschaft“ wirklich ernst, dann kann es uns nicht verwundern, dass diese „antifaschistische“ Haltung keine Akzeptanz „in der Gesellschaft“ finden kann. Da zielt die kritische Bemerkung eines Teilnehmers an der Diskussion „Staat als Partner - Staat als Feind“ durchaus auf Richtiges: „Wir leben



NPD-Aufmarsch am 6. Mai in Essen

gesellschaftlichen Eingreifen, unpolitisches Dasein. Es drückt sich in Feiern aus.“

Nicht so ganz nachvollziehbar ist es,

alle in diesem Staat, in diesem Gefüge, auch mit den Folgen dieses Gefüges, die einen beziehen Arbeitslosenkohle, Sozialhilfe oder

was weis ich. Und Projekte wie das Conne Island oder das Clubhaus in Saalfeld beziehen alle Kohle vom Staat.“

Wesentlicher Mangel eines Teils der „autonomen“ Antifa ist gerade diese Haltung „gegen die Gesellschaft“, die nicht in der Lage ist, sich selber als „Teil dieser Gesellschaft“ zu analysieren.

Die Gegenüberstellung des eigenen „Projekts“ als des „Richtigen“ und des gesamten übrigen Teils der Gesellschaft als des „Falschen“ ist der Hauptmangel eines Teils dieser Bewegung.

Es ist kein Zufall, dass dieser Teil auch maßgeblich daran beteiligt ist, die Neubestimmung antifaschistischer „Arbeit“ in Richtung einer „antikapitalistischen“ Perspektive zu formulieren, die sich zuerst daran ab„arbeiten“ müsse, den Begriff der „Arbeit“ kritisch zu hinterfragen.

„Deutsche Arbeitsplätze“ - „deutsches Arbeitsethos“ ?

War die Diskussion über „Arbeit“ bislang in der antifaschistischen Tätigkeit eher eine Randerscheinung, so wird sie vermutlich in der kommenden Zeit einen wesentlichen Teil der Auseinandersetzungen prägen. Das wurde schon zu Beginn des Kongresses deutlich, als der Referent des BgR erklärte, was seines Erachtens den wesentlichen Inhalt des „Rechten Konsenses“ ausmache:

„Im Wahlkampfjahr hat man gesehen auf diesen Wahltafeln, was irgendwie so als rechter Konsens ziemlich schnell rüberkommen kann. Jede Partei hat geworben mit Arbeit. Es ging dann von „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ bis „Arbeit zuerst für Deutsche“ und überall war genau dies zu bemerken. Der Konsens, der sich hier politisch artikuliert hat, der Schrei nach Arbeit, hat natürlich eine Basis. Die Basis ist ziemlich schnell zu erklären, wenn man sich

dann auch einmal ein bißchen unterhält, oder die Wahlprogramme anschaut, ist klar, daß Arbeit nicht irgendetwas ist, und auch nicht zum Kohle verdienen da ist, sondern daß es klar eine der wenigen Identifikationsmöglichkeiten ist, die es hier in der Gesellschaft gibt.“ Und weiter führt der gleiche Referent, wenn auch schwerpunktmäßig bezogen auf die frühere DDR, aus: *„Ebenso wurde von staatlicher Seite ein tradierter deutscher Arbeiterbegriff propagiert. So wurde ein Wohlstands- und Arbeitsethos aufrechterhalten, der - lediglich auf die Gesellschaftssituation zugeschnitten - im Mittelpunkt den fleißigen für die sozialistische Gemeinschaft arbeitenden DDR-Bürger oder die DDR-Bürgerin sah. Dies war nicht zuletzt auf grund einer falschen Faschismusanalyse möglich, die im Großkapital die Ursache für Faschismus sah und diesem den sauberen, fleißigen und unschuldigen deutschen Arbeiter entgegensetzte. Gleichsam verknüpfte sich dieser ausgeprägte Arbeitsethos auch mit einer spezifischen Form des Rassismus und beförderte ebenso tendenziös antisemitische Einstellungen (...).“* Und an anderer Stelle: *„Zuletzt muss zumindest noch einmal darauf hingewiesen werden, dass der propagierte Arbeitsethos zu DDR-zeiten unhinterfragt auch Elemente des antisemitischen Arbeitsbegriffs des NS übernahm. Dieser äußerte sich z.B. in Arbeiterverherrlichung, Intellektuellenfeindlichkeit und einer suspekten Vorstellung von KosmopolitInnen und WeltbürgerInnen. Nicht zuletzt existierte ein teilweise antisemitisch konnotiertes Kapitalisten-Feindbild, das auch in der Argumentation gegenüber Israel eingesetzt wurde.“*

Ähnliche „Kritik der Arbeit“-Positionen gibt es auch anderswo (z.B. in Jürgen Elsässers Beiträgen

in der Jungen Welt), waren aber bislang nicht Schwerpunktthema in „der Antifa“.

Je mehr jedoch nach Erklärungen gesucht wird, die die Ursachen für das eigene Scheitern im Bewusstseinszustand „der Gesellschaft“ suchen, desto mehr werden solche Positionen an Einfluss gewinnen.

Davor muss entschieden gewarnt werden. Es ist nachgerade zynisch, denjenigen, die teilweise seit Jahre „ohne Arbeit“ sind, von Sozialhilfe leben oder am Rande des Existenzminimums, schon deshalb rechte Einstellungen, Arbeitsethos „deutsche Arbeit“, Rassismus oder Antisemitismus zu unterstellen, weil sie „nach Arbeit schreien“. Was hat man als politische Alternative anzubieten: *„Festzustellen war auch, dass es keine gesellschaftlich relevante Gruppe gibt, die sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, gegen diesen Arbeitsethos, der uns auch im späteren noch mal begegnen wird, aufzulehnen bzw. sich hinzustellen und zu sagen: „Wer braucht schon Arbeit?““*

Es ist schon dankenswert, in welcher Offenheit hier die Grundlagen eigener Bewusstseinsformen kenntlich gemacht werden. Man macht deutlich, dass es keineswegs um eine Kritik an der Form und Organisation von „Arbeit“ unter herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen geht, sondern generell um „Arbeit“, die man am liebsten in jeglicher Form abschaffen will.

Nur muss man sich dann abschließend fragen, warum das BgR in Wurzten politisch „tätig“ wurde, immerhin war dies doch auch „Arbeit“, von der der Referent allerdings nur lapidar feststellt:

„Die Arbeit war ganz „banal“ - zu Wurzten“.

(wird fortgesetzt)

Stephan W. Born

Aus Anlaß des Mordes an drei Polizeibeamten

Am 14. Juni wurde bei dem Versuch, einen Autofahrer, der den Sicherheitsgurt nicht angelegt hatte, zu kontrollieren, in Dortmund-Brackel am Unteren Graffweg der Polizeikommissar Thomas Goretzki (35 Jahre alt) erschossen, seine 25jährige Kollegin durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt; 40 Minuten danach wurden nach Einleitung einer Ringfahndung an einem Kontrollpunkt in Waltrop die zur Verstärkung aus Datteln hinzugezogene Polizeiobermeisterin Yvonne Hachtkemper (34 Jahre alt) und ihr Kollege, der Polizeimeister Matthias Larisch von Voitowitz, (34 Jahre alt) erschossen. Sie saßen in einem Streifenwagen, während der Täter mit seinem Fahrzeug langsam auf sie zufuhr und überraschend das Feuer eröffnete. Goretzki war Vater von zwei Söhnen, Yvonne Hachtkemper hatte als Mutter eines Kleinkindes gerade ihren Mutterschaftsurlaub beendet, die Frau von Matthias Larisch von Voitowitz ist schwanger. Dies ist in den Medien breit dargestellt worden, um die Polizeibeamten dem Lesepublikum menschlich nahezubringen, indem man ihr familiäres Umfeld und die zu Halbwaisen gewordenen Kinder in den Vordergrund rückt.



Todesschütze Berger

Der flüchtige Täter, der Dortmunder Michael Berger, 31 Jahre alt, zuletzt wohnhaft am Körner Hellweg, Fahrer eines BMW 325i, bis Ende letzten Jahres Einkäufer in einem Dortmunder BMW-Autohaus und zuständig für den EDV-Materialeinkauf mit einem Monatsgehalt von 4517 DM inklusive Zulagen, das nach Streichung der Überstundenzuschläge ab 2000 trotz Mehrarbeit um rund 1000 geringer wurde, nach Krankenschreibung infolge von „betrieblicher Rationalisierung“ (Begründung des Unternehmens vor dem Arbeitsgericht) freigesetzt und seither in Gelegenheitsjobs als Taxifahrer und Vertreter für Feuerlöschgeräte tätig, seines Führerscheins verlustig gegangen und im April 2000 wegen wiederholten Fahrens ohne Führerschein vorbestraft (4 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung), von seiner Freundin, die vorher mit einem Polizisten

zusammengelebt hatte und von Berger geschlagen worden war, verlassen, wegen Depressionen in psychiatrischer Behandlung, wurde wenig später erschossen in einem Wald bei Olfen im Münsterland aufgefunden, an einem Ort, der laut *Westfälischer Rundschau* als Schießplatz von Rechtsradikalen bekannt sein soll; laut Auskunft der Ermittler hat er Selbstmord verübt.

Berger war politisch kein unbeschriebenes Blatt. Er war Mitglied der DVU und der REPUBLIKANER und hatte Kontakte zur NPD, mit der er laut *SPIEGEL* stark sympathisierte. Persönlich bekannt war er zudem mit dem 46jährigen Siegfried Borchardt („SS-Siggi“), dem ehemaligen Chef der „Borussenfront“, der in den 80er Jahren versucht hatte, als Anhänger von Michael Kühnen mit Hilfe von Aktionen wie „Ausländer-Klatschen“ in Dortmund unter Fußballfans

eine Gruppe der FAP aufzubauen, und auch heute noch ein Idol von Neonazis und Hooligans ist. (Von letzteren hatten einige mit ihren Taten anlässlich der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich möglicherweise Borchardts vor einer Fußballeuropameisterschaft vor 16 Jahren ergangenen Aufruf zu einem „Frankreich-Überfall“ wahrzumachen versucht.) Berger bezeichnete ihn als seinen „besten Freund“.

Er erzählte auch vom „Schützeneck“, dem mittlerweile geschlossenen Treffpunkt der Neonazis in Dortmund. Auch bei anderen Gelegenheiten zeigte er einen Drang, sich auffällig zu verhalten.

So ließ er sich einmal die Zahl 88 in die Haare scheren, ein Symbol für „Heil Hitler!“, anlässlich einer Party seiner Anwältin trug er einen Ring mit Hakenkreuz.

Bergers Name war auch im Verfassungsschutz-Informationssystem NADIS gespeichert.

„Tötet sie alle ...“

An dem Fahrzeug, das Berger zur Tatzeit fuhr, prangte ein Aufkleber mit der makaberen Parole: „Tötet sie alle! Gott wird seine Wahl treffen.“ Es ist eine sinngemäße Übersetzung der Weisung des katholischen Abtes **Arnaud Amaury** („Caedite eos, novit enim Dominus qui sunt eius!“) an ein Kreuzfahrerheer, dessen geistlicher Führer er war und das im Jahr 1209 die südfranzösische Stadt **Béziers**, die sich weigerte, in ihren Mauern lebende Mitglieder der christlichen Sekte der **Katharer**, die damals starken Zulauf hatte, auszuliefern und damit dem **Feuertod** zu überantworten, erstürmte und im Namen der Kirche die gesamte Bevölkerung der Stadt, die sich in der Hoffnung, daß wenigstens das Kirchenasyl respektiert würde, in die Kirchen geflüchtet hatte - Katholiken wie Katharer, Männer, Frauen und Kinder -, sowie alle Haustiere umgebracht hatte. Die Katharer, die ihre Hochburg in der Stadt **Albi** hatten, verwarfen Ehe, Eid und Kriegsdienst sowie das Alte Testament und entwickelten auf ihrem Konzil 1176 aus dem Gegensatz von Gott und Satan, Geist und Materie eine Heilslehre der Befreiung von der **Körperlichkeit** (insbesondere der Sexualität); sie lehnten die kirchliche Hierarchie (in der nur Männer Priester werden konnten) ab und setzten an deren Stelle den Unterschied zwischen den „Gläubigen“, die erst in der Sterbestunde durch Handauflegung eine Geistestaufe (Consolamentum) erhielten, und den „Vollkommenen“ („parfaits“ und „parfaites“), die eine mehrmalige, der Reinigung (Katharsis) dienende Seelenwanderung auf sich nahmen und als Wanderprediger und -predigerinnen wie der Apostel

Paulus durchs Land zogen und dabei von ihrer Hände Arbeit leben sollten; Anlaß für den von **Papst Innozenz III.** ausgerufenen Ausrottungskrieg gegen die Katharer war die dem Grafen von Toulouse angelastete Ermordung eines päpstlichen Legaten.

(Vgl. Lothar Baier, *Die große Ketzerei. Verfolgung und Ausrottung der Katharer durch Kirche und Wissenschaft*, Verlag Klaus Wagenbach Berlin 1991)

Wie der **SPIEGEL** (25/2000) schreibt, prangte diese Parole während des Vietnamkrieges auch auf den Shirts von US-Soldaten. Sie besagte offenbar, daß der Krieg von den USA nur zu gewinnen war, wenn ein Exempel statuiert und der Gegner, die vietnamesische Nationale Befreiungsfront, erforderlichenfalls unter Opferung der gesamten vietnamesischen Bevölkerung, in der er „wie ein Fisch im Wasser“ schwamm und die damit als unheilbar „vom Bazillus des Kommunismus infiziert“ betrachtet wurde, vollständig vernichtet werde. Es ist mithin eine zu einer **Domino-Theorie** passende Parole.

Berger muß diesen Text zumindest als schick befunden haben, sonst hätte er ihn wohl kaum an seinem Auto angebracht. Und damit sagt er natürlich auch etwas über sich selbst aus.

Die dem Spruch in einigen Zeitungen nach der Tat beigemessene Deutung im Sinne einer „selffulfilling prophecy“, er habe damit seinem mörderischen Haß auf Polizisten Ausdruck verleihen und in seinen eigenen (vorprogrammierten) Untergang möglichst viele von ihnen mitnehmen wollen, ist allerdings bei ansonsten fehlenden Anhaltspunkten ziemlich gewagt.

Brauner Terrorismus?

Sowohl in dem Auto als auch in der Wohnung von Berger fanden die Ermittler zahlreiche Waffen: **Totschläger, eine Splitter-Handgranate, Jagdgewehre, Revolver.** Die Tatwaffe war eine **ungarische 9-mm-Pistole.** Berger war als ein guter Schütze bekannt; genaues Schießen hatte er als Panzergrenadier bei der Bundeswehr gelernt. In seiner Wohnung soll auch eine Fahne mit dem **RAF-Emblem** gefunden worden sein, woran die **SPIEGEL**-Autoren **Georg Bönisch, Jürgen Dahlkamp** und **Andrea Stuppe** Betrachtungen über terroristische Umtriebe Bergers knüpften.

Bisher haben sich die Faschisten in erster Linie gesellschaftlich Schwache als Opfer ausgesucht und damit bei der Mehrheit der Bevölkerung unbeliebt gemacht. Daß geistig bewegliche Faschisten, die sich auf einen Bürgerkrieg vorbereiten, auf Vorbilder auch aus dem linken Spektrum zurückgreifen, wäre so ungewöhnlich nicht. Man denke etwa an das Anknüpfen an Ideen von **Antonio Gramsci** für die Errichtung **National Befreiter Zonen.** Auch Versuche von Faschisten, Antifaschisten mit nationalrevolutionären Ideen auf ihre Seite zu ziehen, gehören in diesen Kontext. Brisant würde so etwas, wenn sie sich - ähnlich wie es die Rote Armee-Fraktion tat - prominente Vertreter der Herrschenden aussuchten und dabei auf klammheimliche Freude in großen Teilen der Bevölkerung rechnen könnten.

Möglicherweise weil er „in allen Töpfen kochte“, war Berger in der rechten Szene verdächtigt worden, ein Polizeispitzel zu sein. Der Verfassungsschutz habe von Bergers Waffensammlung Kenntnis



Bei Berger gefundenes Waffenarsenal

Bild: Rottmann

gehabt. (Seitens des Innenministeriums NRW wurde jedoch bestritten, daß Berger ein V-Mann gewesen sei.)

Ob Berger wirklich Enttarnung als Beteiligter an einer Verschwörung fürchtete (wie es die SPIEGEL-Autoren vermuten) oder ob abgründiger Haß auf Polizisten eine Triebfeder dabei war (wie es etwa in der *Westfälischen Rundschau* nahegelegt wird), läßt sich so wenig belegen wie etwa das Motiv, sich von dem Verdacht, für die Polizei tätig zu sein, reinzuwaschen.

Berger handelte aus einem konkreten Anlaß heraus, er erschöß - vermutlich aus Angst vor Entdeckung der mitgeführten Waffen - den ersten Beamten nach einer Verfolgungsjagd; sein Wagen war von einem Streifenwagen ausgebremst worden, der Beamte ausgestiegen, als der Täter plötzlich das Feuer auf ihn eröffnete; seine Kollegin saß, als sie getroffen wurde, noch in dem Streifenwagen. Die Beamten in Waltrop waren durch den Schützen völlig

überrascht worden und hatten nicht die Spur einer Chance.

Da der Täter tot ist, kann er zu seiner Tat nicht mehr befragt werden - und so bietet sie Anlaß für Spekulationen.

Fahndungspanne?

Inwieweit eine Panne bei der Ringfahndung (im Umkreis von 20 km um den ersten Tatort) durch unterschiedliche Funkfrequenzen - wie der STERN (Nr. 28/2000) behauptet - dazu geführt hat, daß die Waltroper Polizei über den Fluchtwagen nicht rechtzeitig informiert worden war, ist bisher unklar.

„Als der BMW des Polizeimörders gegen 10.17 Uhr nördlich von Dortmund in Lünen gesichtet wurde, kam es zu einem womöglich fatalen Versäumnis: Ein Polizeiangehöriger entdeckte den Wagen und informierte seinen Wachleiter, der den Hinweis über das Dortmunder Polizeifunknetz 'Union', zu dem Lünen gehört, weitergab. Inzwischen hatte der Täter Lünen bereits in Richtung Waltrop verlassen. Die dort

eingesetzten Streifenwagen gehören zum 'Herta'-Funknetz des Polizeipräsidiums Recklinghausen; dort aber ist die Meldung aus Lünen nie angekommen. In Waltrop ... wurden 12 Minuten später zwei weitere Beamte mit Kopfschüssen getötet. ... - daß der Polizistenmörder ganz in ihrer Nähe war, haben sie nicht erfahren. Kollegen der Getöteten sind sicher: 'Sonst wäre ihre Eigensicherung bestimmt größer gewesen.'“

Der STERN betrachtet die Sache allerdings post festum und geht damit von falschen Voraussetzungen aus. Erstens war der in Dortmund tödlich getroffene Polizist nicht sofort tot, sondern um sein Leben wurde noch eine Zeitlang gerungen; erst als dies scheiterte, konnte überhaupt die Rede von einem Polizistenmörder sein. Zweitens stand von dem Fahrzeug des Täters aufgrund der Aussage eines Passanten zwar fest, daß es ein BMW mit einem Dortmunder Kennzeichen war, aber die Nummer selbst hatte dieser sich nicht gemerkt. Somit

ist der Verdacht, hier liege ein „*möglicherweise fatales Versäumnis*“ vor, nichts als „heiße Luft“.

Die Dortmunder Polizei und Staatsanwaltschaft (zuständig: Staatsanwalt **Heiko Artkämper**) gaben in einer gemeinsamen Stellungnahme zu diesem Vorwurf am 04.07. an, zum Zeitpunkt der tödlichen Schüsse in Waltrop sei noch unklar gewesen, daß es sich bei dem wenige Minuten zuvor in Lünen gesichteten Fahrzeug tatsächlich um den Wagen Bergers gehandelt habe. Es sei „nichts unterlassen worden, was die Ermordung der Beamten in Waltrop hätte verhindern können“. Die Morde ereigneten sich im Zeitraum zwischen 09.49 Uhr (in Dortmund) und 10.29 Uhr (in Waltrop).

Die erste Meldung durch die verletzte Kollegin von Goretzki („*Wir hatten Schußwaffengebrauch. Kollege ist verletzt, ich auch, benötigen dringend einen Notarzt.*“) war bereits um 09.51 Uhr von der Dortmunder Einsatzleitstelle „Union“ aus an die Leitstelle „Georg“ der Bezirksregierung Arnsberg zwecks Organisation einer Fahnung im „Ring 20“ (d. h. im Umkreis von 20 km ab dem Tatort) weitergegeben worden.

Ergänzt wurden diese Angaben aus dem Streifenwagen um 09.52 Uhr; gesucht wurde demnach laut Protokoll des Fahndungsablaufs zunächst ein „*silberner BMW 3er, oder anthrazitfarben, älteres Modell,*“, in dem eine männliche Person mit dunklem, kurzem Haar saß. Ein Tatzeuge trug anschließend bei, daß der Wagen ein Dortmunder Kennzeichen trug.

Um 09.56 Uhr erfolgte durch die Bezirksregierung Arnsberg eine Zusammenschaltung der Funkkanäle zwischen dem Polizeipräsidium Dortmund und den Polizeibehörden Schwelm, Unna, Hagen, Bochum,

Lüdenscheid, Hamm sowie allen Autobahnpolizeien im Bereich Arnsberg sowie eine Übermittlung an die Leitstelle „Felix“ der Bezirksregierung Münster. Funkdurchsage von „Union“: „*‘Union’ an alle. Ring 20. Dortmund-Ost. Tatzeit 9.48 Uhr. Schußwaffengebrauch gegen/zum Nachteil von 2 Polizeibeamten. Flüchtling von dort ein BMW, älteres Modell, Farbe anthrazit, mit Kennzeichen aus Dortmund, weiteres nicht bekannt, besetzt mit einer männlichen Person, dunkle, kurze Haare, Brillenträger. Von ‘Union’ an alle. Ende.*“

Dieser Text wurde von der Bezirksregierung Münster ebenfalls um 09.56 Uhr auch an die Leitstelle „Herta“ beim Polizeipräsidium Recklinghausen übermittelt, von wo aus der Funkspruch um 09.58 Uhr an alle Polizeifunkempfänger im Zuständigkeitsbereich des Präsidiums Recklinghausen erfolgte; um 10.01 Uhr erfolgte die Zuweisung des später beschossenen Streifenwagens „Herta 14/41“ an die Kontrollstelle, wo später die Schüsse fielen. Seitdem erfolgte von „Herta“ aus die jeweils ergänzte Funkmeldung an die Fahrzeuge an den von ihr zugewiesenen Kontrollstellen, zuletzt um 10.20 Uhr.

Der von Berger geführte Wagen, von Dortmund kommend und in Richtung Lünen fahrend, fiel einem Polizeibeamten der **Polizeiinspektion Lünen** um 10.17 Uhr bei der Sportanlage Gahmen auf, und er meldete dessen genaue Beschreibung („*silberfarbener BMW, Typ 325, amtliches Kennzeichen DO-BM 325*“) sowie eine genauere Beschreibung des Fahrers an die Lüner Polizeiinspektion. Zwei Minuten später (um 10.19 Uhr) wurde diese Meldung an die 4 Einsatzfahrzeuge, die in Lünen unterwegs waren,

weitergegeben, nicht aber an die Einsatzleitstelle „Union“.

Zu dem Zeitpunkt war den Fahndern in Lünen noch nicht klar, daß es sich bei dem von ihnen gesuchten Fahrzeug um den Wagen des flüchtigen Täters aus Dortmund handelte. Der BMW hielt 12 Minuten, nachdem er in Lünen-Gahmen gesehen worden war, 12 km entfernt an einer grünen Ampel im Rücken des Streifenwagens „**Herta 14/41**“ und erschoss sofort die beiden darin sitzenden Beamten. (Protokolldaten aus: *Westfälische Rundschau* vom 05.07.2000.)

Sollte dieser Ablauf zutreffen, so läßt er nur den Schluß zu, daß der Täter mit Vorbedacht und großer Heimtücke verfuhr, wobei er bewußt oder unbewußt die Funknetze der Fahnder überlistete. Ob er den Polizeifunk abhören konnte, ist bisher öffentlich nicht bekannt geworden.

Tief sitzender Schock

Nicht nur in Dortmund, Waltrop und Umgebung sind, wie Bekundungen von Anteilnahme selbst über die Grenzen Deutschlands hinaus zeigen, viele Menschen über die Bluttat des Michael Berger entsetzt. Die intensive Berichterstattung der Lokalpresse etwa über die Demonstration von rund 8000 Polizisten in Dortmund, bei der Reaktionen von Erschütterung und Mitgefühl mit den Beamten in den Vordergrund gerückt wurden, läßt vermuten, daß damit eine **tiefe Verunsicherung im Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung** überdeckt werden soll.

Die drei in Dortmund und Waltrop erschossenen Polizeibeamten sind schließlich nicht die einzigen beamteten Opfer ihres Berufs in der letzten Zeit.

Und zumindest ein weiterer

Täter stammt aus der rechten Szene: der Neonazi **Kay Diesner**, der am 23.02.1997 bei einer Kontrolle auf der A24 bei Mölln mit einem Schrotgewehr auf zwei Polizisten schoß; dabei war der Polizeiobermeister **Stefan Grage** (34 Jahre alt) zu Tode gekommen. Zuvor hatte Diesner einen Berliner Buchhändler zu ermorden versucht. (Er ist am 08.12.1999 vom Landgericht Lübeck zu lebenslanger Haft verurteilt worden, wegen der besonderen Schwere seiner Schuld in der Urteilsbegründung kann nicht - wie bei guter Führung einsitzender Mörder üblich - bereits nach 15 Jahren darüber befunden werden, ob die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt werden könne.)

Weitere Todesfälle von Polizisten:

Am 11.12.1998 wurde der 31jährige Polizeiobermeister **Markus Paul** auf einem Supermarkt in Mannheim von einem 16jährigen Einbrecher erschossen.

Am 22.04.1999 wurde in Solingen ein 45jähriger Kriminalhauptkommissar bei der Drogenfahndung erschossen, sein Kollege (32 Jahre alt) schwer verletzt; der Täter, ein 49jähriger Drogenhändler, wurde am 25.04.1999 gefaßt.

Am 01.08.1999 wurde der Polizeihauptkommissar **Michael Emmerich** (37 Jahre alt) anlässlich einer Kontrolle durch einen 24jährigen türkischen Drogendealer, der ohne Vorwarnung auf den Streifenpolizisten schoß, so schwer verletzt, daß er eine Woche darauf verstarb; der Täter hatte außerdem eine zufällig anwesende Lehrerin erschossen und beging anschließend Selbstmord.

Am 18.01.2000 wurde bei Bad Hersfeld der im Radarwagen sitzende Polizeihauptmeister **Günter Knöpfel** bei einer Verkehrskontrolle auf der A4 so schwer angeschossen, daß er

eine Woche danach seinen Verletzungen erlag. (Am 02.02.2000 wurde als mutmaßlicher Täter ein Busfahrer aus Halle festgenommen.)

Am 27.02.2000 wurde in Remscheid die 26jährige Polizeiobermeisterin **Kirsten Spring** in ihren Streifenwagen von einem mazedonischen Lagerarbeiter erstochen; sie war zur Schlichtung eines Ehestreites zu Hilfe gerufen worden.

Und in der Woche, in der in Selm die Trauerfeierlichkeiten für die drei in Dortmund und Waltrop erschossenen Polizeibeamten stattfanden, wurde am 23.06.2000 im hessischen Niederwalluf der Polizist **Ingo Georg Gebert** (32 Jahre alt) durch einen Schuß in die Leber tödlich verletzt, mit einer Dienstwaffe, die ein 25jähriger Türke, der in einer Abfalltonne herumgestochert hatte und dem er und sein Kollege Handschellen anzulegen versuchten, letzterem entrissen hatte; daß nicht auch Geberts Kollege erschossen wurde, verdankt er der Tatsache, daß der schwerverletzte Gebert noch seine eigene Waffe ziehen und den Täter (der der Drogenszene angehören soll) durch einen Kopfschuß außer Gefecht setzte.

Am Wochenende zuvor wurde die von der Polizei am Dortmunder Tatort durch Aufstellen eines Holzkreuzes errichtete Gedenkstätte für den erschossenen Polizisten Goretzki, an der zahlreiche Umwohnende Kerzen aufgestellt und Blumen niedergelegt hatten, verwüstet, die Täter schrieben außerdem an die Wand: „*Scheißbullen! Krepieren sollen sie alle. Elendig!*“

Vor dem Haus, in dem Berger gewohnt hat, wurden hingegen Blumen abgelegt; damit wurde bekundet, daß es Leute gibt, bei denen Bergers Tat

Zustimmung gefunden hat. Und das ist für die Polizei ein Alarmzeichen. Es gibt offenbar Kräfte, die aus dem gewaltsamen Tod von Polizisten politisch Nutzen ziehen wollen. Denkbar wäre allerdings auch, daß jemand die Polizei foppen wollte, indem er sich einen üblen Scherz mit den Gefühlen der Betroffenen erlaubte. (Daten zusammengestellt nach *Westfälische Rundschau* und ergänzt bzw. korrigiert nach *Cilip* 63, 64, 65.)

„Finale Rettungsschüsse“

Die Anzahl der aus polizeilichen Dienstwaffen abgegebenen Todesschüsse ist dagegen seit Jahren (wie die Statistiken der Zeitschrift *Cilip* belegen) rückläufig (1998 wurde mit insgesamt 8 von Polizisten getöteten Zivilpersonen ein Tiefpunkt erreicht), die Zahl liegt aber immer noch deutlich höher als die der erschossenen Polizisten.

Einige Beispiele für „finale Rettungsschüsse“ aus dem Monat Dezember 1999:

Am 06.12.1999 erschoss in Brandenburg ein Beamter eines in einem Nachbarschaftsstreit zu Hilfe gerufenen Sondereinsatzkommandos (SEK) einen Mann, der zuvor mit einem Messer zwei Nachbarn verletzt hatte und nun auf seinen Kollegen losging.

Am 10.12.1999 wurde - ebenfalls von einem SEK-Beamten - ein abgelehnter Asylsuchender aus Bulgarien, der sich gegen seine Festnahme zwecks Abschiebehaft wehrte, erschossen.

Am 12.12.1999 wurde in Siegen die Wohnung eines Tatverdächtigen, der an einer Schlägerei in einer Diskothek beteiligt war, durchsucht und bei einem Handgemenge zwischen seinen Gästen und der Polizei einer der Gäste

tödlich getroffen, als sich aus der Dienstwaffe eines der Beamten plötzlich ein Schuß gelöst hatte.

Nur wenig später, am 17.12.1999, wurden die Ermittlungen gegen die Zivilpolizisten, die in Heldringen (Thüringen) einen Wanderer aus Köln mit dem entsprungenen Mörder **Dieter Zurwehne** verwechselt und in einem Hotel erschossen hatten, ohne strafrechtliche Konsequenzen eingestellt, da sich die Polizisten, für die eine objektive Notwehrsituation nicht vorlag, angesichts der (auch durch die Medien geförderten) allgemeinen Hysterie bei der Jagd nach dem Täter in einer Streßsituation befunden hätten. Am 22.12.1999 erschoss ein Scharfschütze der Polizei einen Geiselnnehmer, nachdem dieser sich vorher bereits 50 Stunden lang mit seinen Geiseln in der Aachener Landeszentralbank verschanzt hatte. (Daten nach *Cilip* 65, Nr. 1/2000)

Die getöteten Polizisten gehörten überwiegend der Verkehrs- oder Schutzpolizei an, sie trugen zwar eine Dienstwaffe, waren aber auf **b e w a f f n e t e** Auseinandersetzung weniger gut vorbereitet, während die polizeilichen Todesschützen durchweg zur an Waffen ständig trainierten Kriminalpolizei und in den Bereich der verdeckten Ermittlung oder zu einem Sondereinsatzkommando gehören.

Amoklaufende Gesellschaft?

Der Ausdruck **Amok** für eine krankhafte, explosionsartig ausbrechende Mordwut eines bis dahin nicht auffällig gewordenen Menschen geht auf das malaiische Wort „amok“ zurück, das man mit „rasend vor Wut“ übersetzen kann. Ein solches „Ausrasten“ ist allerdings nicht ohne Anlaß, und

scheinbar geringfügige Anlässe können eine bereits vorher aufgebaute Spannung freilegen, „das Faß zum Überlaufen bringen“.

In unserer globalisierten Konkurrenzgesellschaft spielt Streß eine zentrale Rolle. Und es gibt immer mehr Situationen zwischenmenschlicher Handlungsabläufe, die zu Streßsituationen werden - man nehme beispielsweise die zahlreichen Staus auf deutschen Autobahnen und die Wut, in die dabei viele Autofahrer geraten. Sie müssen diese Wut in sich hineinfressen, weil konkret niemand greifbar ist, den sie dafür (etwa für weiträumig eingeengte Fahrbahnen, während an sehr viel kleinen Abschnitten Bauarbeiten verrichtet werden) verantwortlich machen könnten. Dies ist nicht überall so. An bestimmten Frontstellen der Gesellschaft, wo sich Repräsentanten der Staatsgewalt und Staatsbürger direkt begegnen, kann das mörderisch werden. Bei den Konfliktfeldern, in denen die Polizei tätig wird (und werden muß), ist das offenkundig. Es geht dabei vielfach um Sein oder Nichtsein von Menschen, und wenn sich die Widersprüche in der Gesellschaft zuspitzen, können solche Konfliktfelder lebensgefährlich für die darin Tätigen und für zufällig Hineingeratende werden. Solche Zuspitzungen sind Ausdruck eines verdeckten Bürgerkrieges.

Daß auch Lehrer offenbar zum gefährdeten Personenkreis gehören, wird in jüngerer Zeit durch einen weiteren Fall belegt: Ein Schüler, dessen Tat zuvor bereits Gegenstand einer Wette unter Klassenkameraden war, brachte seine Lehrerin ungehindert vor deren Augen um.

Die Häufung von Vorkommnissen dieser Art in jüngster Zeit kommt nicht von

ungefähr.

Polizeibeamte sind, ebenso wie Lehrer (oder auch beispielsweise Ärzte, die aus Gründen der Kostenersparnis zurückhaltender mit der Verschreibung von Medikamenten werden), beruflich an Frontstellen unserer Gesellschaft tätig, in der sich der Widerspruch zwischen arm (unterprivilegiert und im Konkurrenzkampf nahezu chancenlos) und reich (mit Sonderrechten und allen gesellschaftlichen Möglichkeiten der privaten Persönlichkeitsentfaltung ausgestattet) verschärft; viele dieser gesellschaftlichen Funktions- oder Amtsträger (insbesondere bei der Polizei) haben selbst rechtslastige Ansichten, nicht wenige sind auch Mitglieder der REP, NPD oder DVU.

Unter dem Gesichtspunkt der **Eigensicherung** kann angesichts der Häufung erschossener Polizeibeamten bei deren Kollegen „die Sicherung durchbrennen“ und damit die Gefahr einer verschärften Vorgehensweise zu Lasten auch anderer zu Kontrollierender bestehen, insbesondere wenn es erneut zu einer **Terrorismushysterie** wie in den 70er Jahren kommen sollte, denn als **Waffenträger** sind Polizeibeamte wehrhaft und selbst imstande, Menschen, die falsch oder einfach nur unvorsichtig reagieren, zu erschießen. Das staatliche Gewaltpotential kann mithin durch die Tat eines Berger für die Gesellschaft gefährlicher werden.

Die Gefahr einer „*Braunen Armee-Fraktion*“ (**Ernst Uhrlau**, Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt) sei zwar nicht gegeben, aber da „*in der rechten Szene ... die Bereitschaft zur Gewalt*“ wachse, bestehe eine „*gefährliche Zeitbombe*“, da

rechte Terroristen die Schädigung Unbeteiligter bewußt in Kauf nehmen. Polizei und Verfassungsschutz machen bei ihrem Surfing im Internet immer aggressivere Texte in Homepages rechtslastiger Gruppen aus: Anstachelung zu Rassenhaß, Anleitungen zum Bombenbasteln, die Verbreitung „schwarzer Listen“ politischer Gegner und Mordaufrufe.

Das faschistische Umfeld allein erklärt allerdings die Tat des Michael Berger nicht, es sei denn hier wäre tatsächlich eine Verschwörung im Gange, wofür jedoch überzeugende Belege öffentlich nicht vorgelegt worden sind. Wenn man dagegen von einer durch Aggressionsstau ausgelösten **Kurzschlußhandlung** ausgeht, war es ein Amoklauf.

Die Suche nach den Ursachen derartiger Amokläufe zeigt die Hilflosigkeit unserer perspektivlosen Gesellschaft im Umgang mit Menschen, die zu Amokläufern oder Gewalttätern an für Außenstehende scheinbar zufälligen Opfern werden. Möglichkeiten einer klaren Früherkennung fehlen, und so schlagen diese Menschen plötzlich und (fast) unerwartet zu. (Man kann auch nicht jeden, von dem man vermutet, daß er mal „ausrasten“ werde, einfach in Vorbeugehaft nehmen - gegen die Androhung einer Inhaftnahme von einschlägig bekannt gewordenen Hooligans während der Fußballeuropameisterschaft 2000 bei einem Grenzübertritt in die Niederlande oder nach Belgien läßt sich dagegen, wenn sie sich klar auf einen solchen Personenkreis beschränkt, nichts einwenden. Natürlich sichert sich der Staat dabei auch gegen eine möglicherweise fortschrittliche revolutionäre Gewalt - von der zur Zeit jedoch weit und breit

nichts zu erkennen ist - ab. Solche Seiteneffekte sind aber bei jeder staatlichen Maßnahme mit im Spiel, und wenn man sie allein im Blick hat, müßte man jedes staatliche Handeln von vornherein ablehnen und bliebe damit für den größten Teil der Bevölkerung, die Maßnahmen zu ihrer Sicherheit verlangt, unverständlich.)

Erwerbslosigkeit, Kontakt- und Gefühlsarmut, Arbeitsplatzverlust oder Führerscheinverlust (der die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich mindert) sowie das **Gefühl eigener Nutzlosigkeit und des Weggeworfenseins** (etwa bei einer auseinandergebrochenen sexuellen Beziehung) werden zwar in den Medien angesprochen, aber in aller Regel als unvermeidlich hingenommen. (Im Zusammenhang mit dem Täter Berger wurden all diese Aspekte in den Medien erwähnt.) Gehäuft wird jedoch eine Neigung solcher Täter zu rassistisch-faschistischen Leitbildern festgestellt, auch wenn dabei das Einzeltätertum in den Vordergrund gerückt oder der gesellschaftspolitische Hintergrund heruntergespielt oder verfälscht wird.

Daß rechte Tendenzen sich heute stärker explosiv äußern, ist nicht verwunderlich, zumal der Weg in eine bessere Gesellschaft zur Zeit chancenlos erscheint.

Amokläufe sind uns aus dem klassischen Land der Zweidrittelgesellschaft und des „Kapitalismus pur“ (USA) her geläufig. Offenkundige gesellschaftliche Ungerechtigkeiten (etwa daß Arbeitslose fast so viel Geld bekommen wie jemand, der 8 Stunden am Tag geschuftet und sich dabei kaputtgemacht hat, während zugleich die Rentenkassen Pleite zu gehen drohen), die damit

zusammenhängt, daß angesichts der Freisetzung vieler Arbeitskräfte und damit potentieller Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt der Tauschwert der Ware Arbeitskraft weiter sinkt und sogar unter dem für die individuelle Aufrechterhaltung der Arbeitskraft notwendigen Standard gehandelt werden kann, eine Ungerechtigkeit, die, wenn es einem persönlich dreckig geht, als besonders schreiend empfunden wird, und persönliche Erfolglosigkeit treiben Menschen gelegentlich in einen Aggressionsstau, der die normalerweise vorhandene Tötungshemmung überwindet und sich in einer Wahnsinnstat Luft macht. Wenn der Täter dann begreift, was er angerichtet hat, erträgt er oftmals sich selbst nicht mehr und setzt seinem Leben ein Ende. Die Tatsache, daß Handlungen, die als Amokläufe beschrieben werden, auch bei uns gehäuft auftreten, ist ein Indiz dafür, daß das soziale Netz größere Löcher bekommen hat.

Menschen, die an Frontstellen unserer auseinanderdriftenden, sich polarisierenden Gesellschaft tätig sind, leben damit zunehmend gefährlich. Es verwundert daher nicht, wenn sich immer öfter einer von ihnen die - berechnete - Frage stellt, für wen er eigentlich die Kastanien aus dem Feuer holt. Als Antifaschisten möchten wir die Beamten, die über ihre Rolle nachzudenken beginnen (etwa, wenn sie immer wieder zum Schutz von NPD-Aufmärschen eingesetzt werden), an ein Wort des 1919 auf Betreiben des damaligen Reichsinnenministers **Gustav Noske** ermordeten Reichstagsabgeordneten **Karl Liebknecht** (der für eine sozialistische Räterepublik kämpfte) erinnern: „*Der Feind steht rechts.*“

KD

DEMONSTRATION GEGEN NAZI - MUSIKVERSAND IN KÖLN

Rund 600 Menschen nahmen am 24. Juni in Köln an einer Demonstration gegen den europaweit größten Nazimusikversand Rock-O-Rama teil. Die Demo bildete den - vorläufigen - Höhepunkt einer Kölner Kampagne gegen das Nazi-Label, in den Wochen vorher war über das gut funktionierende Nazimusik-Netzwerk in Köln und Umgebung auf Veranstaltungen und durch Info-Broschüren aufgeklärt worden. Ob die Teilnehmerzahl, wie die Veranstalter von der Kölner „Antifa K“ und vom Bündnis „Köln stellt sich quer“ meinen, tatsächlich „ein Erfolg“ war, sei dahingestellt. Immerhin hatte sogar der ehemalige Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes den Aufruf zur Demo unterschrieben. Gespräche mit Anwohnern in Braunsfeld, dem Stadtteil, wo sich die Rock-O-Rama-Vertriebsgebäude befinden, zeigten eher, dass die Menschen „vor Ort“ noch nie davon gehört hatten. Dies ist auch kaum verwunderlich, denn die Gebäude befinden sich höchst unauffällig auf einem Gelände mit weiteren Kleinstfirmen, ein Firmenschild existiert selbstverständlich nicht.

Rock-O-Rama ist in Europa der größte Versand mit angegliedertem Label für rechtsradikale Musik, existiert bereits seit 1977 und wird von Herbert Egoldt betrieben. Bis 1993 galt Rock-O-Rama als einziger autorisierter Versand zum Vertrieb des vom Skrewdriversänger Ian Stuart Donaldson gegründeten Blood & Honour-Labels.

In Köln gibt es noch eine große Zahl kleinerer Rechtsrock-Versände, wie z.B. den Alternative CD-Versand, den Midgard Versand und den Signal-Versand von Manfred Rouhs.

Ziel der Kölner Kampagne war nicht nur, über den Umfang der Geschäfte mit Nazi-Musik, die inzwischen Millionen-Umsätze erwirtschaften, zu informieren, sondern dem „rechten Sound-Dreck“ eine Alternative entgegenzusetzen.

In den letzten Jahren sind immer wieder Nazi-Bands gegründet worden, die sich mehr oder weniger stupide an ihren Vorbildern Endstufe, Oithanasie, Kraftschlag, Störkraft oder Wehrwolf (allesamt bei Rock-O-Rama im Vertrieb) orientieren.

Die Musik dieser Bands ähnelt wiederum der Musik der „Böhsen Onkelz“, deren frühe Texte auch heute noch „Kult“ unter rechten Jugendlichen sind.

Die Demonstration zog nach dem Verlassen des Stadtteils durch die Aachener Straße Richtung Innenstadt. Einen kurzen Zwischenstopp gab es an der Gaststätte „Stass“, in deren Räumen die Gründungsveranstaltung des Kölner „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ stattgefunden hatte. Auf dieser Veranstaltung drohte der Kölner KDS-Chef Axel Reitz, alle Demokraten demnächst „auf dem Marktplatz zu erschießen“.

Auf der Abschlusskundgebung am Rudolfplatz

sprachen u.a. der Kabarettist Wilfried Schmickler (Mitternachtsspitzen) sowie der Anwalt der Opfer des rechtsradikalen Anschlags von Solingen, Reinhard Schön. Schön forderte das Verbot der Firma Rock-O-Rama, in seinen Ausführungen begründet er dies Verbot:

„Das Strafrecht bietet den Straftatbestand der Volksverhetzung § 130 StGB, die Gewerbeordnung ermöglicht über § 35 GewO die Untersagung des Gewerbes bei sogenannter Unzuverlässigkeit. Wichtiges Gemeinschaftsgut im Sinne dieser Bestimmung ist mit Sicherheit das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsteile. Derjenige, der systematisch dazu beiträgt, dass durch

das Verbreiten der oben beschriebenen Musik Rassenhass geschürt und Gewaltbereitschaft geweckt wird, hat den Anspruch auf Gewerbefreiheit eingebüßt.“

Es bleibt abzuwarten, ob in den kommenden Wochen in Köln irgendjemand erneut juristisch gegen Rock-O-Rama vorgeht. In den



vergangenen Jahren scheint dies immer wieder gescheitert zu sein, obwohl Texte von Bands wie „Bö (h)se Onkelz“ oder „Störkraft“ mehrfach indiziert wurden.

Wieweit Rock-O-Rama tatsächlich noch der europaweit größte Versand für Nazi-Musik ist - ein großer Anteil des Versandgeschäfts wird heutzutage mit Sicherheit in Schweden erledigt - ist unklar. Wichtig wäre, dass vor allem die Menschen im Stadtteil Braunsfeld und in Brühl (weiterer Sitz von Rock-O-Rama) politisch gegen den Versand aktiv würden.

AFB

Zum „Reichseinsatz“ nach Dortmund

Eine Ausstellung im Dortmunder Mallinckrodt-Gymnasium

Anläßlich der Auseinandersetzung um die Entschädigung überlebender Zwangsarbeiter des Nazi-Reiches ist auch eine Ausstellung, die vom 24. Mai bis zum 28. Juni 2000 in den Räumen des Mallinckrodt-Gymnasiums am Südrandweg in Dortmund stattgefunden und sich mit dem Schicksal französischer Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen des Lagers Loh in Dortmund-Huckarde von 1943 bis 1945 beschäftigt hat, von Interesse. Es handelte sich um ein Projekt des (katholischen) Initiativkreises Kultur, Politik und Geschichte e.V. (Propsteihof 10, 44137 Dortmund, Tel. 0231/1848-324, Fax: 0231/1848-246) in Zusammenarbeit mit dem (ebenfalls katholischen) Mallinckrodt-Gymnasium und sollte ein Beitrag zu den 35. Internationalen Kulturtagen der Stadt Dortmund 2000 - Frankreich in NRW - sein.

Im Geleitwort von Oberstudiendirektor **Ewald Oelgemöller** zum von **Elisabeth Tillmann** zusammengestellten Katalog wird auch die Beteiligung der 32 Schülerinnen und Schüler, die sich unter Anleitung einer Lehrerin, Frau **Hudde**, in dem **Projekt „Begegnung mit französischen Zeitzeugen“** mit der Naziherrschaft in Deutschland und Europa und in diesem Rahmen mit der Thematik der Ausstellung auseinandergesetzt haben, hervorgehoben. *„Das Problem der Zwangsarbeiter eignet sich für eine Beschäftigung hervorragend, weil - wie in einem Brennglas - die Unmenschlichkeit des Systems, die Beteiligung vieler bis in den Alltag ihrer Berufsarbeit hinein, die schlimmen Folgen für die betroffenen Menschen erkennbar werden.“*

Die Ausstellung war zugleich Anlaß für den Besuch noch lebender ehemaliger Zwangsarbeiter. Solche Zeitzeugen mögen *„für das abwägende Urteil eines Historikers ... lediglich eine, vielleicht nicht einmal allzu hoch einzuschätzende Quelle darstellen. Einzigartig sind sie, wenn man der Geschichte direkt begegnen will.“*

Einer Pressekonferenz stellten sich die nach Dortmund gekommenen ehemaligen Zwangsarbeiter **Roger Cahuac**,

dem die ebenfalls anwesende Krankenschwester **Elisabeth Niehues** damals das Leben rettete, und **Pierre Paratge**, die beide im Lager Loh untergebracht waren. Elisabeth Niehues war damals *„La Schwester“* im Lager Loh, wie der ebenfalls erschienene Zeitzeuge **Yves Denis**, damals Sprecher der französischen Studenten im Lager Loh, inzwischen längst Abbé (Priester) geworden, zu berichten wußte: *„Man mußte auf der Hut sein, wenn man mit Deutschen sprach, nur bei la Schwester nicht.“* Cahuac ergänzte: *„Sie hat uns geholfen, psychisch zu überleben.“* Und Zeitzeuge **Robert Gardes** sprach für sie alle, als er sagte: *„Wir sind keine Feinde mehr. Früher waren wir Franzosen, Deutsche, Russen - heute sind wir Menschen. Manche sind schlecht, manche gut.“* Und auf Seiten der deutschen Schülerinnen und Schüler brachte **Ulf Dingerdissen** zum Ausdruck, was wohl auch für seine Mitschüler(innen) zutraf: *„Ich war nervös, wie ich mit ihren Gefühlen umgehe, jetzt aber bin ich beruhigt.“* (Zitate nach der Westfälischen Rundschau vom 25.05.2000.)

Elisabeth Tillmann, die sich seit Jahren mit dem **Zwangsarbeiterlager Loh** in Dortmund-Huckarde beschäftigt hat, hat dazu bereits 1995 ein zweisprachiges Buch herausgebracht: **Zum „**

Reichseinsatz“ nach Dortmund. *Das Schicksal französischer Zwangsarbeiter im Lager Loh - Destination Dortmund au service du Ille Reich. Le destin des travailleurs francais du STO au camps Loh. 1943 - 1945* (Hrsg.: Katholisches Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.) In der Vorbemerkung des Katalogs betont sie, *„daß es große Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Gruppen gab und Franzosen ... zu den 'Privilegierten' unter den Zwangsarbeitern zählten. Sie standen als 'Westarbeiter' an der Spitze der rassistischen Skala, die die nationalsozialistische Ideologie aufgestellt hatte. Viele Beispiele für die 'Freiheiten', deren sich die Franzosen erfreuen konnten, ließen sich aufzählen.“*

Dennoch darf nicht vergessen werden, daß es sich auch bei ihnen um Menschen handelte, die zum Arbeitsdienst für eine fremde Gewaltherrschaft rekrutiert und nach Deutschland deportiert wurden.“ An Hand der Ereignisse in Dortmund lasse sich aufzeigen, *„daß mit der Zuspitzung der Kriegssituation die 'Sonderrechte' immer stärker beschnitten wurden, bis nicht mehr zwischen 'West-' und 'Ostarbeitern' unterschieden wurde, sondern alle gleichermaßen vom Gestapoteror bedroht waren.“*

Der „Reichseinsatz“ französischer

Arbeitskräfte allgemein

Nach dem Angriff Deutschlands auf Frankreich am 10.05.1940 wurde am 14.06.1940 Paris von der Wehrmacht besetzt und beim anschließenden Waffenstillstand Frankreich in eine besetzte Zone (Nordfrankreich und die Westküste bis zur spanischen Grenze) und eine nicht besetzte Region mit der Hauptstadt Vichy aufgeteilt. Präsident des von Vichy aus regierten **État Francais** (Französischer Staat) war Marschall **Pétain**, der sich zunächst der Illusion hingab, als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Jedoch von Anbeginn an wurde eine **R é s i s t a n c e** (Widerstandsbewegung) aufgebaut, die von den schwer zugänglichen Bergregionen (**Maquis**) aus gegen die deutsche Besatzungsmacht und bald auch gegen die Kollaborateure der Vichy-Regierung operierte.

Hintergrund für die Entsendung französischer Arbeiter zum „Reichseinsatz“ war Hitlers Forderung an Frankreich (bei einem Treffen mit Pétain am 24.10.1940), einen Beitrag zur **D e c k u n g** d e s Arbeitskräftemangels der deutschen Kriegswirtschaft zu erbringen. Außer den rund 1,2 Millionen französischen Kriegsgefangenen, über die das Reich bereits verfügte, forderte Hitler eine große Anzahl an Facharbeitern. Ab Herbst 1940 wurden deutsche Werbestellen für die Anwerbung freiwilliger Arbeitskräfte (sie wurden „Hilfswillige“ oder „HiWis“ genannt) in der besetzten Zone errichtet. Ab März 1942 ließ die Vichy-Regierung solche Werbestellen auch in der unbesetzten Zone zu und unterstützte die Anwerbung durch eigene Maßnahmen, z.B. durch Aussetzung von Strafverfolgung und Strafvollzug bei freiwilliger Verpflichtung

zum Arbeitseinsatz in Deutschland. Diese Werbeaktionen zeitigten allerdings kaum Erfolg.

Der thüringische Gauleiter **Fritz Sauckel**, von Hitler am 21.03.1942 zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ernannt, intensivierte die Beschaffung von Arbeitskräften brutal und effizient: Er kam im Juni 1942 nach Paris und forderte pro Vierteljahr 150.000 Facharbeiter, im Gegenzug sollten die Ablösung (**Relève**) und Freilassung von jeweils 50.000 Kriegsgefangenen erfolgen. Der Werbeslogan lautete: „*Ils donnent leur sang - donnez votre travail!*“ („Sie geben ihr Blut - gebt ihr eure Arbeit!“) Damit sollte an die nationalen Gefühle der Angesprochenen appelliert werden. Dagegen gab es jedoch eine breit angelegte Gegenpropaganda. So rief am 13.03.1942 über den auch in Frankreich zu hörenden Rundfunk von BBC London der französische Sprecher **Maurice Schumann** seine Landsleute auf, nicht nach Deutschland zu gehen: „*Partir pour l'Allemagne c'est se constituer prisonnier.*“ („Nach Deutschland zu gehen, bedeutet, sich zum Gefangenen zu machen.“) Über Nacht hingen an Hauswänden Plakate mit dem Text: „*Partir travailler en Allemagne, c'est trahir.*“ („Zur Arbeit nach Deutschland zu gehen, ist Verrat.“) Trotz großer Werbekampagnen und mit Repressalien verbundener Durchkämpfung von Betrieben konnten jedoch zwischen Juni und August 1942 lediglich 17.000 Facharbeiter verpflichtet werden. Sauckel ging zur Zwangsrekrutierung über. Dazu mußte die Vichy-Regierung allerdings zuvor die gesetzliche Grundlage liefern: das Gesetz vom 04.09.1942 zur Dienstverpflichtung aller männlichen Franzosen im Alter von 18 bis 50 und aller ledigen Frauen im Alter von 21 bis 35 Jahren. Dieses Gesetz wurde

durch das Gesetz vom 16.02.1943 ergänzt, das den **Service du Travail Obligatoire** (Zwangsarbeitsdienst; S.T.O.) einführte, wonach alle Männer der Jahrgänge 1920, 1921 und 1922 für zwei Jahre zur Arbeit in Deutschland gezwungen werden sollten. (Da der Zwangsarbeitsdienst der Franzosen durch die Gesetzgebung einer französischen Regierung gedeckt war, zählen Franzosen nicht zum Kreis der Personen, die von deutschen Firmen Wiedergutmachungen einklagen.)

Sobald die Einberufenen zur Abreise nach Deutschland am Bahnhof eintrafen, riegelten französische Beamte sie von außen ab und ließen auch keinen Kontakt zu Familienangehörigen mehr zu. Die Familien der Dienstverpflichteten und die französische Bevölkerung **l e h n t e n** die Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit Relève und S.T.O. ab, viele wandten sich der Résistance zu, die ab Mitte 1943 einen verstärkten Zulauf auch von Verweigerern (**réfractaires**) zu verzeichnen hatte. Jedoch konnten sich die meisten Franzosen der Zwangsverpflichtung nicht entziehen, da die deutsche Besatzungsmacht, unterstützt von den französischen **B e h ö r d e n**, zu Gewaltmaßnahmen und Repressalien griff. Im Zug fühlten sich die so Rekrutierten als **Deportierte**. (Die Bezeichnung „déporté“ ist in Frankreich durch Gerichtsbeschluss seit 1979 nur ehemaligen KZ-Häftlingen vorbehalten.)

Französische Zwangsarbeiter in der „ Schmiede des Reiches“

In einem Werbeprospekt der Stadt Dortmund aus dem Jahr 1937, der das Stadtzentrum unter Hakenkreuzfahnen zeigt,

wird Dortmund als „*Schmiede des Reiches*“ bezeichnet, mit dem größten Kanalhafen Europas, mehreren Kohlenbergwerken und großen Eisen- und Stahlwerken.

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs bekam die Herstellung kriegswichtiger Produkte absoluten Vorrang. Dies ließ sich auch in Dortmund nur durch massiven Einsatz von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern bewerkstelligen. Unter der Überschrift „*Der zusätzliche Kräfteinsatz*“ wurde in der Tageszeitung *TREMONIA* vom 24.02.1943 ein entsprechender Aufruf von Rüstungsminister **Albert Speer** und Gauleiter Sauckel veröffentlicht. Sauckel verlieh seinen Forderungen durch eine Rede in der Dortmunder Westfalenhalle am 17.03.1943 Nachdruck. Über das gesamte Stadtgebiet waren Lager verteilt.

Allein bei **Hoesch** arbeiteten im September 1943 neben 26.000 Deutschen 11.000 Ausländer, in einzelnen Bereichen betrug der Ausländeranteil mehr als die Hälfte der Belegschaft. Für Mai 1944 berechnete das **Dortmunder Stadtarchiv** die Anzahl von 29.363 Arbeitern und Ostarbeitern, die zusammen mit 11.932 Kriegsgefangenen 41.295 ausländische Arbeitskräfte ergaben.

Zu den dem DHHV zugeteilten Zwangsarbeitskräften gehörten 1.000 bis 2.000 Franzosen, die über die verschiedenen Betriebe in Dortmund und Hörde verteilt wurden. Der bei der Ausstellung gezeigte DHHV-Arbeitsausweis des Arbeiters **Jean Fraiche** nennt als dessen Arbeitsstätte „Asphaltieranlage“. In Wirklichkeit jedoch handelte es sich um die Panzerschmiede in Hörde (Werk Phönix).

Alle Arbeiter erhielten im Betrieb eine Kennmarke mit Nummer. Sie hatten 12 Stunden harte Arbeit (oft

Schwerstarbeit) pro Tag, im Wechsel von Tag- und Nachtschichtwochen, zu leisten. In einigen Betrieben war jeder zweite Sonntag frei. Der Werkschutz bestrafte Verspätungen oder Bummel schwer. **Robert Baudiffier**, der in der Nacht zum 06.02.1944 die Arbeit verweigert hatte, weil er für die Holzschuhe, die er als Rangierer bei der Werkseisenbahn trug und die zerbrochen waren, in der Nacht keinen Ersatz bekam, erhielt für seine Weigerung 12 zusätzliche Arbeitsstunden auferlegt. Auch Einweisungen in Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager konnten als Strafmaßnahmen durch den Werkschutz ausgesprochen werden.

Auch wenn die französischen Arbeitskräfte laut Vorschrift die gleichen Löhne wie ihre deutschen Kollegen erhielten, war der Lohn wegen der Konsumgüterrationierungen wenig wert und zudem mit hohen Abgaben belastet.

Zwar stand französischen „Zivilarbeitern“ auch Urlaub zu, doch war Sauckels Vorschriften zufolge ein Maßstab anzulegen, „*der dem totalen Kriegseinsatz des deutschen Soldaten und Rüstungsarbeiters entspricht.*“ Weil Zwangsarbeitskräfte nach gewährtm Urlaub häufig nicht zurückkehrten, wurden Urlaubsanträge bald grundsätzlich abgelehnt. Der bereits erwähnte Robert Baudiffier erhielt am 06.01.1944 die Erlaubnis zur Familienheimfahrt „*unter der Voraussetzung, daß Ihr Kamerad R., 52744, pünktlich von seinem Urlaub zurückkehrt. Im gegenteiligen Fall wird Ihre Erlaubnis aufgehoben, und Sie müssen für ihn einen Monat Arbeit als Strafe ableisten.*“ Robert Baudiffier kehrte von seinem Urlaub nicht zurück, sondern ging zur Résistance. Mit Tricks wie von der Familie geschickten Telegrammen, ein

Elternteil sei schwer erkrankt und ihr Sohn müsse dringend nach Hause kommen, versuchte manch einer, dennoch einen Urteilschein zu bekommen.

Untergebracht wurden die meisten Zwangsarbeiter in Heimen, Schuppen, Sporthallen, Kino-, Theater- oder Gemeindesälen. Deren Anzahl reichte in Dortmund bei weitem nicht aus; deshalb errichteten die Industriebetriebe zusätzlich Gemeinschaftslager, so auch das Barackenlager Loh. Im Juli 1944 kamen dort über 60 Studierende, überwiegend von der Universität Toulouse, an. Sie waren unmittelbar nach den Semesterprüfungen einberufen worden und empfanden es als glücklichen Umstand, gemeinsam in einer Baracke im Lager Loh untergebracht worden zu sein. Jedem von ihnen stand ein Etagenbett und die Hälfte eines Wäschespinds zur Verfügung. (Das Lager, das nach dem Krieg als Flüchtlingslager genutzt wurde, wurde 1961 abgerissen.)

An Hand des erhalten gebliebenen Melderegisters für das Lager Loh, des **Hausstandsbuches Lohstraße**, lassen sich über 2.000 Lagerbewohner mit Namen, Geburtsdatum und -ort, Nationalität, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Ankunftsdatum nachweisen. Trotz Verbots von Fotoapparaten existieren einige wenige Aufnahmen von Bewohnern, darunter eine Gruppenaufnahme der Studenten aus Toulouse mit ihrem Sprecher, Yves Denis (einem Priesterseminaristen), vor ihrer Baracke.

Überwacht wurde Loh als „Zivillager“ von der **Deutschen Arbeitsfront** (DAF), die die Lagerführer bestätigte und für jede Nationalität einen Verbindungsmann ernannte. Die Wachmänner des Lagers unterstanden dem Werkschutz.

DER MYTHOS 'GLOBALISIERUNG' UND DER EUROPÄISCHE SOZIALSTAAT

VON

PIERRE BOURDIEU

Der folgende Text ist ein Vortrag, den der französische Soziologe im Oktober 1996 in Athen vor dem griechischen Gewerkschaftsbund GSEE hielt. Zusammen mit anderen Aufsätzen und Reden Bourdieus wurde er 1998 unter dem Titel *Gegenfeuer* im Universitätsverlag Konstanz veröffentlicht.

Überall, den lieben langen Tag, hört man (und das macht einen herrschenden Diskurs aus), dass der neoliberalen Weltansicht nichts entgegenzusetzen sei, dass sie doch ganz offensichtlich zutreffe, so als habe niemand eine andere Wahl. Doch wenn sie eine derartige Banalität besitzt, dann, weil an ihr eine umfassende Arbeit symbolischer Einprägungen stattfindet, die Journalisten und einfache Bürger wiederholen lässt, was von bestimmten Intellektuellen ganz gezielt in Umlauf gebracht wird.

Mir scheint, dass der Wissenschaft angesichts dieser stetigen und schleichenden Durchsickerung eines regelrechten Glaubens keine geringe Aufgabe zukommt. Vor allen Dingen könnte sie der Produktion und Zirkulation dieses Diskurses nachgehen. Es gibt immer mehr Arbeiten, in England, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, die sehr genau beschreiben, wie diese Weltansicht erzeugt, verbreitet und eingetrichtert wird. Eine ganze Reihe von Untersuchungen, der einschlägigen Schriften und jener zunehmend hoffähigen Zeitschriften, in denen sie veröffentlicht werden, ihrer Verfasser und der Gesprächsrunden, zu denen sie sich trafen, haben gezeigt, dass sowohl in England als auch in Frankreich Intellektuelle, Journalisten und Geschäftsleute eine höchst nachhaltige Gemeinschaftsarbeit verrichtet haben, um jene neoliberale Weltvorstellung als selbstverständlich durchzusetzen, die doch im Grunde nur eine in ökonomische Rationalisierungen gekleidete Wiederholung der maßgebenden Vorurteile eines allezeit und allerorts zutiefst konservativen Denkens ist. Ich denke dabei etwa an eine Untersuchung über die Zeitschrift *Preuves*, die von der CIA bezahlt und von bedeutenden französischen Intellektuellen unterstützt wurde, und während 20 oder 25 Jahren (es braucht Zeit, damit Falsches zu Wahrem wird), anfangs gegen den Strom, unermüdlich jene Vorstellungen produziert hat, die nach und nach wie selbstverständlich geworden sind. Das Gleiche ist in England geschehen. Der Thatcherismus stammt nicht von Frau Thatcher, er war seit langer Zeit von Intellektuellengruppen vorbereitet worden, denen die großen Zeitungen oft eine breite Öffentlichkeit verschafft hatten. Ein erster möglicher Beitrag der Wissenschaft könnte also sein, diese Untersuchungen zu verbreiten, sie jedem zugänglich zu machen.

Diese vor langer Zeit begonnene Arbeit der Einprägung dauert bis heute an. Immer wieder, und in Abständen von wenigen Tagen, lässt sich wundersamerweise in allen französischen Zeitungen, mit gewissen Abwandlungen, das Erscheinen von Verweisen auf die wunderbare Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten oder Englands beobachten. Diese Art der symbolischen Berieselung, an der die Zeitungen und das Fernsehen in hohem Maße beteiligt sind (meist unbewusst, denn die Leute, die solche Dinge wiederholen, tun dies größtenteils in gutem Glauben), hat tieferreichende Wirkungen. Der Neoliberalismus zeigt sich uns schließlich im Schein der *Unausweichlichkeit*.

Rückbildung des Staates

Es ist eine ganze Ansammlung von Grundannahmen, die sich hier als ganz selbstverständlich durchgesetzt haben: man lässt ein größtmögliches Wachstum von Produktivität und Wettbewerb als letztes und einziges Ziel menschlichen Handelns gelten; oder glaubt, dass man sich den Kräften der Ökonomie nicht entziehen könne. Oder man macht - eine Voraussetzung, die alle anderen der Ökonomie begründet - einen grundtiefen Schnitt zwischen dem Ökonomischen und dem Gesellschaftlichen, das beiseite geschoben wird, den Soziologen überlassen wird, wie eine Art Ausschussware. Und alles kommt in einer schönfärberischen Sprache daher, die uns förmlich überschwemmt, die wir aufsaugen, wenn wir die Zeitung aufschlagen, wenn wir Radio hören. In Frankreich zum Beispiel sagt man nicht mehr Unternehmer, sondern 'lebendige Kräfte der Nation'; man spricht nicht mehr von Stellenabbau, sondern von 'Verschlankung', in Anlehnung an den Sport (ein kräftiger Körper muss schlank sein). Wenn ein Unternehmen 2000 Leute entlässt, wird man von einem 'mutigen Sozialplan von Alcatel' sprechen. Es gibt ein ganzes Spiel mit den Konnotationen und Assoziationen von Wörtern wie Flexibilität, Anpassungsfähigkeit, Deregulierung, das glauben macht, die neoliberale Botschaft sei eine der

allgemeinen Befreiung.

Gegen diese doxa gilt es anzugehen, zuerst mit der Offenlegung jener Mechanismen, nach denen sie entsteht und durchgesetzt wird.

(Doxa: auf trügerischer Sinneswahrnehmung beruhendes bloßes Meinen im Gegensatz zu verstandesmäßiger Erkenntnis, d.Red.)

Doch das genügt nicht, selbst wenn es wichtig bleibt, ihr immer wieder empirische Feststellungen entgegenzuhalten. In Frankreich hat sich der Staat aus vielen Gebieten der Daseinsvorsorge ganz zurückgezogen. Die Folgen zeigen sich in unzähligen Leiden, und nicht nur der Leute, die von der großen Krise betroffen sind. Es lässt sich etwa nachweisen, dass jene Probleme, die sich in den Vororten der großen Städte beobachten lassen, durch eine neoliberale Wohnungspolitik entstanden sind. Seit den 70er Jahren hat sie (und ihre 'personenbezogene Unterstützung') eine soziale Segregation in Gang gesetzt, hier ein Subproletariat, meist Immigranten, die in den großen Wohnblöcken leben, dort die Arbeiter und Kleinbürger in ihren Einfamilienhäusern, die sie mit Krediten gekauft haben und die ihnen ungeheure Belastungen zumuten. Diese einschneidende Entwicklung wurde durch politische Maßnahmen bewirkt.

In den Vereinigten Staaten hilft man einer Zweiteilung des Staates auf den Weg, einem Vorsorgestaat für die Privilegierten und einem repressiven, einem Polizeistaat, für das Volk.

Im Staate Kalifornien, der zu den reichsten der USA (einige französische Soziologen sahen in ihm das Paradies aller menschlichen Freiheiten), aber auch zu den konservativsten gehört, einem Staat, der die zweifellos berühmteste Universität der Welt besitzt, übersteigen seit 1994 die Ausgaben für den Strafvollzug den Haushalt aller seiner Universitäten. Die Schwarzen im Ghetto von Chicago kennen den Staat nur in Gestalt des Polizisten, des Richters, des Gefängniswärters und des *parole officer*, des Bewährungshelfers, dem sie sich regelmäßig zeigen müssen, um nicht wieder im Gefängnis zu landen. Es scheint wie eine Verwirklichung des Traums aller Herrschenden, ein Staat, der sich, wie Loïc Wacquant gezeigt hat, mehr und mehr auf seine polizeilichen Aufgaben beschränkt.

Was wir in den USA sehen und was sich auch in Europa herauszuschälen beginnt, ist ein Prozess der *Rückbildung* des Staates. Wenn man seine Geburt betrachtet, gerade in Gesellschaften, wo er früh entstanden ist, wie in Frankreich und England, erkennt man vor allem eine Konzentration der Mittel physischer Gewalt und eine Konzentration ökonomischer Macht - beide gehen Hand in Hand, man braucht Geld, um Kriege zu führen, um eine Polizei zu unterhalten, und eine politische Gewalt, um die staatliche Geldschöpfung zu sichern. Und dann erkennt man eine Konzentration kulturellen Kapitals, eine Konzentration von Autorität. Dieser Staat erringt im Laufe seiner Entwicklung eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mächten. Er wird fähig, den Willen der Herrschenden umzudeuten, ihn auszulegen, und manchmal entsteht dabei Politik.

Der Staat in den Köpfen

Dieser Rückzug des Staates macht deutlich, dass der Widerstand gegen den neoliberalen Staat und die neoliberale Politik in den einzelnen Ländern umso stärker ist, je ausgeprägter dort die staatlichen Traditionen waren. Und das, weil der Staat in zweierlei Gestalt auftritt: nicht nur in der objektiven Realität, in seiner Gesamtheit von Institutionen, von Satzungen, Ämtern, Ministerien, sondern auch in den Köpfen der Menschen. Innerhalb der französischen Bürokratie zum Beispiel haben die Sozialministerien vom ersten Augenblick an gegen die Reform des Wohnungsbaus, gegen die Finanzministerien gekämpft, um ihre soziale Wohnungspolitik zu verteidigen. Diese Beamten haben damit natürlich auch ihre Ämter verteidigt, ihre Posten; aber sie taten es nicht zuletzt, weil sie daran glaubten, weil sie ihre Überzeugungen vertraten. In jedem Land ist der Staat ein Teil des Weges gesellschaftlicher Eroberungen in die Wirklichkeit. Das Arbeitsministerium beispielsweise ist solch eine zu Wirklichkeit gewordene Eroberung, selbst wenn es manchmal auch ein Repressionsinstrument sein kann. Und der Staat existiert in den Köpfen der Arbeiter in Gestalt subjektiver Rechtsansprüche („das ist mein gutes Recht“, „das kann man mit mir nicht machen“), als Verbundenheit mit 'sozialen Errungenschaften' usw. Einer der großen Unterschiede zwischen Frankreich und England, das entdecken nun die thatcherisierten Briten, und einer der Gründe für ihren erfolglosen Widerstand, ist vor allem darin zu suchen, dass der Arbeitsvertrag dort einer des *common law* war, keine staatlich geschützte Vereinbarung wie in Frankreich. Heute, da man sich auf dem europäischen Festland für das englische Modell begeistert, schauen die englischen Arbeiter auf den Kontinent und entdecken dort Dinge, die sie in ihrer Tradition nicht finden, etwa den Gedanken des Arbeitsrechtes.

Denn der Staat ist durchaus zweigesichtig. Es wäre zu einfach, ihn allein als Werkzeug im Dienste der Herrschenden zu begreifen. Sicher ist der Staat nie ganz neutral, völlig unabhängig von den Herrschenden, aber er besitzt doch eine gewisse Autonomie, die umso größer wird, je älter, je mächtiger er ist, je mehr seine Institutionen gesellschaftliche Eroberungen beherbergen. Und er ist Ort von Kämpfen (zum Beispiel zwischen

den Finanzministerien und den 'Wohlfahrtsministerien'). in ihrem Widerstand gegen die Rückbildung des Staates, gegen den Rückzug auf einen Straftaat, der nur zuschlägt und sich nach und nach aller gesellschaftlichen Aufgaben entledigt, dem Bildungsauftrag, der Gesundheitsfürsorge und letzten Daseinshilfe, könnte eine soziale Bewegung mit der Unterstützung jener Verantwortlichen rechnen, die etwa mit der Hilfe für Langzeitarbeitslose befasst sind, die sich über die Brüche des gesellschaftlichen Zusammenhalts beunruhigen, über die Arbeitslosigkeit, und sich immer wieder den Finanzbeamten widersetzen, die nichts anderes sehen wollen als die Zwänge der 'Globalisierung' und den Platz Frankreichs in der Welt.

Konservative Revolution

Ich habe von der 'Globalisierung' gesprochen: sie ist ein Mythos im starken Wortsinne, ein Machtdiskurs, eine 'Ideenmacht', eine Vorstellung, die gesellschaftliche Macht besitzt, die Glauben auf sich zieht. Sie ist die entscheidende Waffe der Kämpfe gegen die Errungenschaften des *welfare state*: die europäischen Arbeiter, wird gesagt, müssen sich dem Wettbewerb mit den Arbeitern auf der ganzen Welt stellen. Man weist dabei auf Länder, in denen es keinen Mindestlohn gibt, in denen 12 Stunden am Tag gearbeitet wird, für einen Lohn, der zwischen einem Viertel und einem Fünftel des europäischen Lohn beträgt, in denen es keine Gewerkschaften gibt, in denen man Kinder arbeiten lässt. Und im Namen dieses Modells verlangt man von ihnen größere Flexibilität, ein anderes Schlüsselwort des Liberalismus, das Nachtarbeit, Wochenendarbeit, Überstunden meint, all die auf ewig in den unternehmerischen Träumen wiederkehrenden Dinge. Überhaupt bedient der Neoliberalismus unter dem Deckmantel einer sehr schicken und sehr modernen Botschaft uralteste Vorstellungen des Unternehmertums. (Zeitschriften in den USA erstellen Hitlisten solcher streitbarer Unternehmer, und ihr Rang richtet sich dort nicht nur nach dem Einkommen in Dollar, sondern auch nach der Zahl der Leute, die sie mutigerweise entlassen haben). Es gehört zum Ureigenen konservativer Revolutionen, der deutschen in den dreißiger Jahren, der von Thatcher, Reagan und anderen, Restaurationen mit dem Schein des Revolutionären zu umgeben. Die konservative Revolution unserer Tage zeigt sich allerdings in veränderter Gestalt: es geht nun nicht mehr, wie früher, um die Beschwörung einer verklärten Vergangenheit, die Feier von Blut und Boden, um die archaischen Themen alter Agrarmythologien. Diese konservative Revolution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu rechtfertigen, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als archaisch erscheinen lässt. Sie macht alle Praktiken zur Norm, zur idealen Regel, die die tatsächlichen Regelmäßigkeiten der ökonomischen Welt ihrer ureigenen Logik überlassen, dem sogenannten Gesetz des Marktes, das heißt: dem Recht des Stärkeren. Sie ratifiziert und glorifiziert die Herrschaft dessenen, was man heute Finanzmärkte nennt, also die Rückkehr zu einer Art Raubkapitalismus, der kein anderes Gesetz kennt als den maximalen Profit, zu einem ungebremsen und ungeschminkten Kapitalismus, der gleichzeitig immer stärker rationalisiert, an die Grenzen seiner ökonomischen Effektivität getrieben wird, durch die Einführung moderner Herrschaftsformen wie dem Management und den Einsatz manipulativer Techniken, der Marktforschung und Werbung.

Wenn uns diese konservative Revolution täuschen kann, dann, weil sie nach außen hin nichts mit der alten Schwarzwaldpastorale der konservativen Revolutionäre der dreißiger Jahre gemein hat: sie schmückt sich mit allen Insignien der Modernität. Kommt sie nicht aus Chicago? Galilei hat gesagt, dass die natürliche Welt in mathematischer Sprache geschrieben sei. Heute will man uns weismachen, dass sich die ökonomische und soziale Welt in Gleichungen ausdrücken lasse. Mit dieser mathematischen (und medialen) Bewaffnung ist der Neoliberalismus zur höchsten Form einer konservativen Soziodizee geworden, die sich seit 30 Jahren unter dem Namen eines 'Endes aller Ideologien' oder, in jüngster Zeit, eines 'Endes der Geschichte' angekündigt hat. (Soziodizee: dem Begriff Theodizee, Rechtfertigung Gottes, nachgebildet, bedeutet demnach die Rechtfertigung gesellschaftlicher Privilegien; Anm. d. Red.).

Um jenen Mythos der 'Globalisierung' bekämpfen zu können, der eine Restauration, die Rückkehr zu einem gleichzeitig wilden, rationalisierten und zynischen Kapitalismus hoffähig machen soll, muss man zunächst auf die Fakten sehen. Die Statistiken zeigen nämlich, dass der zunehmende Wettbewerb der europäischen Arbeitskräfte vor allem innerhalb Europas stattfindet. Nach meinen Zahlen spielt sich 70 % des europäischen Warenverkehrs zwischen den Mitgliedsländern ab. Der dauernde Verweis auf außereuropäische Bedrohungen verschleiern, dass die vielbeschworenen Gefahren der neuen Wirtschaftsordnung in erster Linie von einem Wettbewerb der europäischen Länder ausgehen, von dem, was man bisweilen als *social dumping* bezeichnet: europäische Länder mit geringer sozialer Sicherung, mit niedrigen Löhnen, können diesen Wettbewerb zu ihrem Vorteil nutzen, aber sie reißen dabei andere Länder mit sich, verstärken den Zwang zur Preisgabe der dortigen sozialen Errungenschaften. Angesichts dieses drohenden Unterbietungswettbewerbs müsste es den hiesigen Arbeitern angelegen sein, gerade im Bündnis mit den Arbeitern diesbezüglich weniger entwickelter Länder, diese ihre Eroberungen zu verteidigen und auf ihre länderübergreifende Ausdehnung zu dringen (sicher keine leichte Aufgabe, bedenkt man die unterschiedlichen

nationalen Traditionen, insbesondere im Hinblick auf die Macht der Gewerkschaften dem Staat gegenüber und die Arten der Finanzierung des Sozialversicherungswesens).

Neue Unsicherheit

Aber das ist längst nicht alles. Es lassen sich noch viele andere Auswirkungen der neoliberalen Politik feststellen. So zeigen einige englische Untersuchungen, welche beispiellose Verunsicherung die Politik des Thatcherismus hervorgerufen hat, ein Leidensgefühl, das vor allem bei den Handarbeitern, aber auch im Kleinbürgertum verbreitet ist. Genau dasselbe beobachtet man in den Vereinigten Staaten, wo einer Vervielfachung befristeter und unterbezahlter Beschäftigungsverhältnisse der Weg geebnet wurde (mit denen sich die Zahl der Arbeitslosen künstlich herunterrechnen lässt). Auch die ständig und brutal von Entlassung bedrohten amerikanischen Mittelklassen sind tief beunruhigt (und machten so deutlich, dass es den Menschen nicht nur um Arbeit und Brot geht, sondern auch um die Sicherheit, die eine Beschäftigung bietet). In allen Ländern steigt der Anteil der Zeitarbeitnehmer gegenüber dem der dauerhaft Beschäftigten. Diese zunehmende Unsicherheit und Verfügbarkeit führten zum Verlust der wenigen Vorzüge, die für geringe Einkommen entschädigen konnten (aber dauernd wie Privilegien von 'Reichen' behandelt werden), der feste Arbeitsplatz, Gesundheitsfürsorge oder Ruhestandsgeld. Und so setzt die Privatisierung gesellschaftlicher Risiken den beschleunigten Verlust kollektiver Errungenschaften in Gang. In Frankreich zum Beispiel sind drei Viertel der neu entstandenen Arbeitsplätze Beschäftigungen auf Zeit, und nur ein Viertel davon wird schließlich eine dauerhafte Anstellung sichern. Ganz offenkundig gilt das vor allem für die Jungen. Nicht umsonst trifft diese neue Unsicherheit gerade die junge Bevölkerung, in Frankreich (wie wir es in unserm Buch *Das Elend der Welt* festgestellt haben) und auch in England, wo die Not der Jugendlichen am größten ist, mit all ihren Folgen, vermehrter Straffälligkeit und anderen höchst kostspieligen Erscheinungen.

Und schließlich erleben wir eine Zerstörung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unserer kostbarsten kulturellen Erwerbungen. Die Unabhängigkeit der Welt der Kulturerzeugnisse gegenüber dem Markt, die dank der Kämpfe und Opfer von Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern beständig angewachsen ist, wird heute immer mehr bedroht. Die Herrschaft des 'Kommerzes' und des 'Kommerziellen' setzt sich jeden Tag weiter durch, in der Literatur natürlich aufgrund der wachsenden Konzentration des Verlagsgeschäftes, immer unmittelbarer aber auch angesichts der zunehmenden Dienstfertigkeit der Literaturkritik, ihrer Unterwerfung unter die Zwänge des schnellen verlegerischen Profits, und dann vor allem im Film (man fragt sich, was in zehn Jahren aus einem experimentellen europäischen Kino geworden sein wird, wenn niemand seiner Avantgarde Fördermittel und Verleihmöglichkeiten einräumt); ganz zu schweigen von den Sozialwissenschaften, die dazu verdammt sind, entweder den unverhohlenen Wünschen der Unternehmen oder staatlicher Bürokratien nachzukommen, oder an der Zensur der Macht und des Geldes zugrunde zu gehen.

Finanzmärkte

Wenn nun die Globalisierung vor allem ein Rechtfertigungsmythos ist, so gibt es doch einen Bereich, wo sie sehr handgreiflich sichtbar wird, in der Welt der Finanzmärkte. Der Abbau rechtlicher Beschränkungen und die rasche Entwicklung der modernen Kommunikationsmittel hat dazu geführt, dass man sich nun immer mehr auf einen einheitlichen, allerdings nicht gleichberechtigten Finanzmarkt hinbewegt. Denn dieser Finanzmarkt wird von einer Handvoll Ökonomien beherrscht, von den reichsten Ländern, vor allem aber von denen, deren Geld als internationale Reservewährung verwendet wird und ihnen auf den Finanzmärkten größte Freiheiten verschafft. Insbesondere die Vereinigten Staaten nehmen hier eine Stellung ein, von der aus sie die meisten dieser Spielregeln festlegen können. Diese Vereinheitlichung der Geldmärkte unter der Herrschaft weniger Nationen hat die Unabhängigkeit der nationalen Finanzplätze zusehends geschwächt. Die französischen Bankleute und Finanzbeamten, die uns sagen, dass man sich in diese Notwendigkeit zu schicken habe, vergessen den Hinweis darauf, dass sie sich zu Komplizen dieser Zwänge gemacht und damit den französischen Nationalstaat zur Abdankung gezwungen haben.

Globalisierung bedeutet also nicht Homogenisierung, sondern, im Gegenteil, Ausdehnung des Zugriffs einer kleinen Zahl von beherrschenden Nationen auf die Gesamtheit der weltweiten Finanzmärkte. Dies führt zu gewissen Umschichtungen der internationalen Arbeitsteilung, deren Folgen die europäischen Arbeiter zu spüren bekommen, wenn etwa Kapital und Industrien in Billiglohnländer abwandern. Dieser internationale Kapitalmarkt verringert die Unabhängigkeit der nationalen Kapitalmärkte, insbesondere unterbindet er staatliche Anpassungen der Wechselkurse und Zinsen, die stattdessen immer mehr von einigen wenigen Ländern bestimmt werden. Den einzelnen Staaten drohen spekulative Angriffe von Leuten, die über massive Rücklagen verfügen und so Geldentwertungen veranlassen können. Linksregierungen sind hier ganz besonders gefährdet, weil sie den Finanzmärkten immer verdächtig bleiben (rechte Regierungen, die eine mit den Vorstellungen des IWF kaum vereinbare Politik betreiben, haben es leichter als linke, deren Politik sich den

Maßgaben des IWF unterordnet). Es ist also die Struktur dieses weltweiten Feldes, deren Zwänge solchen Mechanismen einen schicksalhaften Anstrich geben. Die Politik eines einzelnen Staates wird nun weitgehend durch seine Stellung in der Verteilungsstruktur des Finanzkapitals bestimmt (das heute die Struktur der Weltwirtschaft beherrscht).

Ökonomie des Glücks

Was kann man angesichts dieser Mechanismen tun ? Zunächst müsste über die inneren Beschränkungen einer ökonomischen Theorie nachgedacht werden, die das in Rechnung zu stellen vergisst, was man soziale Kosten nennt. Eine Wohnungspolitik etwa, wie sie unter Giscard d'Estaing 1970 beschlossen wurde, hat langfristig soziale Kosten verursacht, die nirgendwo aufgeführt sind; wer erinnert sich denn, abgesehen von den Soziologen, zwanzig Jahre später an diese Maßnahmen ? Wer brächte schon irgendeinen Krawall in den Vorstädten von Lyon noch 1990 mit einer politischen Entscheidung aus dem Jahre 1970 in Zusammenhang ? Diese Vergehen bleiben ungesühnt, weil sie vergessen werden. Dabei müssten heute alle kritischen sozialen Kräfte auf einer Gesamtrechnung ökonomischer Entscheidungen bestehen, müssten die Einbeziehung ihrer sozialen Kosten fordern.

Was wird auf lange Sicht dabei auflaufen, gerechnet in Entlassungen, Krankheiten, Selbstmorden, Alkoholismus, Drogenkonsum, familiärer Gewalt ? Dies alles sind Erscheinungen, die eine Menge kosten, nicht nur viel Geld, sondern auch eine Vielzahl von Leiden zu Buche schlagen lassen. Ich meine, selbst wenn das zynisch scheinen könnte, dass man der herrschenden Ökonomie ihre eigenen Waffen entgegenstrecken und sie daran erinnern sollte, wie wenig eine im Sinne des wohlverstandenen Interesses streng ökonomische Politik notwendig ökonomisch ist - wenn man die Verunsicherung der Menschen und Gefährdung der Güter berechnet, und damit die Polizei, den Strafvollzug usw. Genaugenommen müsste man jenes ökonomische Wunschbild in Frage stellen, das alles individualisiert, die Beschäftigung, die Rechtspflege oder die Gesundheit, die Kosten und die Gewinne, und dabei zu vergessen scheint, wie sehr die Effizienz, die hier so eng und abstrakt definiert wird, weil man sie stillschweigend mit finanzieller Rentabilität gleichsetzt, ganz augenscheinlich von den angestrebten Zielen abhängt, von der Rentabilität für Aktionäre und Investoren wie heutzutage, oder von der Zufriedenheit und gegenseitigem Einvernehmen von Produzenten und Konsumenten, also einer immer größeren Zahl von Menschen. Tatsächlich ist dieser verengten und kurzsichtigen Ökonomie eine Ökonomie des Glücks entgegenzustellen, in der alle individuellen und kollektiven, materiellen und symbolischen Gewinne angerechnet werden, die eine Arbeit bietet (nämlich Sicherheit), und alle materiellen und symbolischen Kosten vermerkt, die durch Beschäftigungslosigkeit oder andere Verunsicherungen entstehen (den Medikamentenverbrauch zum Beispiel: Frankreich ist Rekordhalter bei den Beruhigungsmitteln). Man kann den Gewalterhaltungssatz nicht beschummeln: Gewalt geht nie verloren, die strukturelle Gewalt, die von den Finanzmärkten ausgeübt wird, der Zwang zu Entlassungen und die tiefgreifende Verunsicherung der Lebensverhältnisse, schlägt auf lange Sicht als Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmissbrauch, Alkoholismus zurück, in all den kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags.

Angesichts des gegenwärtigen Zustands müssen sich die Kämpfe der Intellektuellen, der Gewerkschaften, der Verbände vor allem gegen den Niedergang des Staates richten.

Die Nationalstaaten werden von außen unterhöhlt, durch die Finanzmärkte, und von innen durch jene untergraben, die sich zu ihren Komplizen machen, Bankvertretern, Finanzpolitikern usw. Ich denke, dass die Beherrschten ein Interesse an der Verteidigung des Staates haben, insbesondere seines sozialen Gesichts. Das hat mit Nationalismus nichts gemein. Man kann gegen den Nationalismus streiten und dabei doch seine 'universellen' Aufgaben verteidigen, Aufgaben, die allerdings genauso gut, wenn nicht besser, von einem supranationalen Staat erfüllt werden könnten. Wenn man nicht will, dass die Bundesbank mit ihrer Zinspolitik das Haushaltsgebaren der einzelnen Staaten bestimmt, muss man dann nicht für die Schaffung eines supranationalen Staates eintreten, der einigermaßen unabhängig ist von den internationalen ökonomischen und nationalen politischen Kräften, und in der Lage, die soziale Seite der europäischen Institutionen zu entfalten ? Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung etwa könnten ihre ganze Bedeutung unter Beweis stellen, wenn eine europäische Instanz sie aufgriffe und in allen europäischen Nationen durchsetzt.

Der Staat ist eine historische Kraft der Rationalisierung gewesen, die immer erst im Dienst der herrschenden Mächte gestanden hat. Um dies heute zu vermeiden, reicht es nicht, sich über die Technokraten in Brüssel aufzuregen. Stattdessen müsste ein neuer, zumindest europaweiter Internationalismus erfunden werden, der Wege vorbei an jenem Rückfall in den Nationalismus zeigen könnte, wie er im Angesicht der Krise fast alle europäischen Länder bedroht. Es müsste darum gehen, Institutionen einzurichten, die die Macht der Finanzmärkte wirksam beschränken könnten, und auch darum, ein - die Deutschen haben hier ein wunderbares Wort - Regressionsverbot einzuräumen, das jeden Rückschritt im Bereich der sozialen Errungenschaften

europaweit verbietet.

Um dies zu erreichen, ist es unabdingbar, dass vor allem die Gewerkschaften auf übernationaler Ebene handeln, weil von dort die Kräfte ausgehen, gegen die sie kämpfen. Es gilt also, die organisatorischen Grundlagen eines wirklich kritischen Internationalismus zu schaffen, der stark genug ist, sich dem Neoliberalismus entgegenzustemmen.

Zuletzt die Frage, weshalb die Intellektuellen diesem Kampf so zwiespältig gegenüberstehen. Ich werde hier nicht versuchen, all die Spielarten ihrer Demission, oder schlimmer noch, ihrer Kollaboration aufzuzählen - das würde zu lange dauern und wäre zu grausam. Ich erinnere nur an die sogenannten modernen oder postmodernen Philosophen, die sich entweder nur mit ihren scholastischen Spielchen beschäftigen und alles andere geschehen lassen, oder schließlich, die sogenannte postmoderne Variante, den 'radical chic' einer Ideologie des Endes der Ideologien feilbieten, eine Verdammung der großen Überlieferungen oder die nihilistische Anschwärzung der Wissenschaft.

Kompetenz

Tatsächlich stützt sich die Macht der neoliberalen Ideologie auf eine Art neuen Sozialdarwinismus: es sind die „Besten und Außergewöhnlichsten“, wie man in Harvard sagt, die das Rennen machen (Becker, Träger des Nobelpreises für Ökonomie, hat den Gedanken entwickelt, dass der Darwinismus Grundlage jener Fähigkeit der Nutzenabwägung ist, die den ökonomischen Akteuren immer zugeschrieben wird).

Hinter der weltumspannenden Vision einer Internationale der Herrschenden steht eine Philosophie der Kompetenz, nach der die Fähigsten den Staat lenken, die Fähigsten eine Arbeit haben, was bedeutet, dass Menschen ohne Arbeit unfähig sind. es gibt die *winner*s und die *losers*, es gibt den Adel, das, was ich den Staatsadel nenne, Leute, die alle Kennzeichen eines Adels im mittelalterlichen Sinne tragen, die ihr Ansehen und Gewicht aber ihrer Ausbildung verdanken, also geistigen Fähigkeiten, die wie eine Himmelsgabe betrachtet werden, von denen wir aber wissen, dass sie tatsächlich von der Gesellschaft verteilt werden, dass diese Ungleichheiten gesellschaftliche Ungleichheiten sind. Die Ideologie der Kompetenz ist bestens geeignet, eine Gegenüberstellung zu rechtfertigen, die ein wenig der von Herren und Sklaven gleicht: auf der einen Seite Bürger im vollen Wortsinne, die gefragte Kenntnisse besitzen und überbezahlte Tätigkeiten verrichten, die sich ihren Arbeitgeber selbst aussuchen können (während die anderen bestenfalls von ihrem Arbeitgeber ausgesucht werden), die auf dem internationalen Arbeitsmarkt höchste Einkommen erzielen, die überbeschäftigt sind, Männer wie Frauen (es gibt eine wunderschöne englische Studie über diese verrückten Paare, Führungskräfte, die um die Welt jagen, von einem Flugzeug zum anderen stürzen, dabei unglaubliche Gehälter einstreichen, die man in vier Leben nicht ausgeben könnte) - und auf der anderen Seite jene Masse von Menschen, die dauernd von Entlassung bedroht sind oder der Arbeitslosigkeit überantwortet werden.

Max Weber hat gesagt, dass es die Herrschenden immer nach einer 'Theodizee ihrer Privilegien' verlange, oder besser, nach einer Soziodizee, einer gedanklichen Rechtfertigung ihrer gesellschaftlichen Sonderrechte. Kompetenz bildet heute das Herzstück dieser Soziodizee, die nicht nur, und ganz naheliegend, von den Herrschenden anerkannt wird, sondern auch von allen anderen. Im Elend der Stellensuchenden, im Elend der Langzeitarbeitslosen scheint heute noch etwas anderes auf als in der Vergangenheit. Die angelsächsische Ideologie hat immer etwas predigerhaft die unmoralischen Armen und jene *deserving poor* - verdienstvolle Arme - auseinandergehalten, die der Mildtätigkeit würdig sind. Zu dieser ethischen Rechtfertigung hat sich heute eine intellektuelle Rechtfertigung gesellt, oder ist sogar an ihre Stelle getreten. Die Armen sind nicht nur unmoralisch, verdorben, Säufer, sie sind dumm und unfähig. Zu den gesellschaftlichen Leiden gehört vor allem auch ein Elend fehlender Schulbildung, die nicht nur die gesellschaftliche Zukunft macht, sondern auch das Bild, das die Menschen von dieser Zukunft haben (zweifelloso liegt hier eine der Erklärungen für die 'Antriebslosigkeit' der Beherrschten). Platon hatte eine Vision der sozialen Welt, die der unserer Technokraten gleicht, mit den Philosophen, den Führern, und dem Volk. Diese Philosophie ist unterschwellig in das gesamte Schulwesen eingeschrieben. Sie ist sehr mächtig, zutiefst verinnerlicht. Und weshalb ist man nun von einem kämpferischen zum 'freischwebenden' Intellektuellen gelangt?

Sicher auch, weil die Intellektuellen als Besitzer kulturellen Kapitals zu den Herrschenden gehören, selbst wenn sie dort die Beherrschten sind. Das ist eine der Grundlagen ihrer Zwiespältigkeit und erklärt ihre gegenwärtige Zurückhaltung.

Dunkel, verschwommen haben sie an dieser Ideologie der Kompetenz teil. Wenn sie schließlich doch aufbegehren, dann auch, wie '33 in Deutschland, weil man ihnen nicht das zu geben scheint, was sie, kraft ihrer beurkundeten Fähigkeiten, glauben beanspruchen zu dürfen.

Pierre Bourdieu

Die Gemeinschaftsverpflegung für ausländische „Zivilarbeiter“ gemäß Runderlaß des Reichsarbeitsministerium aus 1942 bestand hauptsächlich aus Suppen, wofür jeder vom Betrieb, in dem er arbeitete, eine „Wochenkarte für ausländische Zivilarbeiter“ erhielt, eingeteilt in drei Kategorien: gelbe Karten für Arbeiter, deren Tätigkeit als leicht eingestuft wurde, rote für Schwer- und grüne für Schwerstarbeiter. Die Ernährung war jedoch unzureichend, Hunger war der ständige Begleiter der Zwangsarbeiter, das Essen der „Westarbeiter“ war jedoch besser als das der „Ostarbeiter“; sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte hatten Anrecht auf „volle Verpflegungssätze“ nur bei „voll befriedigender Leistung“.

Franzosen konnten noch bis Sommer 1944 gelegentlich Pakete aus ihrer Heimat erhalten. Postkarten und Briefe waren fast der einzige Kontakt, den sie zur Heimat hatten, auch dieser wurde mehr und mehr eingeschränkt, weil die Briefzensur die Masse der anfallenden Post nicht bewältigen konnte. Auf einem Briefumschlag in der Ausstellung waren die von der Zensurstelle aufgedruckten Stempel „geöffnet“ und „Oberkommando der Wehrmacht“ zu sehen. Franzosen erhielten eine „Kontrollkarte für den Auslandsbriefverkehr“, die am Postschalter zusammen mit dem Personalausweis bei Aufgabe eines Briefes vorzulegen war.

Hinsichtlich der medizinischen Versorgung bestand im Prinzip kein Unterschied zu deutschen Staatsbürgern, sie wurde nach der deutschen Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung abgewickelt. Krankenhausbehandlung jedoch war nur für

außergewöhnliche Fälle vorgesehen. Betriebsärzte sorgten dafür, daß die Arbeitsleistung möglichst wenig durch Krankheitsfälle beeinträchtigt wurde, sie waren mit Kategorien wie „Simulant“, „Drückeberger“, „arbeitsscheu“ und „asozial“ schnell bei der Hand.

Konflikte zwischen dem Naziregime und der französischen Kirche gab es um die religiöse Betreuung. Die französische Bischofskonferenz bestand auf eigenen Seelsorgern, das Naziregime lehnte das ab. „Zivilarbeiter“ (außer Polen und Ostarbeitern) durften jedoch an religiösen Veranstaltungen, Taufen, Trauungen, Bestattungen durch deutsche Priester teilnehmen, ihnen war es aber nicht gestattet, französische Geistliche zu haben. Die französische Kirche schickte daher heimlich Priester nach Deutschland, die als freiwillige „Zivilarbeiter“ getarnt kamen; sie gehörten oft der **Action catholique** (Katholische Aktion) an, so z.B. der Theologieprofessor **Louis Gall** (1911-1993) vom Bistum **Soissons**, der in einer Dortmunder Autowerkstatt arbeitete. 19 „Seminaristen“, die im Lager Loh auffielen, wurden am 02.05.1944 in einer demonstrativen „Sonderaktion“ aus Deutschland ausgewiesen. In den Lagern tätige Anhänger der **Jeunesse ouvrière chrétienne** (Christliche Arbeiterjugend, J.O.C.) blieben trotz mehrerer Gestapo-Verhöre und Razzien unentdeckt. Nicht überall war das so. Von der Dortmunder Gestapo wurde z. B. in den **Klößnerwerken Hagen-Haspe** der dort als Zwangsarbeiter tätige Pfadfinderleiter **Gaston Raoult** aus Le Havre wegen verbotener religiöser Aktivitäten verhaftet, in der Dortmunder **Steinwache** verhört und später ins Konzentrationslager **Buchenwald** verbracht, wo er

kurz danach starb.

Die **Katholische Aktion**, entstanden aus der Katholischen Bewegung des 18. und 19. Jahrhunderts, wollte den christlichen Glauben gegenüber der rationalistischen Aufklärung verteidigen und die Freiheit der Kirche gegen absolutistisches Staatskirchentum in Schutz nehmen. Das von ihr entwickelte **Laien-Apostolat**, das einer Verchristlichung der Welt dienen sollte, führte zu Auseinandersetzungen mit dem Papsttum, das das Laien-Apostolat der kirchlichen Hierarchie zu unterstellen suchte. Die Katholische Aktion orientierte sich an demokratischen Grundsätzen und sah damals ihren Hauptfeind im italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus. Auch in dieser Hinsicht stand sie im Gegensatz zur Haltung des Papstes. Die **Christliche Arbeiterjugend** (gegründet 1925) betrachtete sich als Teil der Katholischen Aktion. (Vgl. **Carl Andresen/Georg Denzler, Wörterbuch der Kirchengeschichte**, dtv 3245.) Nach der erfolgreichen **Operation „Overlord“** der Alliierten in der Normandie am 06.06.1944 und dem Einzug von General de Gaulle am 25.08.1944 in das befreite Paris (die Vichy-Regierung verlegte ihren Sitz damals nach **Sigmaringen**) spitzte sich die Lage für die französischen Zwangsarbeiter in Deutschland zu. Ihre Wochenarbeitszeit wurde seit dem 30.07.1944 auf mindestens 72 Stunden erhöht. Der Nahrungsmangel, unter dem sie zu leiden hatten, wurde durch den Winter erheblich verschärft.

Bei den vier schweren Bombenangriffen auf Dortmund 1944 kamen rund 2.000 Menschen um.

KD

KURDISCHE FRIEDENSDEMONSTRATION IN DÜSSELDORF

Weg mit der Todesstrafe - Frieden jetzt - Freiheit für Abdullah Öcalan

Unter den obigen Parolen demonstrierten am 24. Juni 80 000 Kurdinnen und Kurden in Düsseldorf. Anlass war der Jahrestag des Todesurteils gegen Abdullah Öcalan, europaweit war zu dieser Demo mobilisiert worden, nicht zuletzt, weil die bedenklichen Nachrichten über die Haftsituation und den Gesundheitszustand „Apos“ viele KurdInnen in Unruhe versetzt haben.

In zwei Marschsäulen bewegte sich die Menge zum Kundgebungsplatz im Rheinpark. Als die vorderen Teilnehmer der Linie „Rot“ das Ziel bereits erreicht hatten, setzte sich das Ende des Zuges gerade am Sammelplatz auf den Rheinwiesen in Oberkassel in Bewegung. Allein diese Marschsäule war rund dreieinhalb Kilometer lang.

Die gelegentlichen Regenschauer konnten der guten Stimmung nicht schaden, sowohl die beiden Demonstrationzüge als auch die Kundgebung verliefen ohne Störungen.

Abgeordnete im Europaparlament, **Hugo Charlton**, Sprecher für Innenpolitik und Menschenrechte der „Green Party“ von Großbritannien, **Feleknaz Uca** (PDS), deutsche Abgeordnete im Europaparlament und **Walter De Cesari**, Abgeordneter der Kommunistischen Partei Italiens (wiederaufgebaut) im italienischen Parlament.

Dieser erklärte:

„Mein Land, Italien, hatte die Ehre, den Vorsitzenden Öcalan in Rom als Gast empfangen zu dürfen. Der Vorsitzende Öcalan

Abhängigkeit von der US-Regierung wurde es von der wirtschaftlichen Lobby zur Unterwerfung gezwungen. Das ist auch unsere Kritik an der italienischen Regierung. Italien hätte sich des Friedensprojekts annehmen und die politische und diplomatische Phase beginnen müssen. Es hat aber stattdessen die Bedingungen für den Vorsitzenden Öcalan erschwert und ihn dadurch gezwungen, unser Land zu verlassen. Somit hat sie dazu beigetragen, dass die Reise von Herrn Öcalan in Imrali enden musste.

Italien trägt mehr Verantwortung als andere Länder für das Leben und die Gesundheit des Vorsitzenden Öcalan. Die italienische Justiz hat per Gerichtsbeschluss Öcalans Asylantrag positiv entschieden und daher ist sie auch verpflichtet, die Rechte von Öcalan zu schützen. Aus diesem Grunde haben wir und andere parlamentarische Gruppen gemeinsam mit vielen anderen kulturellen Vereinen und friedliebenden Menschen bei der italienischen Regierung einen Antrag gestellt, in dem gefordert wird, dass eine internationale Beobachterkommission nach Imrali reist, um das Leben des Vorsitzenden Öcalan zu sichern, und vor Ort überprüft, ob seine Haftbedingungen den internationalen Abkommen entsprechen. In erster Linie fordern wir das natürlich für die Person Herrn Öcalans, den wir kennen und der unser Gast war. Im weiteren fordern wir, dass ihm



Mitglieder des IFV in Düsseldorf

Foto: IFV

Die Reden und Grußbotschaften wurden mit vielen Musikdarbietungen umrahmt.

Um die Besucher der „Düsseldorfer Mittsommernacht“ nicht zu stören, endete die Kundgebung pünktlich um 19.00 Uhr.

Redebeiträge gab es durch **Luisa Morgantini**, parteilose italienische

wollte, dass Europa seine Rolle im Friedensprojekt spielt, d.h. für die demokratische Lösung der kurdischen Frage, und er wollte die Basis für ein Friedensabkommen vorbereiten. Wir glauben, dass Europa eine historische Chance verspielt hat; auf Grund von mangelndem politischen Mut und seiner

freie politische Betätigungsmöglichkeiten gewährt werden. Das ist das Mindeste, was für die Schaffung eines Friedensdialogs unternommen werden muss. (...)

Auf der Demonstration waren auch weitere Forderungen zu hören, die sich gegen die Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der politischen Gefangenen in der Türkei richteten.

Es sollte auch daran erinnert werden, dass die Forderung der HADEP nach Frieden in Kurdistan und der Türkei von Ecevit mit der Erklärung beantwortet wurde, dass „*der politische Terror gefährlicher sei als der mit Waffen erzeugte*“.

De Cesari teilte weiter mit, dass seine Partei der italienischen Regierung „*zwei konkrete Aufträge erteilt*“ habe:

„*1. Dass der Waffenexport an die Türkei eingestellt werden muss, weil er nach italienischem Gesetz eine Menschenrechtsverletzung darstellt.*

2. *Dass die Aufnahme der Türkei in die EU an konkrete Forderungen geknüpft wird, die nicht ausschließlich auf das Hauptproblem der Todesstrafe gegen den Vorsitzenden Öcalan begrenzt sind, sondern auch die Forderungen beinhalten, dass die Türkei offiziell die Tatsache anerkennt, dass ein Krieg stattgefunden hat, damit eine Friedensphase mit der PKK begonnen werden kann.*“

Frau **Ursula Lötzer**, PDS-Abgeordnete im Deutschen Bundestag, forderte ebenfalls, dass keine Waffen in die Türkei geliefert werden dürften. „*Noch immer ist Öcalan in Haft und wird von Hinrichtung bedroht. Noch immer werden Menschen in den Gefängnissen gefoltert, werden Menschenrechte in der Türkei mit Füßen getreten.*“ Sie forderte außerdem eine umfassende politische Friedensinitiative der EU:

„*Das Recht auf die eigene Sprache*

und die grundlegenden demokratischen Rechte müssen den Kurdinnen und Kurden gewährt werden“. Von der Bundesregierung forderte Frau Lötzer ein „*Ende der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden und die Aufhebung des PKK-Verbots, keine Abschiebungen von durch Folter bedrohten KurdInnen in die Türkei und einen eigenständigen Immigrantensstatus für Kurdinnen und Kurden.*“

Neben den Reden wurden zahllose Grußbotschaften verlesen, an erster Stelle die Grußbotschaft Abdullah Öcalans an die Demonstration. In ihr heißt es:

„*Für den Erfolg der von uns in der letzten Phase entwickelten Demokratie- und Friedenslinie ist die Rolle demokratischer Aktionen von großer Bedeutung. Ich weiß, dass Ihr seit Jahren in Europa trotz aller Behinderungen diese Art von Aktionen mit tiefer Entschlossenheit und großer Begeisterung durchführt. Vor allem Eure demokratischen Aktionen im Jahre 1998, als ich mich in Rom befand, werden als bedeutende und heldenhafte Beispiele für den Erfolg dieser Linie nie vergessen werden.*

Ich möchte mich speziell dafür bedanken, dass Ihr in Eurer **K a m p a g n e** meinem Gesundheitszustand besondere Aufmerksamkeit gewidmet habt. Meine Gesundheit ist direkt verbunden mit dem Erfolg der demokratischen Friedenslinie. Aus diesem Grunde sollten noch bewusstere, verantwortungsvollere und kreativere Schritte für **Demokratie und Frieden** unternommen werden.“

Und in der Grußbotschaft des israelischen Politikers **Uri Avneri**, ehemaliges Mitglied der Knesset (israelisches Parlament), hieß es:

„*Der türkisch-kurdische Konflikt gehört zu der Welt von Gestern. Es muss ihm ein Ende gesetzt werden. Auf der Schwelle des 21. Jahrhunderts kann der türkische Staat, der der europäischen*

Gemeinschaft beitreten will, nicht weiterhin auf einem engen Nationalismus beharren, der aus dem 19. Jahrhundert stammt.

Die Unterdrückung des kurdischen Volkes und der kurdischen Sprache verhindert es, dass die Türkei in die Familie der fortschrittlichen Völker aufgenommen werden kann. Es ist daher das gemeinsame Interesse der Türken und der Kurden, dass die Türkei ein demokratischer und liberaler Staat wird, ein Staat, der allen seinen Bürgern Freiheit und Gleichberechtigung garantiert, ohne Unterschied von Rasse, Sprache, Kultur, Religion und Geschlecht.

Als Israeli fordere ich meine Regierung auf, die freiheitlichen Kräfte in der Türkei zu unterstützen. Als Bürger der Welt fordere ich alle Menschen auf, an der Versöhnung zwischen Türken und Kurden teilzunehmen.“

Auch der Bundestagsabgeordnete **Rudolf Binding**, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Europarates, sandte eine Grußbotschaft, in der es u.a. hieß:

„*Als engagierter Sprecher für Menschenrechte trete ich seit Jahren für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein. Insbesondere die Türkei, welche eng mit den anderen europäischen Ländern zusammenarbeiten will, sollte nunmehr zügig die Todesstrafe abschaffen. Es ist zu begrüßen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte den Fall Öcalan untersucht und sich mit einer Eilentscheidung gegen die Vollstreckung des Urteils gewandt hat.“*

Weitere Grußbotschaften wie die von „Pax Christi“ (Basisgruppe **N a s s a u - L a h n s t e i n**), „**Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein**“ (RAV) und „**Rat der Kurdischen Demokratischen Volksunion**“ (YDK) seien abschließend erwähnt.

Selahaddin Ekinci

RETTET HASANKEYF

Die einzige aus dem Mittelalter und der Antike in Obermesopotamien (Kurdistan) erhaltene und atemberaubend schöne Tigris-Stadt Hasankeyf soll restlos vernichtet werden. Der Ilisu-Staudamm und die anderen Dämme an den Grenzen der Türkei zu Syrien und Irak soll erneut 36 000 Menschen aus den kurdischen Gebieten vertreiben. Neue Konflikte und Kriege um Wasser im konfliktreichen Nahen Osten sind zu erwarten.

Die Türkei weigert sich, die UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung internationaler Wasserwege zu unterzeichnen. Dabei geht es nicht um den Eigenbedarf der Türkei an Strom und Wasser: sie sichert sich die Kontrolle über vitale Ressourcen, die sie nicht friedlich und demokratisch teilen will. Der Energiebedarf



Nemrut Dagı

Foto: Branscheid

der Türkei ließe sich durch andere Projekte, etwa die Bekämpfung von Übertragungsverlusten bei der Energieversorgung, noch effektiver decken als durch die Dämme. 4 000 Dörfer wurden schon durch den Krieg in Kurdistan vernichtet. Durch den Ilisu-Damm würden weitere 50 Orte überflutet.

Der Bundesregierung liegt ein bisher positiv behandelter Antrag auf die Gewährung einer Hermes-Kreditbürgschaft in Höhe von 150 Millionen DM vor, welche die Ravensburger Firma Sulzer für den Bau erhalten soll.

Die Bilanz der Berliner Koalition lautet bis heute: Krieg in Kosova, kein rascher Atomausstieg, das Votum für soziale Einschränkungen bei Renten und Krankenversicherung, Einlenken in Fragen der Gen- und Biotechnologie. Nun soll folgen der Kredit dieser Koalition für ein strategisches Megaprojekt, das Menschen in die Flucht treibt, das unersetzliches Weltkulturerbe vernichtet, das auf jede Umweltverträglichkeitsuntersuchung verzichtet, dessen Planung bis heute 18fach gegen die Richtlinien der Weltbank verstoßen hat und das den Frieden im Nahen Osten ernsthaft bedroht.

Gefahr ist im Verzuge, die außerparlamentarische Bürgerinnen- und Bürgeraktion wieder dringend erforderlich macht.

Hasankeyf kann gerettet werden. Wenn wir alle uns schleunigst bewegen. Wenn wir sofort gegen die Kreditgewährung protestieren. Das erwarten wir diesmal, in allem Ernst: dass jeder und jede, dass einmal alle ausnahmslos ihr Veto einlegen.

Durch ein Protestfax an den Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinen Außenminister Herrn Fischer.

Rettet Hasankeyf

Faxnummer Bundeskanzler Gerhard Schröder: 030-4000-1818 oder 1819

Faxnummer Außenminister Joseph Fischer: 018 88 17-34 02

**Medico international:
Faxnummer 069 43 60 02**

FAMILIE GUBEROVIC KÄMPFT UM BLEIBERECHT

Seit Anfang Mai kämpft in Herten die vierköpfige Familie Guberovic für ein dauerhaftes Bleiberecht.

Inzwischen haben 1500 Menschen durch ihre Unterschrift gefordert, dass 'die Guberovic' in Herten bleiben sollen. Ob das den Petitionsausschuss des Landes NRW beeindrucken wird, kann zur Zeit noch nicht beurteilt werden.

Tatsache ist jedenfalls, dass der Leiter der Hertener Ausländerbehörde, Herr Sopka, an seiner Entscheidung festhält: Familie Guberovic hat das Land zu verlassen - so „will es das Gesetz“.

Zwar räumte er einen vierwöchigen „Aufschub“ ein, solange der Petitionsausschuss noch keine Empfehlung ausgesprochen hat, machte aber gleichzeitig deutlich, dass er seine Position nur ändern werde, wenn er durch den Landtagspräsidenten dazu „angewiesen“ werde.

Die Wahrscheinlichkeit, dass dieser im Fall der Familie Guberovic anders entscheiden wird als bei der Roma-Familie in Duisburg (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe), ist allerdings denkbar gering.

So stellen sich die Guberovic und das sie unterstützende Komitee in Herten darauf ein, notfalls als letztes Mittel das „Kirchenasyl“ in Anspruch zu nehmen - falls sich eine Kirchengemeinde findet, die dazu bereit ist.

Die Friedensgemeinde In Herten-Disteln hat allerdings bereits eine ablehnende Haltung signalisiert. Sie gewährt zwar Kirchenasyl, aber nur bei Menschen, denen „Gefahr für Leib und Leben“ drohe - und das ist bei den Guberovic vermutlich nicht der Fall, wenn sie nach Bosnien-

Herzegowina abgeschoben würden.

Die Unterstützung für die Familie hat jedenfalls in Herten eine ziemliche Bandbreite erreicht.

Alle Ratsfraktionen im Hertener Stadtrat haben sich für ein Bleiberecht ausgesprochen, Ärzte, Rechtsanwälte und Mitarbeiter caritativer Einrichtungen setzen sich für sie ein.

Je mehr die Ungewissheit über ihr Schicksal die Familie ergreift, desto mehr häufen sich psychische und gesundheitliche Probleme. Zur Zeit schweben sie in einem Dauerzustand zwischen Hoffnung und Angst. Das Komitee, das sich zu ihrer Unterstützung gebildet hat, hat sich mehrfach getroffen und weitere Schritte zur Ausweitung der Solidaritäts-Kampagne erörtert.

So soll zum Beispiel am 26. August im Hertener Jugendzentrum Nord ein Solidaritätskonzert für alle von Abschiebung bedrohten Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien stattfinden.

Immer deutlicher wurde die Notwendigkeit einer kreisweiten Vernetzung der Flüchtlingsunterstützung im Kreis Recklinghausen - zur Zeit befindet sich in der Nachbarstadt Marl eine kurdische Familie im Kirchenasyl, die sich schon seit

zwölf Jahren in Deutschland aufhält.

In ihrem Fall stellt sich ganz entschieden die Frage, warum sie nicht von der sogenannten Altfallregelung Gebrauch machen dürfen.

Weil es viele ähnlich gelagerte Fälle gibt, in denen die amtliche Bürokratie oft groteske Begründungen findet, warum sie angeblich „keinen Ermessensspielraum“ ausschöpfen kann, ist die öffentliche Diskussion auf allen Ebenen dringend geboten.

Es ist ein unerträglicher Zustand, dass auf 'höchster' Ebene zur Zeit mehrfach politische Signale ausgesendet wurden, die Behörden mögen von ihrem Ermessensspielraum großzügiger Gebrauch machen, während gleichzeitig die 'unteren' Ebenen, in der Regel die kommunalen Ausländerbehörden, gnadenlos verfahren und - wie im Falle der Roma-Familie in Duisburg - mit überfallartiger Polizeigewalt agieren, um das „Recht“ zu exekutieren.

Das „Recht“ besteht in allen Fällen von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien darin, dass die Innenminister „Erlasse“ an die kommunalen Behörden ergehen ließen, die dazu auffordern, sämtliche noch in Deutschland sich befindlichen Personen aus diesem Gebiet noch in diesem

Jahr „zurückzuführen“ - und in diesem Erlass sind nun mal keine „Ausnahmen“ enthalten. Ob jemand nun acht bis zehn Jahre in Deutschland lebt, ob jemand Roma ist oder ob eine Familie „gemischt-ethnisch“ ist, ob die Kinder hier in Deutschland geboren und aufgewachsen sind - spielt alles keine Rolle.

Die Unterschrift unter eine „freiwillige“ Rückführung wird dadurch „schmackhaft“ gemacht, dass sie ja die Möglichkeit einer späteren „Wiedereinreise“ eröffne - dass man dann aber seinen „Flüchtlings-Status“ verliert, wird nicht gesagt.

Niemand findet etwas dabei, dass ständig mit vielerlei Maß

dann ist es egal, ob er Roma oder Kosovo-Flüchtling ist.

Welche Vorschrift bestimmt eigentlich, was ein „öffentliches Interesse“ ist?

Eine Erfahrung aus der Unterstützungsarbeit von Flüchtlingen kann auf jeden Fall verallgemeinert werden: Nur dort, wo ein enormer öffentlicher Druck erzeugt wird, besteht überhaupt Hoffnung, dass Abschiebungen auf Dauer verhindert werden.

Doch dies ändert an der Gesamtsituation gar nichts oder nur wenig. Solange noch diejenigen die Meinungsführerschaft und die politische Macht im Lande haben, für die Flüchtlinge und Asylbewerber ein bloßer Kostenfaktor sind, der möglichst gegen Null tendieren muss, werden Inhumanität und alltäglicher Rassismus weiter anwachsen.



Unterschriftenübergabe

Foto: WAZ

Internationaler

Freundschaftsverein (IFV)

Wenn der Innenminister dann doch „Ausnahmen“ anordnet - wie etwa für Roma aus dem Kosovo -, dann gelten sie strikt nur für diese Gruppe (und nicht etwa für Roma aus Makedonien). Wenn eine Familie schon zwölf Jahre in Deutschland lebt, die hier geborenen Kinder normalerweise die doppelte Staatsbürgerschaft beanspruchen könnten, dann gilt das nicht, wenn sie zwischendurch für eine bestimmte Zeit „freiwillig“ (um einer zwangweisen Abschiebung zu entgehen) das Land verlassen haben - haben sie eben „Pech gehabt“.

Im Erfinden vielfältiger Mittel der Erpressung sind die Behörden durchaus „kreativ“:

gemessen wird - so gilt die November 1999 beschlossene „Altfallregelung“ ausdrücklich nicht für Menschen aus Kosova und Bosnien-Herzegowina.

Kein Mensch findet etwas dabei, dass die Flüchtlinge aus Kasachstan, aus Polen oder anderen östlichen Ländern, die unter der Bezeichnung „Spätaussiedler“ als „Deutsche aufgrund des Blutes“ gelten, eine überaus bevorzugte Behandlung erfahren.

Kein Mensch findet auch etwas dabei, wenn Behörden Ausnahmen machen, wenn ein „besonderes öffentliches Interesse“ vorliegt - wenn einer zum Beispiel ein hervorragender Fußballer, Basketball-Spieler oder sonstiger Spitzensportler ist -

Anzeige

Schallplattenversand
Matthias Henk
Postfach 11 04 47
28207 Bremen
Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:

ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufmäher) CD DM 22,00
Sampler: Gramschap 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Baader Pop Gruppe, Drakc,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00

Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen- Niederlande
Bestellt den Katalog!

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-4988535
E-mail: JUMPUP@t-online.de

Rechts, rechter, rechtsextrem - oder nichts wundert mehr bei der CDU

Schon immer, unter Alfred Dregger, Manfred Kanther und nun Roland Koch, steht die hessische CDZ sehr weit rechts in der Union und so betont Koch, dass er sich die CSU zum Vorbild nimmt.

Doch man hat wohl noch andere Vorbilder und pflegt Kontakte weit über den rechten Rand hinaus. Schützend hält Roland Koch seine Hand über Hans-Jürgen Irmer, dessen Worte und Aktivitäten sich kaum von denen als verfassungsfeindlich eingeordneter Rechtsextremer unterscheiden.

Vielfältig scheint Irmer, obgleich am Rande, ins Netz der Neuen Rechten eingebunden zu sein. Die rassistischen und ausländerfeindlichen Artikel in seinem Wetzlar-Kurier sind dank Volkmar Wölk (Antifa-Nachrichten 25/1998) und der GEW-Frankfurt sattem bekannt, so dass seine Ausfälle gegen Asylbewerber, Ausländer, Sinti und Roma nicht wiederholt werden müssen.

Die Kontaktfreudigkeit Irmers gegenüber Rechtsextremen zeigte auch die Einladung Alfred Mechtersheimers vom 5.11.1997 durch Irmers Wetzlar-Kurier und den Konservativen Arbeitskreis Mittelhessen, ehemals ein Leserkreis der Jungen Freiheit.

Schon 1996 hatte Irmer in Mechtersheimers Zeitschrift Frieden 2000 inseriert. Mechtersheimers Auftritte sprechen für sich: Bei der Synergon-Sommeruniversität 1996 zusammen mit Stefan Ulbrich (Ex-Wiking-Jugend, s.u.) und Nazi Dr. Reinhold Oberlercher beim Kongress der Deutschen Konservativen (11.-18.4.1999) des Joachim Siegerist (s.u.) zusammen mit Heinrich Lummer, CDU, und Gisela Pahl, alias Gisela Sedelmaier, einst REP, aus dem Rieger-Umfeld.

Eine Großanzeige wirbt für die Jungdeutsche Jugend (Wetzlar-Kurier 1/99): „Die Jungdeutsche Jugend ist eine Gruppe von Jungen Menschen, die in der Tradition der deutschen Jugendbewegung stehen. Was wir so machen: Fahrten und Zeltlager, Gemeinschaftsabende, Lagerfeuer, Liederabende,

Wochenendfahrten.“ Die Jungdeutsche Jugend des Jungdeutschen Bundes steht in der Tradition der Konservativen Revolution der Weimarer Zeit, einer zutiefst antidemokratischen Bewegung. Leiter ist Patrick Watola, der enge Kontakte zum nazistisch esoterischen Arun-Verlag pflegt. Besitzer Stefan Ulbrich ist dem Umfeld von Junger Freiheit und Synergon eng verbunden. Synergon ist der Verbund von Wortführern der Neuen Rechten Europas wie der Hamburger Burschenschaft Germania, der Deutschen Europäischen Studiengesellschaft (DESG), dem Verlag Zeitenwende, Dresden, und seiner Zeitschrift Hagal.

Die DESG leitete lange Zeit Hans-Dieter Hansen, Hamburg, Mitautor der Nazi-Terrorliste Der Einblick und aktiv in der Anti-Antifa zusammen mit Klausdieter Ludwig (u.a. Deutsche Liga für Volk und Heimat), Leiter von Jürgen Riegers Deutschem Rechtsbüro. Sie veröffentlichten Gewaltaufrufe gegen Demokraten auch in der DESG-inform. Heute ist Marc Lüdders, Synergon-Vorsitzender, Ex-Sprecher der Burschenschaft Germania, auch Vorsitzender der DESG. Die Burschenschaft Germania ist auch Sitz von Synergon, das 1993 auf Initiative von Robert Steucker, Kopf der belgischen Neuen Rechten, gegründet wurde. Unter Beteiligung des Thule-Seminars, Kassel, um Pierre Krebs veranstaltet man jährlich die internationalen Sababurger Gesprächsrunden sowie „Sommeruniversitäten“, bei denen

auch Mechtersheimer auftritt.

Nun soll Irmer keineswegs unterstellt werden, er habe an Veranstaltungen von Synergon teilgenommen, solange dafür keine eindeutigen Beweise vorliegen, und ebensowenig an denen von Brunner (reumütig zurückgekehrt in den Schoß der FDP, während der jetzige BFB-„Führer“ Kappel weiterhin nach Vereinigung mit anderen Rechtsextremisten strebt), auf denen auch Mechtersheimer referierte.

Irmer wäre aber in guter Gesellschaft gewesen.

So nahm am Aschermittwoch 1998 Prinz Wittgenstein als Ehrengast am Treffen des Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland (so der vollständige Name) im oberhessischen Oberjossa teil.

Maßgeblich beteiligt waren die BFB-Funktionäre Heiner Hofsommer, ehemals CDU und furchtbarer Schulamtsdirektor in Eschwege (jetzt Schulleiter in Hünfeld), Heiner Kappel, ehemals FDP, Pfarrer und pädagogischer Leiter einer Gesamtschule, beide frühere Landtagskollegen Irmers, sowie Schulleiter Harri Berndt, auch ehemals CDU. Letzterer wettete gegen wachsende „Asylproblematik“ und die damit verbundene „ausufernde Kriminalität“.

Noch weit könnte man nun die Fäden dieses 'Braunzonen'netzes zwischen äußerst rechtem Rand der CDU über Kanther, Dregger bis zu Koch, den 'verschundenen' Millionen des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA) und der Rolle von Kanthers Staatssekretär Horst

Waffenschmidt dabei, bis zu den Aktivitäten eines **Dietmar Munier**, Nazi-Verleger in Kiel, und auch **Manfred Roeder** in Ostpreußen verfolgen. „Für die Volkstumsarbeit jenseits der Grenzen ist allein der VDA zuständig“, ordnete 1939 Rudolf Heß an und so war es auch unter der Regierung Kohl. Da ist es nicht verwunderlich, wenn Verfassungsfeinde an den Aktivitäten des VDA in Russland beteiligt waren.

1990-1995 flossen für die Osteuropa-Aktivitäten über 213 Mio. DM Bundesmittel an den VDA, ohne Nachweis für deren Verwendung. Deshalb forderte der Bundesrechnungshof die Rückzahlung von ca. 7,5 Mio. DM. In der VDA-Zeitschrift **Globus** durfte auch Studienrat **Mathias Weifert**, Miltenburg, schreiben, Mitglied im **Bund Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft** und Autor in der Zeitschrift **Glauben und Wirken**. Außerdem ist er Vorsitzender in der **Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten** (PHE).

Wollte man dieses Netz mit all seinen Fäden, Knotenpunkten und Verästelungen aufknüpfen, brauchte man mehrere Buchbände, deshalb wird nur der Faden Wittgenstein wiederaufgegriffen, führt er doch direkt zu Irmer und der von ihm geleiteten Lahn-Dill-CDU zurück. In Nr. 2/2000 der Zeitung „Wir an der Lahn und Dill“ über den „sehr aufwendigen Wahlkampf“ zur Landtagswahl 1999 von Irmer und Clemens Reif schreibt Ulrich Dommert, Kreisgeschäftsführer der SPD, dass „Reif seit März 1999 die Nachfolge des Schatzmeisters Prinz Wittgenstein“ angetreten habe. „Der Prinz hatte ja wohl allen Anlass, nur eine Person als Funktionsträger zuzulassen, die den spezifischen Anforderungen der „Liechtenstein-Connection“ entsprach. (...) Wittgenstein musste alles dransetzen, sein Amt einer Person seines langjährigen Vertrauens zu übertragen.“

Über Wittgenstein liefen auch Kontakte zur alten und neuen Rechten und der mit ihr verwobenen 'Braun'zone am rechten Rand von CDU/CSU, wie zu **Gerhardt Löwenthal**, **Lothar Bossie** und über diesen zu **VPM**, **ACP**, bis hin zur **Colonia Dignidad** und zu den revanchistisch-rassistischen Kreisen Südafrikas. Aus Südafrika wurde Manfred Roeder finanziert durch Vermittlung der Südafrikaners **Henk van de Graaf**, Dr. **Claus Nordbruch**, Dr. **Stephan Maninger**, Mitglieder im Hilfskomitee Südliches Afrika aus dem Umfeld von **Nation und Europa** und der **Deutschen Liga für Volk und Heimat**.

Dass CDU-Mitarbeiter von den schwarzen Kassen wussten und sich aus ihnen bedienten, zeigt der Fall eines anderen Mitarbeiters von Casimir Prinz Sayn-Wittgenstein. **Franz Josef Reischmann**, Buchhalter der CDU, unterschlug hohe Summen (ca. 2 Millionen?). Die CDU zeigte ihn dennoch nicht an, sondern half ihm mit weiteren Mitteln, um ihn vor der Pleite zu bewahren, natürlich nicht etwa, weil er von den illegalen Auslandsmillionen wusste und damit die CDU unter Roland Koch erpressen konnte, sondern aus rein menschlichen Erwägungen. Der zeitweilig sehr enge Vertraute Wittgensteins ist seit 1998 Landesgeschäftsführer des Bundes Freier Bürger in Thüringen und kandidierte 1999 bei den dortigen Landtagswahlen als Spitzenmann des BFB auf Platz 2 der gemeinsamen Liste mit den REP. Auffällig war, dass der kleine und finanzschwache BFB, der bisher ohne staatliche Zuschüsse geblieben war, in Hessen und Thüringen große Finanzmittel für einen sehr aufwendigen Wahlkampf aufbrachte. Hat also Reischmann sich wirklich illegal aus den CDU-Tpöfen bedient? Welches Interesse könnte Roland Koch evtl. gehabt haben, den BFB zu fördern? Wäre dies nicht

unsinnig gewesen, angesichts der mit der FDP angestrebten Koalition?

Aber war nicht das geamte Handeln der CDU bezüglich der Schwarzgelder, waren nicht die Lügen von Kohl und Koch noch viel unsinniger? Aber dies bleiben Spekulationen, wenn auch manche Tatsachen für sie sprechen und es angesichts der sehr vielfältigen Kontakte der CDU weit über den rechten Rand hinaus nicht verwunderlich wäre, wenn Gelder aus den schwarzen Kassen auch an Rechtsextreme und Nazis geflossen wären.

Was ist nun Irmer, rechts, rechter, rechtsradikal oder extrem? Rechtsradikal auf alle Fälle, damit stünde er allerdings noch innerhalb der „FDGO“. Vergleicht man jedoch seine Wortwahl und Äußerungen mit denen von z.T. verbotenen rechtsextremen und nazistischen Gruppen, so sind oft kaum Unterschiede festzustellen. Dieses Vokabular ist entlarvend. So benutzte z.B. die Wörter „Asylmissbrauch“ und „Asylbetrüger“ erstmals der verbotene Freundeskreis Freiheit für Deutschland. Bei Irmer ist es dann „Asylmissbrauch“ (Wetzlar-Kurier 6/98 u. 7/98). „Die Humanitätsduselei Menschen gegenüber, die diesen Staat ausbeuten, muss einfach ein Ende haben.“ Auch die Ausdrücke „islamische Gefahr“ und „Faschismuskeule“, von Irmer benutzt z.B. im Interview mit der Jungen Freiheit (22/97), „Totschlag-Argument“ (Interview mit HR 4, 25.9.95) finden sich ausschließlich bei Rechtsextremen. Immer wieder sieht er wie auch alle gemeinen Rechtsextremen und Nazis die Ursachen steigender Kriminalität in der Anwesenheit von AusländerInnen. Eine solche Sprache und Wortwahl entsteht nicht unabhängig voneinander bei verschiedenen Menschen.

B. Frantner

STOPP DEPORTATION CLASS

Lufthansa-Aktionärsversammlung in Berlin

Der Mann mit dem Megaphon sieht aus wie ein Pilot, der in seiner langen Laufbahn schon viele Abenteuer erlebt hat. Einer, der auf den Langstrecken zu Hause ist und die Airports dieser Welt wie seine Westentasche kennt.

„Wir sind heute hier, um gegen die ‘deportation class’ zu protestieren!“ bellt er den Aktionären entgegen, die gerade die Rolltreppe zum Kongresszentrum ICC hochkommen.

In ein paar Minuten soll hier die Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG stattfinden. Doch zuvor dürfen die Klein- und Großaktionäre miterleben, wie es aussieht, wenn ein „Schülerling“ gefesselt und geknebelt in einem Rollstuhl an Bord einer Lufthansamaschine gebracht wird. Vor dem Eingang zum ICC hat sich ein Spalier gebildet von Demonstranten, die Transparente mit zornigen Parolen hochhalten, adrett gekleideten Flugblattverteiler und vermeintlichen Stewardessen, die Unterschriften für ein Unternahmenskonzept ohne Abschiebungen namens „Fair Fly“ sammeln.

Das die Aktionärsversammlung der Lufthansa am 16. Juni in Berlin überschattet sein würde von Protesten, war absehbar. Seit Anfang März ist die Fluggesellschaft mit einer Kampagne konfrontiert, die erbittert gegen Abschiebungen auf Linienflügen kämpft. Dass das Aktionärstreffen aber in turbulenten Szenen gipfeln und mit einem kleinlauten Eingeständnis des Vorstandsvorsitzenden enden würde, dürfen die Abschiebungsgegner getrost als großen Erfolg verbuchen.

Schon als der Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Schleder vor angeblich 4 500 Aktionären die Hauptversammlung eröffnete, kam er nicht umhin, die Proteste der Abschiebungsgegner ein erstes Mal zu würdigen. Er kündigte an, die Versammlungsleitung würde es nicht dulden, wenn die Aktionärsversammlung zu einem Forum für Asylpolitik umfunktioniert werde. Kaum hatte Klaus Schleder den Satz beendet, da sprangen auch schon die ersten Abschiebungsgegner im Saal auf und breiteten vor dem Podium mehrere Transparente aus, in denen die Lufthansa „Deportation Class“ scharf angegriffen wurde. Ein Spruchband erinnerte an Aamir Ageeb und Kola Bankole, die beide bei Abschiebungen an Bord

von Lufthansamaschinen umgebracht wurden. Handgreifliche Auseinandersetzungen im Blitzlichtgewitter der zahlreichen Fotografen waren garantiert nicht das, was die Lufthansa sich erträumt hatte für ihre jährliche Hauptversammlung - das drei Millionen Mark teure „Schaufenster des Konzerns“, wie es ein Mitarbeiter am Rande der Konferenz so treffend ausgedrückt hatte. Der öffentliche Teil der Veranstaltung wurde in einem Live-Webcast im Internet übertragen. Im Nachhinein wurden aber die Protestszenen herausgeschnitten, so dass an den entsprechenden Stellen nur kurz eingefrorene Bilder zu sehen sind.

Vorstandsvorsitzender Jürgen Weber wurde in seinem einstündigen Geschäftsbericht mehrfach mit Spruchbändern, Sprechchören und Zwischenrufen aus dem Konzept gebracht. Die eilig einschreitenden privaten Sicherheitskräfte brauchten jeweils mehrere Minuten, um Weber wieder die Aufmerksamkeit der versammelten Aktionäre zu verschaffen: Wütende Rentner in grauen Blousons und alter Berliner Frontstadtmentalität versäumten keine Gelegenheit, ihrem Konzern einen Bärendienst zu erweisen und sich mit den besonnen und entschlossen auftretenden Demonstranten zu rangeln, die sich

für ihren großen Auftritt fein herausgeputzt hatten.

Am Ende seines Geschäftsberichts ging Weber nochmals auf die seit drei Monaten andauernde Kampagne gegen die „Deportation Class“ ein. Lufthansa sei Opfer ungerechtfertigter Angriffe, weil das Unternehmen mittlerweile keine „Schülerlinge gegen deren erklärten Widerstand“ transportiere. Außerdem gälte es die gesetzlich vorgeschriebene Beförderungspflicht einzuhalten. Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten die Aktivisten von „kein mensch ist illegal“ darauf hingewiesen, dass solche Erklärungen das Papier nicht wert seien, auf dem sie stünden. Sie fordern den unwiderruflichen Ausstieg aus dem Abschiebungsgeschäft. Die Lufthansa sei mitverantwortlich für die zwangsweise Verschleppung von 10 - 20 000 Menschen pro Jahr und ließe sich diese Dienste auch noch gut bezahlen.

Die Münchener Rechtsanwältin Gisela Seidler hielt Weber in der Aussprache über den Geschäftsbericht entgegen, die vermeintliche Beförderungspflicht sei auf Betreiben der Lufthansa schließlich auch für tropische Ziervögel aufgehoben worden. Seidler wollte von Weber einige präzise Fragen beantwortet haben. Was etwa dran sei an den unbestätigten Informationen, die

Lufthansa verhandle hinter verschlossenen Türen längst mit dem Innenministerium über einen Ausstieg aus der „Deportation Class“.

Einen Schritt weiter ging der Konstanzer Internet-Forscher Reinhold Grether, einer breiteren Öffentlichkeit besser bekannt als „agent. NASDAQ“. Grether war einer der Feldherren im „Toywar“, als es einer Massenbewegung von Internet-Aktivistinnen gelang, einen der größten Internet-Händler in die Knie zu zwingen. Grether rechnete der Unternehmensleitung vor, welchen immensen Schaden ein Konzern nehmen könne, wenn er Zielscheibe einer intelligent organisierten Kampagne werde. Virtuelle Protestformen, die sich darauf beschränken, das Image der jeweiligen Marke zu verschmutzen, und darüber hinaus auch noch neue Formen des Online-Protests einsetzen, können auch Umsatzriesen wie die Lufthansa in ernste Gefahr bringen. Totenstille herrschte im Saal, als Grether seine Ausführungen mit einem großzügigen Angebot schloss: Er könne die Lufthansa gerne einmal kostenlos beraten, falls sich die Konzernleitung der Risiken bewusst werden wolle, auf die sie durch das Beharren auf der „Deportation Class“ zusteure.

Den Aktionären, die sich ein paar Stunden zuvor noch über 1,10 DM Dividende pro Aktie angesichts eines lustlos vor sich hin dümpelnden Kurses freuen konnten, war der Schreck in die Glieder gefahren. Die Versammlungsleitung verlor völlig die Fassung, als ein paar Minuten später ein weiterer Vertreter der Kampagne „kein mensch ist illegal“ ans Rednerpult trat. Dieser konnte gerade einmal zwei Sätze sprechen, doch sobald er den Namen Aamir Ageeb aussprach, verbot ihm der Aufsichtsratsvorsitzende reichlich ungehobelt und ungehalten das Wort. Ein ohrenbetäubendes Gejaule brach in der

Aktionärsmenge aus. Die Sicherheitskräfte, die an diesem Tag jede Menge Verdrängungsarbeit zu erledigen hatten, stürzten sich auf den Aktivist und schleppten ihn aus dem Saal.

Spätestens jetzt gab es eigentlich nurmehr ein Thema auf dieser Hauptversammlung: Abschiebungen auf Lufthansa Linienflügen. In den Gängen, auf den Toiletten, in den Warteschlangen vor den Ständen, an denen sich die Aktionäre ihre Naturalien-Dividende abholen konnten - die „Deportation Class“ war Gegenstand aller Gespräche und heftiger Auseinandersetzungen.

War es bloße Schadensbegrenzung oder bereits eine geschickt eingeleitete Rückzugsstrategie, wenn Vorstandschef Weber am Ende der Veranstaltung erstmals klipp und klar eingestand: „Wir werden mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Beförderungspflicht verhandeln.“ Die Aktivistinnen von „kein mensch ist illegal“ und der „Dachverband der Kritischen Aktionäre“, die die Proteste auf der Hauptversammlung organisierten, fühlten sich durch diese Aussage jedenfalls weiter bestätigt.

„Um der Lufthansa AG bei ihren sicherlich schwierigen Verhandlungen mit dem Innen- und Verkehrsministerium nachhaltige Unterstützung und entsprechende Rückendeckung zu geben, werden wir unsere Beziehungen zu dem Konzern durch weitere Auftritte und Besuche bei Lufthansa festigen“, hieß es auf einer tags darauf stattfindenden Konferenz der „kein mensch ist illegal“-Aktivistinnen. Geplant sind Aktionen am Lufthansa Pavillon auf der Expo und vor allem eine Intensivierung der Internet-Aktivitäten. Schon bald soll eine Datenbank Gruppen und Einzelpersonen zusammenbringen, die entweder

Aktionärsideen mit sich herumtragen, diese aber aufgrund mangelnder Kenntnisse, Informationen oder entsprechender Mittel nicht allein durchführen können, oder die über das gefragte Know-How verfügen, aber bislang vergeblich den politischen Kontext suchten. Ein solches Projekt nach dem Vorbild der us-amerikanischen Aktivistinnen-Gruppe „Rtmark“ könnte der Kampagne gegen die „Deportation Class“ eine kaum mehr zu zügelnde Dynamik verleihen.

Lufthansa-Chef Webers Tagträume vom unaufhaltsamen Siegeszug der neuen Technologien mögen hierfür den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Schließlich plant der Konzern bis zum Jahre 2005 40 Prozent aller Buchungen über das Internet abzuwickeln. Dass sich hier ungeahnte Betätigungsmöglichkeiten ergeben dürften, wird ihm wohl erst nach seiner Rede in den Sinn gekommen sein.

Kurz bevor die Aktionärsversammlung über den Antrag, Vorstand und Aufsichtsrat wegen der Verwicklung in das Abschiebungsgeschäft nicht zu entlasten, abstimmt, machte Weber eine allerletzte Einlassung zum Thema „Deportation Class“: Niemand möge bitte den an allen Flughäfen und vor Reisebüros verteilten Werbebroschüren Glauben schenken, es handele sich um böswillige Fälschungen.

Wie es den Anschein hat, haben diese ihren Zweck aber mehr als erfüllt. Daran änderte dann auch die Abstimmungsniederlage nichts, die sich der „Dachverband der kritischen Aktionäre“ ganz am Ende des langen Tages einholte: Ganze 0,19 Prozent der Stimmen votierten für den Antrag auf Nichtentlastung des Vorstandes. Repräsentative Logik liegt den Aktivistinnen freilich fern.

Kontakt: kein mensch ist illegal > grenze (a)ibu.de <

Der Aufstand im Todeslager Sobibór

Zu einem Vortrag von Thomas Toivi Blatt, der als 15jähriger im Jahre 1943 die Befreiungsaktion mitorganisiert hat
(2. Teil)

Den Häftlingen im Todeslager Sobibór war fast von Anbeginn an klar, daß sie alle das Lager, wenn es nach dem Willen der Betreiber ging, nur über die Schornsteine der Verbrennungsanlage würden verlassen können. Schon das unverkennbare Interesse der Mörder an Geheimhaltung ihrer riesigen Vernichtungsaktion ließ einen anderen Gedanken bei nüchterner Überlegung nicht zu.

Die Gefangenen, die man einstweilen am Leben ließ, um sich ihrer für das Inganghalten der Tötungsmaschinerie bedienen zu können, befanden sich in einer nahezu ausweglosen Situation. Ihre tägliche Arbeit war auf ihre Vernichtung angelegt, sie waren in ihrer totalen Rechtlosigkeit jederzeit einer tödlichen Willkür ihrer Peiniger ausgesetzt, ihre Ernährung war völlig unzureichend, die ihnen zugeteilten Rationen zielten auf ihren systematischen Kräfteverfall, wer erschöpft war, kam ins Gas und wurde ersetzt.

Niemand von ihnen konnte sich für die Mörder unentbehrlich machen. Diese nutzten allerdings solche Versuche einzelner aus, um nach der Devise „teile und herrsche“ alle unter Kontrolle zu halten. Die Gefangenen konnten sich, wenn sie sich heimlich Lebensmittel, die bei Transporten von sofort zu Ermordenden ins Lager kamen, aneigneten, am Leben halten. Sie lebten somit noch ein bißchen weiter, weil die Neuankommlinge starben.

Heimliche Nachrichten vom Näherrücken der Front und vom Aufstand im Warschauer Ghetto waren Strohhalme, an die sich einige klammerten. Zugleich machte die Tatsache, daß der Schießkrieg näherkam, ihre Lage akut noch gefährlicher, weil die Mörder die Befreiung ihrer Opfer und damit die Aufdeckung ihrer Taten befürchten mußten.

Ein gescheiterter Fluchtversuch

Dem Aufstand vom 14.10.1943 vorangegangen waren zwei organisierte Fluchtversuche. Im ersten Fall hatten polnische Juden einen Tunnel gegraben, der entdeckt worden war. Die Urheber konnten jedoch die Lagerleitung täuschen, und diese machte dafür eine Gruppe aus den Niederlanden verantwortlich, die daraufhin ohne große Untersuchung vergast wurde. Ein weiterer Ausbruchversuch wurde im Juli 1943 von Kapos unternommen; zwei von ihnen gelang die Flucht, die übrigen waren nicht weit gekommen:

„Unter vielen Häftlingen war der Fluchtversuch der Kapos

bereits ein offenes Geheimnis. Wenn sie die Sache durchgezogen hätten und tatsächlich geflohen wären, hätten die Deutschen an uns Vergeltung geübt, und abgesehen davon wäre mit der Flucht bloß einer kleinen Gruppe verhaßter Kapos gedient gewesen.

Am Morgen piffen die Kapos wie jeden Tag zum Appell. Wir stellten uns nach Arbeitsgruppen auf und marschierten, nachdem wir wie immer durchgezählt worden waren, zur Arbeit los. Es war ungefähr 10 Uhr. Während ich tat, als würde ich Kleidung sortieren, unterhielt ich mich mit einem Freund und beobachtete dabei etwas Sonderbares. Fast

alle Kapos gingen sehr dicht gedrängt und waren umringt von Wachen; an ihrer Spitze lief der Gouverneur (Kapo-Chef) Mojsze Sturm. Langsam liefen sie an uns vorbei und auf die Gaskammern zu. Offensichtlich gingen sie gerade in den Tod. Sie taten mir leid, vor allem Mojsze. Er war jung, ungefähr 20, drahtig, blond und blauäugig. Er hatte mich zwar gelegentlich geschlagen, aber ich hatte es ihm nie wirklich verübelt. Ich glaube, daß ihn auch die anderen Häftlinge eigentlich ganz gern hatten. In Anwesenheit der Deutschen benutzte er häufig seine Peitsche, um uns bei der Arbeit anzutreiben, aber sobald sie außer Sichtweite waren, sagte

er immer, daß wir ruhig langsamer machen sollten.“ (Blatt S. 160; Hervorhebungen hier und bei weiteren Zitaten und mit * versehene Erläuterungen dort von mir; KD)

Doppelter Lohn für einen Verräter

Der Fluchtplan hatte darin bestanden, daß ein ukrainischer Wachmann bestochen worden war, nachts wollten die Kapos die Stacheldrahtzäune in der Nähe ihrer Schlafbaracke durchschneiden und störungsfrei aus dem Lager ausbrechen; das Bahnhofskommando war jedoch heimlich alarmiert worden und hatte den Fluchtversuch vereitelt. Nachdem die Kapos ins Gas geschickt worden waren, verbreitete sich „sofort ... das Gerücht, daß irgendjemand die Deutschen von dem Fluchtversuch in Kenntnis gesetzt hatte, aber niemand wußte, wer es gewesen sein könnte. Eine Stunde später war das Rätsel gelöst, als ein neuer Gouverneur in Lager II auftauchte. Es war **Berliner**, der Gepäcksortierer, der bislang eher eine unwichtige Stellung unter den Lagerhäftlingen eingenommen hatte. Jetzt war er kaum wiederzuerkennen. Im Grunde

wirkte er lächerlich: er war über 50 Jahre, klein und linkisch, doch er trug bereits eine neue Gouverneurskappe, neue Reithosen aus Gabardine, hohe Lederstiefel und eine Peitsche als unmißverständliches Zeichen von Autorität. Er würde uneingeschränkt über Leben und Tod herrschen, so viel war sicher. Ich hatte jetzt Angst vor ihm ... Der Verräter wurde für sein Tun belohnt, und die Botschaft der Nazis war eindeutig: 'Seht nur, eure Loyalität wird von uns großzügig belohnt!' ... Beim Mittagsappell wurde Berliner offiziell als der neue Gouverneur vorgestellt. ...

Wie sich herausstellte, vollzog sich bei ihm ein kompletter Persönlichkeitswandel. Seine Position stieg ihm zu Kopf. Es fing damit an, daß wir ihn beim Strammstehen mit 'Herr Gouverneur' anreden mußten, während sein Vorgänger so kulant gewesen war, uns zu erlauben, ihn beim Vornamen zu nennen. Bis jetzt hatten die Häftlinge, die im Lager II als Sortierer arbeiteten, immer mal wieder die Möglichkeit gehabt, Lebensmittel in Lager I zu schmuggeln. ... Berliner paßte auf wie ein Schießhund. Oft ordnete er Durchsuchungen an und verprügelte die Häftlinge, die Juden waren wie er selbst. Und mit jedem Tag wurde sein Verhalten schlimmer.“ (Blatt, S.

161)

Dieser neue „Gouverneur“ wurde immer grausamer und beeindruckte mit seinen Foltermethoden sogar die Deutschen. Er hieß bald allgemein „der Schlächter“. Das hatte für ihn Folgen:

„Während der Mittagspause lag ich auf meinem Schlafplatz und döste vor mich hin, als eine Stimme an mein Ohr drang. Sofort war ich hellwach. Von meinem Platz auf der obersten Plattform sah ich hinunter auf die gorillahafte Gestalt des Kapos **Pozyccki**, der gerade jemandem befahl, eine Bank in die Mitte der Baracke zu schieben. 'Los, hol Berliner!' brüllte er und bedeutete einem Jungen loszulaufen. 'Er ist bestimmt in der Frauenbaracke!' Der Bote rannte los und kam bald wieder, aber allein. 'Berliner sagt, er könne nicht kommen, er sei gerade beim Essen.' Pozyccki wußte, womit er Berliner locken konnte. 'Lauf noch mal los ... und sage ihm, daß jemand den Hintern versohlt bekommen muß.' Es klappte. Berliner tauchte auf, grinste und schlug sich die Peitsche gegen den Stiefel. 'Und?' sagte er: 'Wer ist es?' Pozyccki ging auf ihn zu, packte ihn am Kragen und brüllte: 'Du bist es, Schlächter!' 'Nicht im Ernst', sagte der Gouverneur mit schwacher Stimme und lachte gezwungen. Pozyccki stieß ihn mit dem Fuß

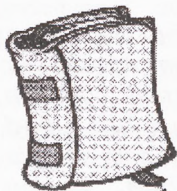
Anzeigen

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN

TARANTA BABU



* LITERATUR AUS ALLER WELT * SOZIALPÄDAGOGIK
* SOZIALWISSENSCHAFTEN * KOMMUNIKATIONS- UND
* SPRACHWISSENSCHAFTEN * MEDIEN * PSYCHOLOGIE-
* ÖKONOMIE * POLITIK * GESCHICHTE * FRAUEN * MÜTTER * KINDER * VÄTER *
* MÄNNER * GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Oortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

zur Bank: 'Leg dich hin, sage ich!' Bestürzt legte sich Berliner über die Bank. Der Halbgott, der über Leben und Tod geherrscht hatte, heulte jetzt zum Steinerweichen und flehte um Gnade. Liebend gern hätte er alles getan, was wir von ihm verlangt hätten, alles, nur um nicht mit jenem lederumwickelten Metallstab bearbeitet zu werden, derselben Peitsche, die er immer benutzt hatte, um andere Häftlinge zu Krüppeln zu schlagen. Ein Mann setzte sich auf Berliners Hals, zwang ihn also, auf dem Bauch zu liegen, während ein anderer seine Beine auf der Sitzbank über Kreuz festhielt, damit er sich nicht bewegen konnte. 'Zähl bis 50!' Jeder der 3 Kapos (Pozycki, Bunio und ein holländischer Kapo) versetzten ihm 50 Peitschenhiebe. Die Zuschauer konnten es erst gar nicht fassen, doch dann packte es sie, sie beteiligten sich an der Gewaltorgie... Auf einmal tauchte Wagner im Hof auf. Ehe der SS-Mann ihn aber entdeckte, wurde Berliner schnell ins Zimmer der Kapos geschafft." (Blatt, S. 172)

Beim Abendappell meldete Pozycki, der die Rolle von Berliner übernahm, dem deutschen Kommandeur, Berliner sei krank. **Fiszel Bialowicz**, der in der Apotheke arbeitete, bekam von Pozycki den Auftrag, ein wirksames Gift zuzubereiten, das mit zuckersüßem Kascha vermischt wurde. Beim Morgenappell tags darauf lag vor der Kolonne, eingewickelt in eine graue Decke, die Leiche von Berliner. Diesmal meldete Pozycki, daß „der Gouverneur an einer akuten Krankheit gestorben“ sei. Später hieß es, der SS-Mann Frenzel habe, als ihm die Sache gemeldet wurde, Kapo Pozycki zugezwinkert und befohlen, die Leiche sofort zu verbrennen. Blatt schlußfolgert: „Offenbar wußte Frenzel über die ganze Geschichte

Bescheid. Eine Sache hatte er ... Berliner nie verziehen. Seinen verhängnisvollen Fehler, den Fluchtversuch der Kapos zu verraten. Anstatt die Sache Frenzel zu melden, der für Lager I direkt verantwortlich war, hatte er nämlich über Frenzels Kopf hinweg **Wagner** informiert. Aber aus Angst, mit seinem Vorgesetzten in Konflikt zu geraten, hatte Frenzel davon abgesehen, Berliner zu bestrafen. ... Wie auch immer, es machte alles den Eindruck, als habe Frenzel seine Einwilligung für den Mord an Berliner gegeben. Die wenigen Kapos, die Berliners Verrat überlebt hatten, übten also Rache.“ (Blatt, S. 173)

Bei den Häftlingen war Berliner allgemein verhaßt gewesen.

Gustav Franz Wagner, seit März 1942 im Lager Sobibór, bei dessen Errichtung er mitgeholfen hatte, war stellvertretender Kommandant von Sobibór und auch von Treblinka. Ihm oblag es, Selektionen durchzuführen. Als direkter Untergebener von Stangl und Reichleitner hatte er die ständige Leitung des Lagers Sobibór inne. Der Erinnerung eines Überlebenden zufolge war er unter den Häftlingen als „lächelnder Todesengel“ bekannt. Zum Zeitpunkt des Aufstandes vom Oktober 1943 befand er sich gerade auf Urlaub; später hatte er die Aufgabe, das Lager zu schließen. (Daten teilweise auch aus: **Robert Wistrich**, *Wer war wer im Dritten Reich?* Fischer Taschenbuch 4373)

Ein schwerer Fehler der Lagerleitung

Ab September kamen nach längerer Pause wieder Transporte, allein aus **Wilno**, **Lida** und **Minsk** waren es 14.000 Juden, die sofort ins Gas geschickt wurden. Außer kleinen Lebensmittelpaketen (meist Brot und Zwiebeln)

hatten sie kaum etwas bei sich. Am 23. September 1943 waren auch kriegsgefangene jüdische Soldaten der Roten Armee nach Sobibór verbracht worden.

„Sämtliche Nazis befanden sich auf dem Bahnsteig. Ich war zu weit weg, um ihre Gespräche zu verstehen, konnte aber Frenzels und Gomerskis laute und herrische Befehle hören. Die anderen Nazis hatten ihre **Gewehre und Maschinenpistolen** im Anschlag und umringten die Juden. 'Zimmermänner und Bauarbeiter vortreten!' brüllte Frenzel.

Sie brauchten neue Arbeiter für das Lager. ... Wie in der Situation üblich, witterten die Häftlinge sofort ihre Chance. Es war immer besser, gebraucht zu werden. Es entstand ein wildes Durcheinander, als sie begannen, sich nach vorn zu drängen. ... Das ging den Deutschen mit ihrem Ordnungssinn gegen den Strich. Gomerski schwang seine Peitsche und schlug auf die Leute ein. Schließlich wurde eine Gruppe von Juden, von denen ein Großteil in irgendeiner Art Uniform steckte, herausgeholt. Der Rest begab sich wie üblich langsam nordwärts - zu den Gaskammern. ...

Die Nazis von Sobibór machten einen Fehler, der ihnen später zum Verhängnis werden sollte. Während niemand von den jüdischen Häftlingen in Sobibór beim Militär gewesen war, befanden sich unter den neu ausgewählten Männern sowjetische Soldaten, einschließlich einiger hochrangiger Offiziere. Diese Männer hatten zwar im Ghetto gelebt, doch ihr Kampfgeist war noch immer ungebrochen. Viele von ihnen hatten von der deutschen Niederlage bei **Stalingrad** gehört und davon, daß sich die Deutschen aus den sowjetischen Gebieten zurückzogen, und sie wußten,

daß der Feind nicht unbesiegbar war.

Am selben Abend sahen die neuen Häftlinge mit Schrecken die Flammen in den Himmel schießen. Jetzt wußten auch sie Bescheid.“ (Blatt, S. 176)

Diese neuen Häftlinge waren Leute, die mit Waffen umzugehen verstanden. Und so kam alles darauf an, an Waffen zu kommen und die örtlichen Verhältnisse genau zu kennen. Die Pünktlichkeit und Sorgfalt der Deutschen bei allen ihren Amtshandlungen war für den Zeitplan der Aufständischen eine gut kalkulierbare Größe.

„Im Hinblick auf die früher gescheiterten Fluchtversuche und vor allem Berliners Verrat wurde die Anzahl der Eingeweihten auf ein absolutes Minimum beschränkt. Von insgesamt etwa 550 Juden, die zu jener Zeit im Lager lebten, wußten weniger als 10 Prozent von dem Vorhaben. Zum Leidwesen der Organisatoren gab es überhaupt keine Möglichkeit, mit Lager III in Verbindung zu treten, wo ca. 30 Häftlinge arbeiteten. Diese würde man zurücklassen müssen. Der Tag für die Flucht wurde auf den 13. Oktober festgelegt.“ (Blatt, S. 192; zu diesen 30 Häftlingen hatten bei den Vorgesprächen Kontakte

bestanden, Näheres zu ihrem Schicksal weiter unten.)

Da der jugendliche Thomas Blatt aus der Überlegung heraus, nirgendwo so lange zu bleiben, daß er besonders auffiel, fast überall im Lager herumgekommen und daher dem Initiator des Aufstandes, **Leon Feldhender**, aufgefallen war, erwiesen sich seine Kenntnisse als eine wertvolle Hilfe für die Aufstandsplanung. Eine Schlüsselfunktion hatte dabei ein Gespräch zwischen Thomas Blatt und **Kali Mali** gespielt:

Am Tag nach dem Eintreffen des Transportes mit den russischen Juden hatte Kapo Pozycki etwa 100 Häftlingen befohlen, „in die neue Baracke zu den 'Russen' zu ziehen. Ich gehörte dazu und suchte mir den erfahrungsgemäß besten Platz aus - in einer Ecke auf der obersten Etage, weit weg von der Eingangstür, wo die Häftlinge hereinplatzenden Deutschen oder Kapos unmittelbar ausgesetzt waren. Dort lernte ich zum erstenmal einen russischen Juden kennen, einen Mann, der den Spitznamen Kali Mali trug. Er war klein und dunkelhaarig, hatte ein schmales Gesicht mit ausdrucksvollen schwarzen Augen und sprach

ausschließlich Russisch. Er war mindestens 10 Jahre älter als ich. ... Die meisten Polen konnten zwar kein Russisch schreiben, aber es fiel ihnen relativ leicht, sich in anderen slawischen Sprachen zu verständigen. ... Kali Mali war ein Dichter und Träumer. Sein richtiger Name war **Alexander Shubajev**, er war Eisenbahningenieur aus dem **Donbas** (= Donezker Becken)* in der Ukraine. Wir unterhielten uns bis tief in die Nacht. Ich erzählte ihm alles über Sobibór, und obwohl er bereits über die Vorgänge im Lager Bescheid wußte, erschütterten ihn die Einzelheiten.“ (Blatt, S. 177)

Kali Mali hatte Thomas Blatt gezielt nach verschiedenen, für die Aufstandsplanung wichtigen Beobachtungen ausgefragt. Wegen eines neu hinzugetretenen Risikofaktors wurde der Stichtag kurzfristig um einen Tag verschoben.

Der Ausbruchsplan

„Es war mittlerweile Ende September 1943. Die Nazis in Sobibór ahnten, daß sich ihre Situation zuspitzte, unter ihnen begann sich eine leise Nervosität auszubreiten, während wir Häftlinge immer zuversichtlicher wurden. Eines Tages sollten wir singen, aber

Anzeigen

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle
Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren

Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
KOST&WAREN

nicht, Österreich zu isolieren, (...) sondern gemeinsam mit Österreich den Kampf gegen den Rechtsextremismus aufzunehmen. 'Antisemitismus ist Menschenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit.' (...) Die Demonstranten witzelten derweil über das neue Regierungsprogramm: 'Budgetsanierung superflott - mit Stornos und EU-Boycott!'" (Jüdische Allgemeine Wochenzeitung, Berlin, 02.03.2000)

Die Großdemonstration vermittelt hier ein trügerisches Bild, die große Zahl kam auch zustande, weil die nun oppositionelle Sozialdemokratie sich wieder einen linken Anstrich geben muß. Durch Übertreibung hat sie ein bestimmtes Klima miterzeugt.

Viele trauen sich schon jetzt nicht mehr, den Mund aufzumachen. Dabei geht ihnen noch niemand unmittelbar an den Kragen.

Deutsche Fernsehmoderatoren, die meinen, einen Jörg Haider dem deutschen Publikum als einen bösen Faschisten vorführen zu können, wie etwa der Talk-im-Turm-Moderator **Erich Böhme** (diesmal im n-tv), bereiten in Wirklichkeit das Terrain für seinen weiteren Aufstieg vor.

Die von Böhme geladenen Gesprächspartner **Ralph Giordano** (Publizist), **Freimut Duve** (SPD, OSZE-Medienbeauftragter), **Michael Glos** (CSU-Landesgruppenchef in Berlin) sollten Haider „die Maske vom Gesicht reißen“, „den Mythos Haider entzaubern“. Aber sie sahen blaß neben ihm aus. Auf Böhmes plumpe Frage: „Sind Sie ein Neonazi, ein Neofaschist, ein Nationalist oder ein Populist?“ gibt

der Wolf, der Kreide gefressen hat, die Antwort: „Ich bin ein freiheitlicher Reformpolitiker“, auf die Feststellung Giordanos, Haider sei ein „Zwangsdemokrat“, kontert dieser: „Wir leben (in Österreich) in einer Zwangsdemokratie und wollen jetzt eine echte Demokratie, keine Parteienherrschaft“, und schon faßt das jüdische Geißlein Giordano Zutrauen zu dem antisemitischen Wolf: „So wie wir hier sitzen, sind Sie einer der sympathischsten Menschen, die mir in meinem 76jährigen Leben begegnet sind.“ Schließlich versuchte Böhme es noch einmal, Haider aus der Reserve zu locken: „Wollen Sie Österreich an Deutschland anschließen?“ Haider lässig: „Bei der Qualität Eurer Politik haben wir da keine Sehnsüchte.“ Nur Glos, der mit ihm sympathisiert, bleibt äußerlich böse. Er erklärte hinterher, der einzige wirkliche Gegner von Haider gewesen zu sein. Und das sagt schon alles über das Niveau.

Da ihre - zudem von Sachkenntnis über die frühere und aktuelle Politik der FPÖ wenig getrübbte - Kritik nicht wirklich radikal ist, gerät ihre

Entlarvungsabsicht zur weiteren Hoffähigmachung. Politische Primaballerinen können das Forum nutzen, um auch in anderen Ländern Furore zu machen. Warum auch nicht? Das Europa der Monopole muß sich ihre Fähigkeiten für erforderliche Fälle warmhalten.

Einige Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs

Die im Lande produzierten Güter, mit denen Österreich Export betreibt, sind zu 49 % Konsumgüter, zu 26,3 % Investitionsgüter, 15,9 % Halbfertigwaren, 4,4 % Nahrungs- und Genußmittel und nur 4,3 % Rohstoffe. Das Exportvolumen liegt 1998 bei 775 Milliarden Schilling (1 Euro = 13,57 Schilling, 1 US-Dollar = 12,97 Schilling - Börsendaten vom 01.09.1999). **Hauptausfuhrländer sind die BRD (36 %), Italien (8,6 %), Schweiz 5,0 %, Ungarn 4,9 %.** Importieren mußte Österreich für 842 Milliarden Schilling (Konsumgüter 48,2 %, Investitionsgüter 24,3 %, Halbfertigwaren 13,6 %, Rohstoffe 8,9 %, Nahrungs- und Genußmittel 5,8 %). **Haupt-einfuhrländer sind die BRD**

Anzeige

MIT EINER
SOLARANLAGE
 SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LANGER

SWB
 Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl Hermann Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

16 bis 17 Uhr. Während dieser Zeit würden alle anwesenden Deutschen heimlich getötet werden. Alles hing von der unauffälligen und zügigen Hinrichtung ab. Es war üblich, daß die SS-Männer, die die jeweiligen Arbeitsgruppen beaufsichtigten, während dieser Zeit frei hatten. Daher würde sich ein SS-Mann, der seinen bereits ermordeten Kameraden nicht an seinem Posten vorfand, zunächst keine weiteren Gedanken machen. Um das Unternehmen geheimzuhalten, durfte man in dieser Phase auf keinen Fall zu den Pistolen greifen, die man den ermordeten Deutschen würde abgenommen haben. ... Leon drängte sogar die Kapos, wie üblich von ihren Peitschen Gebrauch zu machen. Man verständigte sich darauf, daß ein Mithäftling, der den reibungslosen Ablauf des Aufstands gefährdete, getötet werden durfte. ...

Das Ergebnis von Schritt 3 - der Aufstand - würde davon abhängen, wie viele Nazis getötet und wie viele Waffen zur Verfügung stehen würden. ... Wenn schließlich alle wieder im Lager I wären, sollten schnell die anderen informiert und zum Kampf aufgerufen werden. In der Zwischenzeit würde der Elektriker **Walter Schwarz**, ein deutscher Jude, den Generator des Lagers außer Betrieb setzen. Selbst eine einzige Minute der Verzögerung nach 17.45 Uhr könnte den Plan

zunichte machen. Spätestens jetzt, wenn die SS-Leute allmählich zum Abhalten des Appells im Hof eintrafen, würde die Abwesenheit eines Kollegen auffallen. ...

Kapo **Pozycki** würde etwas früher als üblich zum Appell pfeifen. Die Häftlinge würden sich in Reihe und Glied aufstellen, aber statt auf die Deutschen zu warten, würden sie von den Kapos zum Haupttor geführt werden. Die Abwesenheit der wichtigen SS-Leute würde die Wachen glauben machen, die Deutschen hätten uns den Befehl gegeben, zu irgendeiner Arbeit loszumarschieren. So würde es den Häftlingen gelingen, ... an das Haupttor heranzukommen, ohne Verdacht zu erregen.

An der Waffenkammer würde sich eine bestimmte Gruppe vom Rest der Häftlinge entfernen und die Kammer stürmen. Dann sollte ein paar Meter weiter das streng bewachte Haupttor gestürmt werden. Während des Gefechts sollten die Ukrainer davon überzeugt werden, nicht zu schießen, sondern stattdessen mit uns zu fliehen, da Stalins Sieg bevorstände...

Um den verminten Bereich zu meiden, schlug **Pechersky*** vor, die Zäune in der Nähe der Unterkünfte der Deutschen zum Hauptfluchtweg zu erklären. Zu Recht ging er davon aus, daß dieser Abschnitt nur mit

Signalminen bestückt sei. Auf jeden Fall sollten erst Stöcke und Steine in die Minenfelder geworfen werden, um die Minen hochgehen zu lassen. In der Tischlerei wurden einige Leitern bereitgelegt, um damit über die Zäune zu klettern.“ (Blatt, S. 190 f; * **Alexander Pechersky**, genannt **Sascha**, war der militärische Kopf des Aufstandes; bei ihm liefen die Fäden der einzelnen Schritte zusammen.)

Bei dem Plan wurde „vor allem mit der Dreistigkeit der Deutschen, ihrem machtbesessenen Umgang mit den scheinbar gefügigen Juden, ihrem immergleichen Tagesrhythmus, ihrer eisernen Pünktlichkeit und ihrer Gier“ kalkuliert (Blatt, S. 189). Für die wesentliche Aufgabe, die Ermordung der Führungsspitze, blieb gerade mal eine Stunde Zeit, danach sollte der offene Aufstand beginnen.

„Die wenigen Häftlinge, die dort arbeiteten, wo die für den Plan entscheidenden Schritte stattfinden sollten, trugen eine immense Verantwortung. Die ‘Putzer’ ... und die Mädchen, die in Lager IV die konfiszierte sowjetische Munition sortierten, hatten die Aufgabe, Munition zu klauen. Drei-Personen-Kampfgruppen wurden aufgestellt, einschließlich einer Sondertruppe für den geplanten Angriff auf die Waffenkammer.“ (Blatt, S. 189)

KD

Anzeigen

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Niederwertbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann Str. 14
45701 Merken
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

ANTIFASCHISTISCHE
AKTION

ANTIFA-VERSAND
SCHWARZROT

Der neue
Katalog ist da!

Aufkleber, Plakate, Anstecker, CDs, Aufnäher,
Tapes, Broschüren, T-Shirts, Spuckies, ...

Katalog gegen 2,- Rückporto bei
Antifa-Versand Schwarz-Rot • Weydinger Str. 14-16 • 10178 Berlin

DER TAG, AN DEM HIROSHIMA VERSCHWAND

Die Erinnerungen von Shuntaro Hida (* 1917) mahnen, das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals zu vergessen. Hida, vor und nach dem 6. August 1945 als Arzt tätig, beschreibt den Verlauf der Strahlenkrankheit sowie die sozialen und psychischen Folgen des Atombombenabwurfs.

Der 6. August ist der 55. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Als ich erwachte, schien mit die Sonne ins Gesicht. Es war der 6. August. Meine Arbeit in Hesaka war beendet, eine neue Aufgabe wartete.

Das Zimmer kam mir sonderbar vor. Ich wusste, dass ich mich gestern abend auf einem Notbett im Röntgenraum des Lazarets schlafen gelegt hatte. Dann fiel mein Blick auf den Rücken eines Patienten in der anderen Ecke des Zimmers. In diesem Augenblick wusste ich wieder, was sich in der Nacht ereignet hatte.

Wir waren gegen acht Uhr abends nach Hiroshima zurückgekommen. Da der Direktor und der Verwaltungschef des Lazarets in dienstlichen Angelegenheiten in Osaka waren, konnte ich weder Bericht erstatten noch neue Befehle entgegennehmen. Ich ging auf dem Krankenhausgelände spazieren, als mir der diensthabende Offizier sagte, ich solle mich eines Kollegen annehmen, der im Krankenhaus übernachten wolle. In jenen Wochen nahmen häufig Offiziere auf dem Weg von der Front nach Tokio im Lazarett Quartier, weil es in den Hotels nichts mehr zu essen gab.

Der Dienst war eintönig, zum erstenmal seit langer Zeit betrank ich mich. Nachdem auch der letzte Mann betrunken war, legte ich mich auf eines der Feldbetten, die für uns bereitstanden. Hätte ich die ganze Nacht geschlafen, wäre ich am Morgen tot gewesen.

Mitten in der Nacht weckte mich ein Wachtposten auf; er brachte einen alten Bauern zu mir. Seine Enkelin - ich hatte sie in Hesaka behandelt - hatte einen Herzanfall



erlitten. Es war ein Notfall. Wir sollten sofort losgehen, aber ich war noch betrunken. Der Bauer nahm mich auf seinem Fahrrad mit. Ich hielt mich verzweifelt an seinem Gürtel fest, um nicht hinunterzufallen. An die Fahrt kann ich mich kaum erinnern.

Der Augusthimmel war wolkenlos. In ungewöhnlicher Höhe näherte sich ein B-29-Bomber der Stadt. Ich dachte, es handele sich um einen der üblichen Erkundungsflüge und beachtete das Flugzeug nicht mehr. Als ich der Patientin die Spritze setzen wollte, traf mich ein greller Blitz, der mich fast blendete. Ich weiß nicht mehr, ob ich der Patientin die Spritze noch gab. Ich warf mich auf den Boden, bedeckte mein Gesicht instinktiv mit den Händen und versuchte, ins Freie zu kriechen. „Feuer“, dachte ich, doch ich sah durch meine Finger nur den blauen Himmel. In den Baumwipfeln über der Hütte bewegte sich nichts. Es war totenstill. „Habe ich geträumt?“ Ich schaute nach Hiroshima hinüber.

Da sah ich einen riesigen Feuerring, der die ganze Stadt umfasste. Eine gewaltige weiße Wolke stieg aus dem Zentrum. Sie wurde immer größer, und in ihrem Innern schwoh ein gigantischer Feuerball an. Unter dem Feuerball erschien eine schwarze Wolke,

verbreitete sich über der Stadt, kroch an den Bergen entlang und zog sich über das Ohtatal in Richtung Hesaka, Wälder, Wege, Reisfelder, Bauernhöfe und Häuser einhüllend. Ein orkanartiger Sturm wirbelte den Staub und Dreck in der Stadt empor.

Das Dach des Schulhauses wurde von der Druckwelle weggerissen. Die Fensterläden und Markisen flogen umher wie Papier. Das Strohdach des Bauernhauses war plötzlich nicht mehr da, ich konnte den blauen Himmel sehen. Die Druckwelle schleuderte mich zehn Meter weit durch zwei Räume vor den buddhistischen Altar. Trümmer stürzten auf mich herab. Unter Schmerzen kroch ich nach draußen. Augen, Ohren, Nase und Mund waren voller Staub. Glücklicherweise waren die Hauswände ziemlich stabil, so dass die Patientin dem Tod in den Trümmern entging. Ich fand sie unter einem Strohbett und zog sie mit letzter Kraft auf die Veranda hinaus. Ich öffnete ihre Kleider und legte mein Ohr an ihre Brust. Mein Stethoskop war verschwunden. Ihr Herzschlag war normal.

Eine lodernde Säule schoss gen

Theater Kunst

Jonglieren

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5
 Öffnungszeiten: 10^h-18^h
 Samstage 10^h-14^h & langer Samstag

Himmel. Sie wuchs zu einer riesigen Wolke an, als wolle sie den Himmel durchstoßen. Plötzlich wurde mir eiskalt, Angst kroch in mir hoch.

„Was ist das?“ So etwas hatte ich noch nie gesehen. Die riesige Wolke war immer größer geworden, als wolle sie ganz Hiroshima unter sich begraben. Ein Sturmwind fuhr durch die Blätter, die Schreie der Dorfbewohner drangen herüber. Der aufgewirbelte Sand lag wie Nebel über uns. Darüber schien die Augustsonne. Die riesige Wolke (Kinoko-Gumo, die japanische Bezeichnung für „pilzförmige Wolke“) schwoll weiter an und leuchtete in allen Farben, als wolle sie den Glanz des Himmels übertreffen.

Der Bauer kam. Schrecken und Verwunderung standen ihm im Gesicht. Er konnte nicht verstehen, warum sein Haus so plötzlich eingestürzt war. Da er hinter dem Haus gearbeitet hatte, war er weder vom Blitz noch von der Hitzewelle getroffen worden. Als ich auf die Pilzwolke wies, versagten ihm die Beine, er musste sich hinsetzen. Ich erklärte ihm, dass es seiner Enkelin gut gehe, und fragte ihn, ob er mir sein Fahrrad leihen

könne. Ich musste so schnell wie möglich nach Hiroshima zurück.

Ich fuhr schnell am Ohta entlang. Die trockene weiße Landstraße führte direkt auf die Pilzwolke zu. Ich sah keine einzigen Menschen. „Was ist unter diesem Feuer und unter dieser Wolke passiert?“ Ich hatte Todesangst. Doch ich war Soldat und musste meine Pflicht erfüllen. Auf halbem Weg zur Stadt stand am Straßenrand eine buddhistische Steinfigur. Von dort führte die Straße bergab und bog dann an der Stelle, wo der Ausläufer des Berges den Fluss erreichte, scharf nach links ab. Ich raste bergab. Plötzlich sah ich etwas. Ich bremste scharf. Das Fahrrad schlingerte, und ich fiel kopfüber in ein Gebüsch. Als ich mich wieder aufgerappelt hatte, sah ich auf der Straße eine Gestalt auf mich zustolpern. Sie war nackt, schmutzig und voller Blut. Ihr Körper war stark geschwollen. Fetzen hingen an ihr herunter. Sie hatte die Hände vor der Brust, die Handflächen wiesen nach unten. Eine dunkle Flüssigkeit tropfte von den Fetzen herab. Die Fetzen waren Haut, die schwarzen Tropfen waren Blut. Ich konnte nicht erkennen, ob es ein Mann oder eine Frau war, ein Soldat oder eine Zivilperson. Der Kopf war riesig, die Augenlider und Lippen stark geschwollen. Kein Haar mehr auf dem verbrannten Kopf. Ich wich zurück. Dieses sonderbare Wesen, eine Masse verbrannten Fleisches, über und über bedeckt mit Blut und Dreck, war ein Mann. Er hatte mich wohl trotz seiner verbrannten Augen gesehen und versuchte mit letzter Kraft, zu mir zu gelangen. Dann stürzte er. Ich bückte mich zu ihm herab und versuchte, seinen Puls zu fühlen. Doch die Haut war vollkommen verbrannt, und es gab keine Stelle, an der ich eine Vene hätte finden können. Sein Körper bäumte sich nochmals auf und blieb leblos liegen. Ich sah mich nach Hilfe um, doch ich fand kein Haus in der Nähe. Ich musste ins Lazarett und wollte sofort weiterfahren, doch

ich kam nicht einen Schritt weit. Zahllose Überlebende, nur noch Stofffetzen am Leib, verbrannt und blutüberströmt, standen auf der Straße. Sie rutschten auf den Knien oder krochen auf allen Vieren, einige konnten stehen oder lehnten an der Schulter eines anderen. Sie sahen nicht mehr wie Menschen aus.

Dann spürte ich Sand unter meinen Füßen. Ich war beim Choju-En angelangt, einem der großen Parks am Stadtrand. Ich war wohl durch den Enko gekommen, den äußersten linken der sieben Flussarme des Ohta-Deltas. Wann immer die Hitzewellen kamen, tauchte ich meinen Kopf ins Wasser. Der klare Sommerhimmel war nicht mehr zu sehen. Das Wasser sah im Flammenschein tiefrot aus, und der Wind blies mir Asche ins Gesicht.

Ich war den falschen Flussarm hinabgewatet und musste den Strom an dieser Stelle kreuzen, um in die Stadt zu kommen. Die Straße führte beim Choju-En über eine Behelfsbrücke in die Stadt, vorbei an den Kasernen der Pioniere. Als ich den Strom durchquerte, drehte der Wind. Der Rauch nahm mir die Sicht. Dann wieder war der blaue Mittagshimmel zu sehen. Am Ufer des Choju-En-Parkes drängten sich Verbrannte, soweit das Auge reichte. Die meisten Menschen, die im Wasser auf den seichten Wellen trieben, waren tot. Zahllose Überlebende klammerten sich aneinander fest und krochen übereinander hinweg. Die Behelfsbrücke stand in Flammen, ein endloser Zug verbrannter Menschen schob sich darüber. Einige stürzten in den Fluss. Auf dem Geländer der Pioniere auf der anderen Seite des Flusses kam es immer wieder zu Explosionen. Rauch quoll durch die Flammen in den Himmel. Funken sprühten wie Feuerwerkskörper aus den Wolken. Tausende flohen aus der Stadt und sprangen ins Wasser, als sie den Fluss erreicht hatten.

Shuntaro Hida

Anzeige

TERRE DES FEMMES

Sextourismus, Frauenhandel
genitale Verstümmelung,
sexueller Mißbrauch
an Frauen und Mädchen,
lassen an der Anteilbarkeit
und Universalität der
Menschenrechte zweifeln.

Frauen werden
weltweit in ihren
Menschenrechten
verletzt.

Wir setzen uns
für sie ein.

Unterstützen Sie
uns durch Ihre
Mitarbeit, Spende
oder Förder-
mitgliedschaft.

KSK Tübingen
Kto.-Nr. 881 999
BLZ 641 500 20
Nähere Infos bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2565
D-72015 Tübingen
Telefon 07071/79 73-0, Fax 07071/79 73-22

News aus dem Ruhrgebiet

Essen, 27.6.2000

„Nazi-Überfall auf Antifa-Cafe“ titelte die Essener Studentenzeitung „2313“ in ihrer letzten Ausgabe. Auch die WAZ hatte in ihrer Ausgabe vom 26.6. einen Beitrag zu diesem Thema.

Gegen 20.00 Uhr hätten am 23.6. acht Skinheads versucht, das Antifa-Cafe 'Anders' in der Akademiestraße zu stürmen. Als die ca. 15 Anwesenden Gegenwehr geleistet hätten, sollen die Skins mit Steinen geworfen haben. Aufmerksame Anwohner hätten die Polizei benachrichtigt, zwei Rechtsradikale seien festgenommen worden.

Die Antifa-Gruppe tagt jeden Freitag in der Kindertagesstätte am Lohberg. Die Leiterin des dortigen Cafes weist den behaupteten Vorgang zurück: „Von uns hat am Freitag niemand etwas von einem Angriff mitbekommen.“ Man habe sofort eine Kollegin, die in der Antifa-Gruppe mitarbeitet, angerufen, aber die habe auch nichts gewusst. „Das ist natürlich schlechte Presse für uns“, sagte die Leiterin. „Schließlich schicken die Eltern ihre kleinen Kinder zu uns.“

Auch die Polizei weiß nichts von Steinen auf die Kita. „Wir haben eine Anzeige von Anwohnern bekommen, weil auf der Akademiestraße Steine auf geparkte Autos geworfen wurden“, erklärte ein Sprecher der Polizei.

Elmar Kok (in: taz ruhrgebiet vom 29.6.2000)

Recklinghausen, 14.7.2000

AntifaschistInnen aus RE hatten festgestellt, dass im Zeitungs-Kiosk des Karstadt-Kaufhauses seit neuestem die faschistische „Nationalzeitung“ der DVU zum Kauf angeboten wurde. Der Antifaschistische Bund (AFB) protestierte daraufhin in einem Brief an das „Reisebüro Teichler“, welches den Zeitungskiosk betreibt. In dem Brief wird darauf verwiesen, dass es weder politisch noch ökonomisch nachvollziehbar sei, dass ein Reisebüro, das für Reisen in fremde Länder werbe, gleichzeitig der „dumpfen Fremdenfeindlichkeit“ der DVU ein Forum biete. Außerdem wurde darauf verwiesen, dass der Polizistenmörder in Waltrop der DVU angehört habe.

Sei es aus dieser tagespolitischen Opportunität heraus oder tatsächlich aus politischer Einsicht, das Reisebüro stellte den Verkauf der „Nationalzeitung“ jedenfalls umgehend ein.

Danke !

AFB Recklinghausen

Duisburg, 14.7.2000

Kirchenasyl gewaltsam beendet

Sie kamen in den Morgenstunden. Am Dienstag, dem 11.7. um 7.30 Uhr, begehrten uniformierte Polizisten und Mitarbeiter des Duisburger Ausländeramtes Einlass in das Haus von Thomas Gregorius. In der Hand hielten sie einen Durchsuchungsbeschluss „zum Auffinden der Familie Zumberov“. 15 Polizeibeamte sperrten die Straße ab und umstellten das Pfarrhaus. Der Grund der Polizeiaktion: Der Diakoniepfarer des Kirchenkreises Moers hatte der vierköpfigen Roma-Familie Kirchenasyl gewährt. Zum ersten Mal wurde mit dieser Polizeiaktion ein Kirchenasyl im Bereich der Rheinischen Landeskirche gewaltsam beendet.

Alles ging ganz schnell. Der „überfallartige Polizeieinsatz“ habe ihn „an die Festnahme flüchtiger Terroristen“ erinnert, so Pfarrer Gregorius. Die Zumberovs sollten sich ankleiden und ins Polizeipräsidium mitkommen, wurde ihm beschieden. Noch am selben Tag wurde Vater Zumberov einer Haftrichterin vorgeführt. Diese erließ einen Abschiebehaftrichterbefehl.

Die Stadt Duisburg begründete die von ihr beantragte Maßnahme wie folgt: „Nach einem innenministeriellen Erlass kann in einem Fall wie dem vorliegenden die Sicherung der Ausreise nur durch Inhaftierung eines Elternteils gewährleistet werden“.

Einen Ermessensspielraum habe es nicht gegeben. Die Stadt äußerte ihr Bedauern - darüber, dass die Entscheidungen der Behörden von der Familie und ihren Helfern nicht anerkannt worden seien.

Die Zumberovs sollen gegen ihren Willen nach Makedonien abgeschoben werden. Für Ralph Giordano ist das ein ungeheurer Vorgang. Der Kölner Publizist erfuhr vor einem dreiviertel Jahr vom Schicksal der Familie. Seitdem setzte er sich für ein Bleiberecht der Familie ein. Es gehe doch um die Kinder, „die im Falle der Abschiebung ihrer Heimat beraubt werden - und die ist Duisburg“, appellierte Giordano immer wieder an das Düsseldorfer Innenministerium. Vergeblich.

(aus: TAZ NRW vom 13.7.2000)

**ERICH FRIED
DIE KINDERBOMBE**

**DENK DIR :
ALLE DREI TAGE
FÄLLT EINE
HIROSHIMA-BOMBE**

**HUNDERTTAUSENDE MENSCHEN
HAT SIE SOFORT GETÖTET
VIERZIGTAUSEND
SIND DANN SPÄTER AN IHR GESTORBEN**

**DOCH DIE HUNDERTTAUSEND TOTEN
DER NEUEN BOMBE
DIE ALLE DREI TAGE FÄLLT
SIND NUR KLEINE KINDER**

**HUNDERTTAUSEND KINDER
EINMAL ALLE DREI TAGE
DAS SIND EINE MILLION IM MONAT
ODER ZWÖLF MILLIONEN IM JAHR**

**UND ZWÖLF MILLIONEN KINDER
UNTER FÜNF JAHREN
VERHUNGERN IM JAHR ALS DIE ERSTEN
TOTEN DES DRITTEN WELTKRIEGS**

**WEIL WIR DAS GELD VERBRAUCHEN
DAS IHR LEBEN ERHALTEN KÖNNTE
FÜR DAS WETTRÜSTEN: ZWEI MILLIONEN
DOLLAR IN JEDER MINUTE**